NEUES ROTES FORUM

6/72

Dezember 1972
3. Jahrgang
Preis 2,– DM

Zur Gründung des KABD

Die Faschismustheorie des KB-Nord

Die Entwicklung Tansanias

Keine Zugeständnisse an den Revisionismus in der Klassenanalyse

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen und unsere Taktik

INHALT:

KABD - Grundsatzerklärung: Kein vorwärtstreibender Vorschlag.....S. 3

Vom Standpunkt der großen Kleinmütigkeit zum Standpunkt des kleineren Übels (Zur Faschismustheorie des KB-Nord).....S. 10

Die Entwicklung Tansanias.....S. 26

Joscha Schmierer: Keine Zugeständnisse an den Revisionismus in der Klassenanalyse.....S. 39

Offener Brief der Genossen des Klassenanalyseprojekts an die Redaktion.... S. 49

A. P. (Ffm): Zur Theorie der Neuen Mittelklasse.....S. 51

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen und unsere Taktik.....S. 57

IMPRESSUM:

Das Neue Rote Forum erscheint 6 mal im Jahr.
Es umfaßt jeweils mindestens 52 Seiten.
Auflage 15 000.

Erscheint im Verlag Neues Rotes Forum, Heidelberg, Verleger Jürgen Sendler.

Redaktion: Joscha Schmierer, Dietrich Hildebrandt (verantwortlich)

Anschrift: Verlag Neues Rotes Forum
69 Heidelberg, Bahnhofstr. 17

Druck: Caro-Druck Heidelberg
Lutherstraße 44a

Anzeigenverwaltung über Verlagsadresse !

Das Neue Rote Forum ist in allen VLB-Läden erhältlich. Im Abonnement 2.- DM plus Porto.

Bestellungen nur an: D. Hildebrandt
69 Heidelberg
Postfach 834

Nachdruck von Artikeln nur nach Rücksprache mit der Redaktion erlaubt.

SONDERNUMMERN :

August 72 : Ab Januar wieder erhältlich!
Kampf zweier Linien in der KP Chinas - Dokumente mit einer Einleitung der Redaktion
72 Seiten, Preis : 2.50 DM

Januar 73 :
Wichtige Artikel aus vergriffenen Nummern des Neuen Roten Forum und des Roten Forum

Wider das Gründungsfieber
Neue Mittelklasse und Proletariat
Zur Außenpolitik der VR China
Kampf dem Zirkelwesen
u. a.

KABD–Grundsatzerklärung: Kein vorwärtstreibender Vorschlag

Auf seinem 1. Zentralen Delegiertentag im August 1972 hat der Kommunistische Arbeiterbund Deutschlands eine Grundsatzerklärung und ein Aktionsprogramm verabschiedet, die beide nunmehr auch öffentlich vorliegen und von den Genossen des KABD als ein'bedeutender Beitrag zur Schaffung der Partei und zur Entwicklung ihres Programms" angesehen werden. In einem erläuternden Artikel der Oktober-Ausgabe ihres Zentralorgans "Rote Fahne" haben die Genossen an alle den Aufruf gerichtet, "die marxistisch-leninistische Grundsatzerklärung gründlich zu studieren und sie zur Schmiedung der Einheit der Revolutionäre, zur Entfaltung des Klassenkampfes und zur Abgrenzung vomOpportunismus zu gebrauchen". Wir wollen in diesem Artikel untersuchen, ob Grundsatzerklärung und Aktionsprogramm zur Erfüllung dieser Aufgaben taugen.

In der "Roten Fahne" erläutern die KABD-Genossen, daß sie das Verhältnis von Grundsatzerklärung und Aktionsprogramm als das zwischen Maximal- und Minimalprogramm betrachten, das eine zur Entwicklung des Endziels der Arbeiterbewegung, das andere als "Kampfprogramm der nächsten Forderungen und Ziele der Volksmassen ... zugeschnitten auf den Tageskampf in der gegenwärtigen Lage".

Gehen wir zunächst auf das Maximalprogramm ein, das die Genossen mit ihrer Grundsatzerklärung vorgelegt haben und fragen uns, was man von einem Maximalprogramm der Kommunisten unbedingt erwarten muß. - Es muß die gesetzmäßige Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft in den Grundzügen charakterisieren, die Notwendigkeit der Ersetzung der kapitalistischen durch die sozialistische Produktionsweise daraus entwickeln und den Kampf der Arbeiterklasse für dieses Ziel als einen politischen Kampf darlegen. Vermag nun die Grundsatzerklärung des KABD diesem allgemeinsten und einfachsten Anspruch an ein Maximalprogramm gerecht zu werden? Wir meinen nicht! - Die Genossen beginnen damit, den Imperialismus als "Hauptfeind des werktätigen Volkes, der unterdrückten Nationen und der sozialistischen Länder" zu charakterieiseren, gehen dann zum deutschen, bzw. westdeutschen Imperialismus über, zu dem einige historische Sätze gesagt werden, um schließlich den Versuch zu unternehmen, Wesen und Erscheinungen des Imperialismus nach den verschiedenen Seiten hin zu entfalten.

Die Genossen unternehmen damit einen Versuch, der in der Programmdiskussion des VIII. Parteitags der KP Rußlands (B) ein Vorbild hatte und damals von Lenin zurückgewiesen wurde: den Versuch, "ein abgeschlossenes Bild vom Zerfall des Kapitalismus und Imperialismus zu geben", "unter Streichung alles dessen, was über den alten Kapitalismus gesagt worden war". Lenin hielt damals Bucharin, der diesen Versuch machen wollte, vor: "Versuchen Sie es, und Sie werden sehen, daß es nicht gelingen wird" (Lenin, Bd. 29, S. 150 f).

Auch den Genossen vom KABD ist dieser Versuch nicht gelungen: Nachdem sie eine von Lenin gegebene Definition des Imperialismus angeführt haben, gehen die Genossen dazu über, deren einzelne Bestimmungen in speziellen Abschnitten zu erläutern, um schließlich bei der Schlußfolgerung anzukommen: "Allein die sozialistische Revolution führt die Menschheit aus der Sackgasse heraus, die der Imperialismus und seine Kriege geschaffen haben" (S. 7). Aber weder haben sie dargelegt, was eigentlich Sozialismus ökonomisch bedeutet, noch was sozialistische Revolution eigentlich meint. Und sie können es auch gar nicht darlegen, weil das ökonomische Wesen des Sozialismus aus einer grundsätzlichen Kritik an der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt werden müßte, ebenso wie die sozialistische Revolution "als ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse" (Marx) nur aus der prinzipiellen Darlegung der Lage des Proletariats im Kapitalismus erhellt werden kann. Vom Imperialismus aus kann man lediglich die Aktualität der sozialistischen Revolution deutlich machen, nicht ihr Wesen, und so liegt es in der Konsequenz ihres Vorgehens, daß die KABD-Genossen in der Tat nur die Worte wiedergeben, mit denen das russische Programm von 1918 die Aktualität der sozialistischen Revo-

lution ("Weg aus der Sackgasse") feststellte (Lénin, Bd. 29, S. 107).

Aber wenn in der Grundsatzerklärung der "große Endzweck (der Arbeiterbewegung), dem jede politische Bewegung, als Mittel, unterzuordnen ist" (Marx, Statuten der Internationalen Arbeiter-Assoziation, MEW 16, S. 14), wenn der Sozialismus seinem ökonomischen Wesen nach nicht charakterisiert wird, so ist das offenbar nicht nur das Auslassen einer 'Selbstverständlichkeit', sondern hat seine Ursachen in einer tiefen Unklarheit über das Verhältnis von Kapitalismus und Imperialismus als seiner entwickelten Stufe, sowie über die Klassenverhältnisse, die für den imperialistischen Kapitalismus charakteristisch sind.

In ihrer Erläuterung des Lenin-Zitats zum Imperialismus, das die "Herrschaft der Monopole" als erstes Merkmal des Imperialismus bestimmt, führen die Genossen aus, daß die Monopolherrschaft den Grundwiderspruch des Kapitalismus zwischen gesellschaftlichem Charakter der Produktion und privatkapitalistischer Aneignung auf die Spitze treibe. Und sie nennen die Folgen dieser Entwicklung: verschärfte Ausbeutung des Proletariats, Verelendung und Versklavung der Völker, ungleichmäßige Entwicklung, Überproduktionskrisen, chronische Arbeitslosigkeit, Teuerung usw. (S. 6). All das sind Erscheinungen, die der Imperialismus nicht neu hervorbringt, sondern lediglich "auf die Spitze treibt", wie die Genossen selbst richtig sagen. Wenn das aber so ist, dann ist der gesamte Kapitalismus der Gegner und nicht nur seine imperialistische Zuspitzung. Eben das läßt die Grundsatzerklärung im Unklaren, weil sie die allgemeinsten Grundzüge der kapitalistischen Produktionsweise überhaupt nicht charakterisiert. Sie zieht deshalb auch den Schluß nicht, daß die Arbeiterklasse der imperialistischen Länder gegen den Imperialismus nicht siegen kann, wenn sie nicht den Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt richtet. Denn: "Imperialismus und Finanzkapitalismus (sind) ein Überbau über dem alten Kapitalismus. Zerstört man seine Spitze, so tritt der alte Kapitalismus zutage"; deshalb fordert Lenin, das Programm grundsätzlich vom Kapitalismus und der Warenproduktion her zu entwickeln und den ganzen Gegner zu kennzeichnen, nicht nur seine Spitze, das Monopolkapital (Lenin, Bd. 29, S. 153).

Daß die KABD-Genossen nicht verstanden haben, warum der Kampf gegen den Kapitalismus insgesamt geführt werden muß, tritt mit aller Klarheit hervor, wenn sie die in unserer Gesellschaft entscheidende Klassenfront bezeichnen.

Zu Beginn des 2. Teils ihrer Grundsatzerklärung heißt es: "Während Millionen den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, eignet sich eine kleine Handvoll von Monopolkapitalisten und Schmarotzern diesen Reichtum an. Auf diesem Grundwiderspruch beruht die Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausbeuter und Ausgebeutete" (S. 9). Daß die Spaltung der Gesellschaft in Klassen, genauer die Klassenspaltung der kapitalistischen Gesellschaft auf dem Widerspruch zwischen Monopolkapitalisten und "Millionen" beruhe, das ist eine Feststellung, die allen Erkenntnissen des Marxismus ins Gesicht schlägt. Das ist die Reduzierung des wissenschaftlichen Sozialismus auf ein vulgäres Schema vom Widerspruch zwischen den Monopolen und dem gemeinen Mann. Die revolutionäre Führungsrolle der Arbeiterklasse kann von daher nicht mehr begründet, sondern nur noch behauptet werden. Ist es ein linksradikaler Fehler, alle Klassen außer der Arbeiterklasse zu einer einzigen reaktionären Masse zu erklären, so besteht die rechtsopportunistische Abweichung der Grundsatzerklärung eben darin, die Klassenverhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr vom Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital her zu entwickeln, sondern vom Widerspruch zwischen "Millionen" und Monopolen.

Die Arbeiterklasse steht in dem Widerspruch, als Hauptproduzent des gesellschaftlichen Reichtums, das Kapital sich selbst gegenüber als eine gesellschaftliche Macht zu produzieren, die sie in Fesseln schlägt und sie in Not und Elend drückt. Sie kann sich nicht anders befreien als dadurch, daß sie das Kapitalverhältnis gänzlich zerstört, dessen klassenmäßiger Träger auf dem anderen Pol der bürgerlichen Gesellschaft die Bourgeoisie ist und zwar die gesamte Bourgeoisie. Gerade darin, daß die Arbeiterklasse sich nicht anders befreien kann als durch völlige Zerstörung der kapitalistischen Produktionsweise, liegt ihre Führungsrolle in der Revolution begründet. Sie hat als einzige Klasse der modernen Gesellschaft ein ungebrochenes Interesse am Sozialismus, mehr noch: der Sozialismus ist die Produktionsweise der Arbeiterklasse, so wie der Kapitalismus die Produktionsweise der Bourgeoisie ist. Alle anderen Klassen der modernen Gesellschaft sind nur insoweit revolutionär, als sie sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen und dadurch dazu beitragen, daß die gesamte Entwicklung der Gesellschaft auf eine höhere Stufe gelangt, die frei ist von Ausbeutung und Unterdrückung.

Nehmen wir z. B. die Bauern. Ein großer Teil von ihnen zählt ohne Frage zu den "Millionen", die den gesellschaftlichen Reichtum schaffen. Weiterhin trifft zu, daß ein großer Teil in drückender Abhängigkeit von den Monopolen und Schmarotzern lebt. Dennoch stellt der Kampf der Bauern gegen diese Monopole nicht von sich aus den Kapitalismus in Frage, mit dem sie gerade als Eigentümer von Boden und Produktionsmitteln verbunden sind. Wogegen sie sich spontan richten, das sind die Monopolprofite der Nahrungsmittel-, der Chemie- und der Landmaschinenkonzerne. Sie suchen sich durch Schutz- und Subventionsmaßnahmen als kleine Warenproduzenten über Wasser zu halten und vor der Proletarisierung zu schützen. Die Perspektive des Sozialismus kann ihnen nur die Arbeiterklasse eröffnen.

Nicht anders sieht es aus mit den kleinen Gewerbetreibenden, den Handwerkern, die keine fremde Arbeitskraft ausbeuten usw. Sie alle stehen nicht von sich aus zum Kapitalismus in Widerspruch, sondern zum Monopol, das auf dessen Grundlage erwuchs.

"...es ist völlig falsch, die Unzufriedenheit des Proletariats und die Unzufriedenheit der Kleinproduzenten zu identifizieren und in einen Topf zu werfen, wie es hier geschehen ist. Die Unzufriedenheit der Kleinproduzenten ruft sehr oft deren Bestreben hervor, (und muß es unvermeidlich bei ihnen oder bei einem beträchtlichen Teil von ihnen hervorrufen) ihre Existenz als Kleineigentümer zu verteidigen, d.h. die Grundlagen des gegenwärtigen Systems zu verteidigen und sogar das Rad der Geschichte zurückzudrehen." (Lenin, Bd. 6, S. 35)

Die Arbeiterklasse aber steht im Widerspruch zum gesamten Kapitalismus, zur gesamten sie ausbeutenden Bourgeoisie, sei sie nun groß, mittelgroß oder klein. Und darum verläuft der Widerspruch zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten auch nicht auf der Linie Monopolkapitalisten und Volk, sondern auch die kleine und mittlere Bourgeoisie ist ausbeutende Klasse, selbst wenn ein Teil des unter ihrer Regie erarbeitenden Mehrwerts von den Monopolen angeeignet wird.

Aber, wird man uns erwidern, ist das nicht mit dem Aufkommen des Imperialismus anders geworden, haben sich nicht damit die Widersprüche zwischen Monopolen und Kleinbourgeoisie so zugespitzt, daß diese in einer scharfen Front gegen die Monopole steht und tendenziell auf die Seite des Volkes übergeht? - Diesem revisionistischen Märchen gegenüber muß klargestellt werden, daß ökonomisch die Kleinbourgeoisie nach wie vor Teil der ausbeutenden Klasse bleibt und politisch keine Erfahrung dafür spricht, daß sie gemeinsam mit der Arbeiterklasse Front gegen die Monopole macht. Im Gegenteil: Lenins Hinweis auf die politischen, klassenmäßigen Folgen des Imperialismus ist nach wie vor aktuell:
"Einerseits die gigantischen Ausmaße des in wenigen Händen konzentrierten Finanzkapitals, daß sich ein außergewöhnlich weitverzweigtes und dichtes Netz von Beziehungen und Verbindungen schafft, durch das es sich die Masse nicht nur der mittleren und kleinen, sondern selbst der kleinsten Kapitalisten und Unternehmer unterwirft; andererseits der verschärfte Kampf mit den anderen nationalstaatlichen Finanzgruppen um die Aufteilung der Welt und um die Herrschaft über andere Länder - all dies führt zum geschlossenen Übergang aller besitzenden Klassen auf die Seite des Imperialismus. `Allgemeine Begeisterung für seine Perspektiven, wütender Verteidigung des Imperialismus, seine Beschönigung in jeder nur möglichen Weise - das ist das Zeichen der Zeit". (Lenin: Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Bd. 22, S. 290)

Die Grundsatzerklärung des KABD bestimmt also prinzipiell die Klassenwidersprüche unserer Gesellschaft falsch, arbeitet die führende Rolle der Arbeiterklasse nicht heraus, und dieser rechtsopportunistische Fehler hängt damit zusammen, daß der Imperialismus nicht aus dem Wesen des Kapitalismus entwickelt wird, sondern versucht wird, den Imperialismus entlang der Oberfläche seiner Erscheinungen zu beschreiben. Weil die Grundsatzerklärung nicht die Grundlagen des Kapitalismus in der Warenproduktion und seine gesetzmäßige Fortentwicklung zum Imperialismus aufzeigt, darum kann sie auch nicht - wie die KABD Genossen fordern - "Wegweiser zum Sozialismus" sein, sondern läuft letztlich hinaus auf eine unklare Fassung der "antimonopolistischen Demokratie".

Die Genossen werden diesen Vorwurf sicher zurückweisen und erklären, daß die Notwendigkeit der gewaltsamen Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und der Errichtung der proletarischen Diktatur zum Aufbau des Sozialismus von ihnen ausgeführt worden sei (S. 12/13). Das ist richtig! Die Genossen benennen das alles, beteuern die Notwendigkeit usw. , aber ihre Grundsatzerklärung vermag das alles nicht zu begründen. Wo sie einen Ansatz von Begründung gibt, da ist vom Widerspruch zwischen "Millionen" und Monopolen die Rede, und von da aus kann man sicher alle möglichen demokratischen Umwälzungen "entwickeln", aber sicher nicht die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur. So sehr sie sich also politisch gegen die Konsequenzen des Revisionismus stemmen und an Lenins Lehre vom bürgerlichen Staat festhalten: Ökonomisch sitzen sie den Revisionisten auf, und das muß in der Konsequenz schließlich auch auf dieselben politischen Schlußfolgerungen hinauslaufen: "Wir schätzen den Kommunismus nur, wenn er ökonomisch fundiert ist". (Lenin, Bd. 29, S. 177)

Aber gehen wir weiter. Die Genossen entwickeln zum zweiten Merkmal des Imperialismus, welches das Lenin-Zitat anführt, zum Kapitalexport und zur Aufteilung der Welt unter die imperialistischen Mächte, die Notwendigkeit der Verschärfung des Kampfes um die Märkte bis zum imperialistischen Krieg (S. 6). Das ist in seiner allgemeinen Fassung sicher richtig. Wenn aber die Genossen versuchen, diese allgemeine Bestimmung auf den deutschen bzw. westdeutschen Imperialismus anzuwenden, so verfahren sie schematisch. Sie nehmen ins Programm die Festellung auf: "Der deutsche Imperialismus ist seit seinem Bestehen durch besondere Volksfeindlichkeit und Kriegslüsternheit gekennzeichnet" (S. 5). Wohlgemerkt, die Genossen schreiben "ist" und nicht "war"! Hinter dieser besonderen Charakterisierung des deutschen Imperialismus steht die bekannte Theorie vom zu spät gekommenen Imperialismus, der zweimal versuchte, die Neuverteilung der Welt zu seinen Gunsten zu erzwingen. Ihre Begründung findet diese Theorie vor allem in Lenins - von den KABD Genossen zitierter - Festellung, daß "die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist, " wobei der deutsche Imperialismus zu spät gekommen war. Fraglos gültig war die These von der besonderen Aggressivität des deutschen Imperialismus für jene Zeit , in welcher der Kolonialismus als Mittel der territorialen Aufteilung vorherrschte, noch nicht der Neokolonialismus; wo also die Konkurrenzlosigkeit eines imperialistischen Landes bei der Ausplünderung unterdrückter Nationen durch unmittelbar militärische Besetzung des betreffenden Landes sichergestellt wurde. Die Schwäche des Weltimpe-

rialismus nach dem II. Weltkrieg und der Befreiungskampf der Völker haben aber diesen Kolonialismus alten Schlags in vielen Ländern der Welt zusammenbrechen lassen und diejenigen Länder, die daraus den Hauptvorteil zogen; England, Frankreich, Niederlande, Belgien ihre Kolonialreiche gekostet.

Das bedeutet nun nicht, daß der Neokolonialismus für die Völker der Welt weniger drückend wäre, es bedeutet aber sehr wohl etwas für ein imperialistisches Land, das bei der territorialen Aufteilung der Erde zu kurz gekommen war, sich heute aber - nachdem einige der alten Kolonialmächte die direkte territoriale Beherrschung von Ländern verloren haben - mit ihnen eher auf gleichem Fuße sich bewegen und sein ökonomisches Gewicht zur Geltung bringen kann. Das bedeutet auch nicht, daß der westdeutsche Imperialismus gegenüber dem alten deutschen Imperialismus an Aggressivität verloren habe. Es ist aber durchaus die Frage, ob man ihn heute noch als besonders kriegslüstern charakterisieren muß, kriegslüsterner also als den US-Imperialismus, der seit Ende des II. Weltkriegs in der ganzen Welt seine Massaker veranstaltet; kriegslüsterner als den englischen und französischen Imperialismus, die in den letzten Jahrzehnten mehrere Kolonialkriege entweder unmittelbar geführt oder eben "unabhängig" gewordenen Staaten aufeinander gehetzt haben oder auch kriegslüsterner als den Sozialimperialismus, der die CSSR besetzt hat, riesige Truppenkonzentrationen an der Grenze zur VR China vornimmt, Indien zum Angriff auf die VR China ermutigt und zum Angriff auf Pakistan angestachelt hat, und seine Waffen an alle möglichen reaktionären Regimes verkauft.

Wir haben diese durch den Zusammenbruch der alten Kolonialreiche entstandenen neuen Bedingungen für den westdeutschen Imperialismus noch nicht genügend untersucht, um darauf schon irgendwelche positiven Behauptungen bauen zu können. Vorläufig können wir nur sagen, daß es eine Vermutung, eine These ist, daß der rasche Wiederaufstieg des westdeutschen Imperialismus gerade auch auf dem Zusammenbruch des alten westeuropäischen Kolonialismus und der Entwicklung des Neokolonialismus basiert. Auf jeden Fall aber halten wir es für falsch - ebenfalls ohne Untersuchung - in eine Grundsatzerklärung einfach die unmittelbar nach 1945 entwickelte Theorie von der besonderen Kriegslüsternheit des westdeutschen Imperialismus zu übernehmen, zumal die KABD Genossen irgendwelche politischen Schlußfolgerungen darauf auch gar nicht bauen. Darin unterscheiden sie sich von den Arbeiter-Basis-Gruppen München, die im Rechenschaftsbericht ihres ZK von der These, der westdeutsche Imperialismus sei immer noch zu spät gekommener Imperialismus, die Aktualität der faschistischen Gefahr herleiten. (Rechenschaftsbericht des ZK der ABGs, angenommen von der 4. ordentlichen Vollversammlung im Juni 1972, S. 68)

Soweit unsere Kritik hauptsächlich des ersten, den Imperialismus charakterisierenden Teils der Grundsatzerklärung. Die Genossen führen weiter noch einige Passagen zum Staatsmonopolismus an, in denen sie - gegenüber den Revisionisten, die fast ausschließlich die ökonomische Funktion des Staates betonen, - seinen Charakter als Unterdrückungsinstrument feststellen, aber auch hier kommen sie nicht über die Beschreibung von Merkmalen hinaus und charakterisieren nicht die Gesetzmäßigkeit einer Entwicklung, so daß das Wesen des Staatsmonopolismus, die äußerste Zuspitzung aller Widersprüche, die schon dem Konkurrenzkapitalismus eigen sind, nicht herausgearbeitet wird.

Im zweiten Teil der Grundsatzerklärung, aus dem wir eben schon die falsche Bestimmung der objektiven Klassenwidersprüche zitiert haben, wird im Folgenden versucht, eine Einschätzung der aktuellen Klassenkampfsituation zu geben. Was derartige taktische Erörterungen in einem "Maximalprogramm" zu suchen haben, vermögen wir nicht einzusehen. Ob das Klassenbewußtsein der Arbeiter in den ersten Nachkriegsjahren "schwach entwickelt" war, ob wir aktuell in einer revolutionären Situation leben oder nicht, welche Bedeutung die Septemberstreiks 1969 hatten, ob der Kampf des Jungproletariats sich "schwungvoll" entwikkelt, all das sind sicher wichtige Fragen; aber sie gehören keineswegs ins Maximalprogramm. Morgen gerät der Kampf des Jungproletariats vielleicht ins Stocken, oder es entwickelt sich aus einer ökonomischen und politischen Krise unerwartet rasch eine revolutionäre Situation: Verändern sich dadurch etwa die Grundsätze der Kommunisten, wie sie im Maximalprogramm niedergelegt werden? Ihre grundlegenden Anschauungen über die Natur des Kapitalismus und Imperialismus, über deren Folgen für die Volksmassen, über die Ziele des proletarischen Klassenkampfes, seine Internationalität, die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur usw.? All das verändert sich keineswegs, und nur dieses Grundsätzliche, das aber in aller Klarheit, gehört ins Programm.

Anders erfüllt das Programm seinen Zweck nicht, in allen Umschlägen, im Zickzack, in den schroffen Wendungen des praktischen Kampfes der rote Faden für uns zu sein, an dem wir uns orientieren können.

Die Genossen des KABD beachten das nicht und so gerät ihre Grundsatzerklärung in ihrem zweiten Teil in den Stil einer schlechten Agitationsrede, die Erscheinung an Erscheinung, Einschätzung an Einschätzung reiht, die plötzlich die Ebene der Darstellung objektiver Verhältnisse verläßt, indem es heißt, das Monopolkapital versuche, die Folgen der Krisen auf die Schultern der werktätigen Massen abzuwälzen (S. 10): Eine in der Agitation tausendmal gebrauchte Wendung, aber völlig ungeeignet für ein Programm, weil hier plötzlich von subjektiven Versuchen und Absichten die Rede ist, wo objektive Gesetze dargelegt werden müssen.
Die Genossen haben eines nicht bedacht: In einem Programm muß jeder Satz Grundlage für tausende von Agitationsreden sein, aber es darf sich nicht selbst in Agitation verlieren, sonst wird es flach und platt und falsch.

Eben das ist bei der Grundsatzerklärung des KABD der Fall. Auf Seite 9-10 schildern die Genossen z. B. die Entwicklung der Klassenkämpfe nach 45. Das sieht dann so aus: Schwach entwickeltes Klassenbewußtsein unmittelbar nach dem Krieg. "Dies änderte sich jedoch, als mit dem Wiedererstarken des Monopolkapitals in den Jahren nach der Währungsreform immer stärkere Angriffe... (auf die Werktätigen)... einsetzen." Es werden angeführt: ökonomische Kämpfe, politische Kämpfe gegen den Generalvertrag, BVG, Remilitarisierung, Atombewaffnung, KPD-Verbot, Notstandsgesetze, Vietnam, um schließlich bei der Erklärung zu landen, wir befänden uns in keiner revolutionären Situation, die politischen Kämpfe seien noch wenig entfaltet (S. 10). - Was stimmt denn nun? Die zunächst als kontinuierliche Steigerung von politischen Kämpfen gekennzeichnete Entwicklung oder der Schlußpunkt mit der aktuellen Einschätzung? Beides nicht! Weder haben sich die Kämpfe der Arbeiterklasse nach 1945 kontinuierlich weiterentwickelt, und gerade die politischen Kämpfe sind zeitweilig eher abgeflaut als vorwärtsgekommen, noch ist es richtig, die heutige Situation nur dadurch zu kennzeichnen, daß die politischen Kämpfe noch wenig entfaltet seien, wenn nicht die Tendenz hinzugefügt wird, ihre Bewegungsrichtung. Und die ist gegenwärtig gekennzeichnet durch Aufschwung, durch langsamen Aufschwung - gewiß! - aber diese Aufwärtsentwicklung zu leugnen, muß mit Notwendigkeit in den trübseligsten Opportunismus führen, wie es uns die Führer des KB-Nord in ihrer Ersetzung der Politik durch Gegreine täglich vor Augen führen.

Wir gehen hier nur kurz ein auf die Bestimmungen der Arbeiterklasse, die auf S. 14 gegeben werden. Da heißt es: Die Arbeiterklasse "ist die konsequent patriotische Klasse" - was nur einen Sinn ergibt, wenn die Wiedervereinigung Deutschlands ein Kampf gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung durch andere Mächte wäre, wenn also die soziale Befreiung der Arbeiterklasse nur erkämpft werden könnte, wenn vorher die nationale Befreiung stehen muß, eine Auffassung, welche die KABD Genossen auf S. 23 ihrer Erklärung mit Recht zurückweisen, wenn sie sagen: "Der Kampf um die soziale Befrei ung ist in beiden Teilen Deutschlands gleichermaßen die Hauptaufgabe des Proletariats, der Volksmassen". Mit anderen Worten: Der nationale Befreiungskampf ist es nicht! Was soll dann der Hinweis auf den Patriotismus des Proletariats? Für Westdeutschland gilt, was Lenin 1919 für Rußland ausführte:
"Der Patriotismus ist ein Gefühl, das mit den ökonomischen Lebensbedingungen eben der Kleineigentümer verknüpft ist. Die Bourgeoisie ist in höherem Maße international als die Kleineigentümer". (Lenin, Bd. 29, S. 133) Und für die Arbeiterklasse imperialistischer Länder gilt noch immer der Satz des "Kommunistischen Manifests": "Die Arbeiter haben kein Vaterland... Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur führenden Klasse der Nation erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie." (MEW 4, S. 479)
Das westdeutsche Proletariat aber wird sich in der Bundesrepublik zur führenden Klasse erheben müssen, und ob das Proletariat in der Bundesrepublik und in der DDR das in gleicher Weise oder gleichzeitig tun werden, das ist höchst ungewiß.

Ob und wie sie einen einheitlichen Staat, einen Staatenbund, eine gemeinsame europäische Räterepublik schaffen werden, das ist ebenfalls heute nicht zu sagen. Das hängt vom Verlauf der Revolution ab und von ihrer Breite. Sagen können wir nur, daß die soziale Befreiung des westdeutschen Proletariats nicht unmittelbar mit gesamtnationalen Befreiungsaufgaben zusammenhängt, und dann ist es falsch, vom "Patriotismus" zu reden.

Die zweite Bestimmung der Arbeiterklasse ist ebenfalls flasch. Es heißt sort: "Die Arbeiterklasse, die die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung umfasst und deren festen Kern das Industrieproletariat bildet, trägt die ganze Ausbeutung ..." (S. 14). Nachdem vorweg die falsche Bestimmung vom Widerspruch zwischen "Millionen" und Monopolen als dem zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern gegeben wurde, wird hier offenbar die neue Mittelklasse mit dem Proletariat umstandslos in einen Topf geworfen, denn sonst ließe sich nicht davon sprechen, daß die "ganze Last der Ausbeutung" auf der Arbeiterklasse liege - ausgebeutet wird die lohnabhängige neue Mittelklasse auch -, nur daß sie nicht im Kapital ihr eigenes Ausbeutungsverhältnis sich selbst gegenüber produziert, sondern in dessen Verwaltung und Aufrechterhaltung als lohnabhängige Klasse ihr Wesen hat. Ein Unterschied, der festgehalten werden muß, wenn man die politischen und ökonomischen Bestimmungen beim Aufbau des Sozialismus unter der proletarischen Diktatur richtig treffen will. (Vgl. dazu Programmartikel). Auch hier also geht die Führungsrolle des Proletariats verloren, in dem Bestreben, es nur möglichst zahlreich erscheinen zu lassen.

Für die folgenden Teile gilt im wesentlichen dasselbe, was für den Teil II schon gesagt wurde: Taktische Erörterungen und Festlegungen werden gegeben statt programmatischer Bestimmungen. Das Programm zerfließt. Verloren geht, was Engels in seiner Kritik des sozialdemokratischen Programmentwurfs von 1891 forderte: "Nach meiner Ansicht hat das Programm so kurz und präzis wie möglich zu sein" (MEW 22, S. 227). Für unvereinbar erklärteer, sowohl Programm wie Kommentar zum Programm in einem geben zu wollen. Die KABD-Genossen wollen sogar noch mehr: Sie geben kurze historische Einschübe, z. B. über Bernsteins Reformismus (S. 16), setzen sich mit allen möglichen revisionistischen und reformistischen Theorien auseinander (S. 17), geben eine knappgefasste Geschichte der deutschen Spaltung, der Entwicklung in Berlin, der Einschätzung von Verträgen usw. Es wird ein kunterbuntes Durcheinander! Als Beschreibung von Geschichte und als wirkliche Auseinandersetzung mit falschen Theorien zu knapp, bewegen sich diese Ausführungen in der Nähe von Plattitüden, erklären nichts, behaupten vieles und trennen Wesentliches nicht von Unwesentlichem. Diese

Teile II-IV, auf deren einzelne Aussagen wir nicht mehr eingehen können, ohne ins Uferlose zu kommen, taugen als Programmbestandteile gar nichts.

Wir wollen zuletzt noch knapp auf das Aktionsprogramm eingehen, das die KABD-Genossen ja im Verhältnis von Minimal- und Maximalprogramm zur Grundsatzerklärung sehen. Sie gliedern dieses Aktionsprogramm in wirtschaftliche, in demokratische, in kulturelle Forderungen, in spezielle Bündnisforderungen für Klein- und Mittelbauern, die Intelligenz und Kleingewerbetreibende sowie in nationale Forderungen. Wir werden uns angesichts der Vielzahl von Einzelforderungen nicht mit deren spezieller Erörterung befassen, sondern wollen eine grundsätzliche Kritik führen an dem Verständnis von Minimalprogramm, das in diesen Forderungen zum Ausdruck kommt.

In ihren Aktionsprogramm führen die Genossen Forderungen an, die fast alle schon einmal unmittelbar in die Tagesagitation der Kommunisten eingegangen sind und von Teilen der Arbeiterklasse auch schon aufgegriffen wurden. Da steht die 35-Stunden-Woche neben der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, der Stufenbildungsplan neben dem Umweltschutz, das Beschwerderecht bei der Bundeswehr neben der Förderung der Erwachsenenbildung. Durchweg alles sehr löbliche Forderungen, die formuliert werden und die Gesetze, von denen es heißt, daß sie "weg" müßten, sind in der Tat extrem volksfeindlich. Aber, was im Aktionsprogramm nicht geschieht, das ist die Aufstellung solcher Forderungen, die dem demokratischen und dem wirtschaftlichen Kampf eine Richtung geben würden.
Der "praktische" Teil des allgemeinen Programms, als der das Minimalprogramm in der kommunistischen Bewegung immer verstanden wurde, ist eben nicht einfach die Sammlung alles dessen, was unmittelbar aktuell ist. In ihm müssen vielmehr diejenigen Forderungen formuliert werden, die den Tageskämpfen des Proletariats und der anderen unterdrückten Klassen die Richtung geben. Nehmen wir ein Beispiel: Die KABD-Genossen formulieren z. B. die Losung "Kampf der Bevormundung und politischen Unterdrückung der fortschrittlichen Intelligenz" (S. 37). Damit ist weder angegeben, wie der Kampf geführt werden soll, noch woran sich die Fortschrittlichkeit der Intelligenz bemißt. Wir werden stattdessen z. B. in unserem Programmvorschlag die Forderung aufnehmen: "Wahl der Lehrer unmittelbar durch die Bevölkerung und das Recht, unerwünschte Lehrer abzuberufen". Was ist der Unterschied beider Forderungen, abgesehen davon, daß sie sich der gesellschaftlichen Gruppe nach nicht ganz decken (Intelligenz - Lehrer)? In unserer Forderung ist der Sache nach völlig deutlich, daß nicht der kapitalistische Staat die Lehrer auswählen und dämit "bevormunden" soll, sondern die "Bevölkerung", d. h. die Massen selbst sollen das tun. D. h., die Forderung zielt darauf ab, den Kampf um die Schulen (bzw. die Lehrer) nicht nur von den Lehrern und nicht mit dem Ziel größerer Autonomie für sie zu führen, sondern die Massen diesen Kampf führen zu lassen, mit dem Ziel, die Lehrer zu direkten Beauftragten des Volkes, genauer ihrer Wählerschaft zu machen. Ob ein Lehrer fortschrittlich ist oder nicht, das wird sich genau darin entscheiden, ob er gegenüber dem Anspruch der Massen auf Bestimmung über Schulen und Lehrpersonal seine "Autonomie" verteidigen will und deshalb letztlich wieder in den Schoß des kapitalistischen Staates flüchtet, weil er vor dessen Bürokratie weniger sich fürchtet als vor den Massen, oder ob er das nicht tut, sondern auf die Seite des Volkes übergeht und als dessen Beauftragter zu arbeiten versucht.

Die Losung der KABD-Genossen gibt die Richtung, welche die Kommunisten den Bestrebungen der Intelligenz geben müssen nicht an, sondern sie formuliert letztlich nur deren spontane Regung selbst, die sich immer gegen "Bevormundung" richtet, ganz gleich woher die "Bevormundung" kommt, ob von Seiten des kapitalistischen Staates oder von Seiten des unter der Führung der Arbeiterklasse kämpfenden Volkes. Die Losung der KABD-Genossen ist die Forderung der Intelligenz selbst, nicht eine Losung der Arbeiterklasse die auch unter der Intelligenz propagiert wird.

Genau dieser Fehler aber, des Verlassens der Klassenposition, der nach allen Seiten verteilten "Gefälligkeiten", tritt unweigerlich auf, wenn die praktischen Forderungen des Programms von den "unmittelbaren Problemen der Arbeiterklasse" und anderer Klassen her angepackt werden und nicht von einer prinzipielle Bestimmung des demokratischen und wirtschaftlichen Kampfes, die untergeordnet sind dem Kampf für den Sozialismus. Ebensowenig wie der grundsätzliche Teil des Programms (das Maximalprogramm) aus subjektiven Meinungen über den Kapitalismus her geschrieben werden kann, ebensowenig ist das bei seinem praktischen Teil der Fall. Die subjektiven Meinungen der Menschen - um bei unserem Beispiel zu bleiben: der Intelligenz -, sind von zentraler Bedeutung bei der Entfaltung der Politik. Wenn wir uns dabei nicht mit den Massen zusammenschließen, dann versinken wir im Sektierertum. Aber mit den Massen sich zusammenschließen darf nicht heißen, ihre Meinungen und Forderungen einfach zu übernehmen, z. B. die Forderung der Intelligenz gegen "Bevormundung". Vielmehr müssen wir das richtige Moment an dieser Forderung unterstützen, nämlich die Wendung gegen den kapitalistischen Staat ihr falsches Moment aber bekämpfen, nämlich die Proklamierung von Sonderrechten etwa im Sinne von: Freiheit für die Lehrer, über die Schulen zu verfügen. Um bei dieser Unterscheidung zwischen richtig und falsch zu helfen, das ist die Aufgabe des Programms und gerade auch seines praktischen Teils, und darum ist es falsch, diesen praktischen Teil als ein Sammelsurium anzusehen, was in den Köpfen der Menschen schon steckt oder was an Gesetzen der Bourgeoisie alles verwerflich ist. Die praktischen Forderungen des Programms sind ebenfalls Ergebnis theoretischer Untersuchungen über Ziel und Weg des proletarischen Befreiungskampfes. Es unterscheidet sich darin von Aktionsplattformen, gewerkschaftlichen

Kampfprogrammen usw., die unmittelbar politische und wirtschaftliche Tageslosungen aufstellen, indem sie vom Boden des Programms aus, die Forderungen der Massen aufgreifen.

Zusammenfassend können wir sagen: Grundsatzerklärung und Aktionsprogramm des KABD entsprechen den Anforderungen nicht, die an das Programm der westdeutschen Kommunisten zu stellen sind. Neben schwerwiegenden einzelnen Fehlern leiden sie an dem Grundmangel, daß die Genossen sich über Wesen und Aufgaben eines Programms und seinen Unterschied zu aktuellen taktischen Bestimmungen keine Klarheit verschafft haben. Vorwärts kommen kann die westdeutsche kommunistische Bewegung durch diese beiden Dokumente nur, wenn sie sie dazu benutzt, Lehren aus negativem Beispiel zu ziehen.

Wilfried Maier

Sozialistische Zeitschrift für Kunst und Gesellschaft

KuG 1-6 vergriffen

KuG 7 KULTURPOLITIK - POLITISCHER FILM - MEDIENTHEORIE

KuG 8/9 PROLETARISCHE KULTURREVOLUTION I N CHINA

KuG 10 GEORG WEERTH - SOZIALISTISCHE KULTURPOLITIK?
Klaus Kuhnke: Georg Weerth - der erste Dichter des deutschen Proletariats/ G. Weerth: Brief an den Bruder Wilhelm/ Sozialistische Kulturpolitik? Diskussion der DKP-Kulturpolitik/ Rezension der Langspielplatte von "Ton, Steine, Scherben": "Warum geht es mir so dreckig?"

KuG 11/12 LITERATUR UND PARTEILICHKEIT 1 - DER BUND PROLETARISCH-REVOLUTIONÄRER SCHRIFTSTELLER (BPRS) 1929 - 33
Gobron/Rothe: Zur Geschichte der Organisierung und Arbeit kommunistischer Schriftsteller in Deutschland 1925 -33/ Rothe: Die Bündnispolitik der Kommunisten mit fortschrittlichen Schriftstellern im Spiegel der 'Linkskurve'/ Biha: Die proletarische Literatur in Deutschland (1931)/ Hass/Lethen: Was heißt Niveauanhebung der proletarisch-revolutionären Literatur?/ Domdey: H. Gallas' "Marxistische Literaturtheorie"/ Möbius: Zur Diskussion in 'alternative' Nr. 82

KuG 13/14 LITERATUR UND PARTEILICHKEIT 2 - ARBEITERLITERATUR IN DER BUNDESREPUBLIK (erscheint Ende Oktober)
mit Beiträgen - Zum Begriff 'Arbeiterliteratur' // Zum Werkkreis Literatur der Arbeitswelt/ Zu einer Theorie westdeutscher Arbeiterliteratur/ Rezensionen u.a.

WIEDER AUFGELEGT: P. Bächlin: Der Film als Ware (erscheint Nov.)

KUNST UND GESELLSCHAFT erscheint in der Regel 6mal im Jahr. Der Preis des Einzelheftes beträgt (ab Heft 10) DM 3,-DM, das Abonnement für 6 Hefte (ab Heft 10) DM 15,-DM. Abbonnementsbestellungen bitte an die Redaktion richten. Kunst und Gesellschaft ist in allen fortschrittlichen Buchhandlungen erhältlich.
KuG 74 Tübingen, Ammergasse 24, Tel. 61 96

Vom Standpunkt der grossen Kleinmütigkeit zum Standpunkt des kleineren Übels

VORWORT

Die vorliegende Untersuchung wurde von der Verfasserin im Auftrage des ZK des Kommunistischen Bundes Bremen als Beitrag zur ideologischen Auseinandersetzung mit der im Kommunistischen Bund/Hamburg vorherrschenden ideologischen Strömung verfaßt.

Es kam uns in erster Linie darauf an, an der Behandlung der Frage des Faschismus den durch und durch kleinbürgerlichen und opportunistischen Charakter der Politik der theoretischen Führer im KB/Hamburg zu enthüllen.

Die Einschätzung des Faschismus spielt eine zentrale Rolle für die Politik, die von diesen Führern im "Arbeiterkampf" verbreitet wird.
Das wichtigste Ergebnis dieser Untersuchung ist, daß diese "Theoretiker", die sich Kommunisten nennen, den Boden des Marxismus, falls sie ihn je betreten, verlassen haben.
Ihre "Untersuchungen" stellen keinen Beitrag dar, der den Kommunisten in der Aufhellung der Ursachen des Faschismus und in der Entwicklung einer richtigen Taktik weiterhelfen könnte. Im Gegenteil, sie dienen dazu, von der Untersuchung der Bedingungen des Kampfs der Arbeiterklasse abzulenken und statt einer revolutionären Taktik eine Maulwurfstaktik zu begründen und zu propagieren.

Christine Bucher im Auftrag des ZK des KBB

ZUR FASCHISMUSFRAGE DES KB HAMBURG

Droht in Westdeutschland aktuell der Faschismus? Die verschärften Maßnahmen des Staates gegen die demokratischen Rechte der Arbeiterklasse, wie die Verabschiedung der Notstandsgesetze, der Gesetze zur inneren Sicherheit, des Ausbaus des Bundesgrenzschutzes zur Bürgerkriegsarmee, die Bürgerkriegsübungen der Polizei, sind alle diese Maßnahmen unmittelbare Vorboten eines neuen Faschismus?

Insbesondere die deutsche Arbeiterklasse hat 1933 erfahren, wie die "demokratische" Herrschaft der Bourgeoisie in die faschistische umschlagen kann. Der Faschismus als Herrschaftsform der Bourgeoisie ist aber nicht eine einmalige oder zufällige Erscheinung, sondern eine Erscheinung, die mit der äußersten Verschärfung der Widersprüche des Kapitalismus unter den Bedingungen des Imperialismus zusammenhängt. Solange der Imperialismus nicht beseitigt ist, besteht auch die Gefahr des Faschismus. Nur die Arbeiterklasse ist auf der anderen Seite in der Lage, den Faschismus zu verhindern. Deshalb ist die Frage, ob die deutsche Arbeiterklasse erneut vor der Gefahr des Faschismus steht, eine für die Bedingungen und die politische Stoßrichtung ihres Kampfes so überaus wichtige Frage.

In einer Reihe von drei Artikeln im "Arbeiterkampf" 16, 17 und 18 hat auch der KB Nord (Hamburg) zu dieser Frage Stellung bezogen, und er kommt in seiner Untersuchung zu dem für alle Arbeiter, Kommunisten und Demokraten alarmierenden Schluß, daß "aktuell die Gefahr faschistischer Lösungsversuche durch die Kapitalistenklasse" besteht und daß es folglich nötig sei, "hier und heute den antifaschistischen Kampf, den Kampf gegen die Gefahr eines neuen Faschismus zu führen".

Der "Arbeiterkampf" zieht aus dieser Einschätzung der politischen Lage für den aktuellen Kampf weitreichende Schlüsse: z. B. fordert er die Arbeiter zur Wahl der SPD als dem kleineren Übel auf, bestimmt er die Taktik des Klassenkampfes grundsätzlich als defensive Taktik, schränkt er die breite Entfaltung der Propaganda unter den Bedingungen des legalen Kampfes bereits ein. (1)

Die Arbeiterklasse ist aber in der Bestimmung der Strategie und Taktik nicht auf beliebige politische Einschätzungen angewiesen, sie braucht sich nicht auf beliebige Spekulationen zu verlas-

---

(1) Unter dem Vorwand der Verstärkung der politisch-ideologischen Arbeit fordert die Leitung die Einschränkung der praktischen Arbeit, die Beschränkung der Betriebszeitungen zugunsten der politischen Zeitung, der Umwandlung der Branchenzeitungen, die ohnehin die Mehrzahl der Betriebszeitungen ausmachen, in Organe der Gewerkschaftsopposition. (s. Unser Weg, Nr. 15, S. 24f)

sen, die erst durch die Geschichte bewiesen oder widerlegt werden. Sie verfügt im Gegensatz zu allen Klassen vor ihr über die Erkenntnisse und Methoden des historischen Materialismus; und diese von Marx und Engels begründeten Methoden und wissenschaftlichen Erkenntnisse befähigen die Arbeiterklasse dazu, die Etappen des Klassenkampfes zu bestimmen, die Entwicklung der Widersprüche in der kapitalistischen Ökonomie zu analysieren und die Kräfteverhältnisse des Gegners richtig einzuschätzen, sowie die besonderen historischen Bedingungen zu analysieren, die den Kampf der Klassen bestimmen.

Da auch die Verfasser der Artikel im "Arbeiterkampf" den Anspruch erheben, Kommunisten zu sein, so darf man erwarten, daß sie ihre politischen Einschätzungen mit voller Verantwortung vor der Arbeiterklasse auch wissenschaftlich belegen. In Wirklichkeit aber, und das werden wir aufzeigen, sind die politischen Einschätzungen im "Arbeiterkampf" ein Beispiel verantwortungsloser politischer Behauptungen, die nicht auf der Aneignung der revolutionären Theorie der Arbeiterklasse und der Anwendung des wissenschaftlichen Sozialismus beruhen. Die Faschismusuntersuchung des KB-Nord (Hamburg) ist ein Beispiel des bürgerlichen, subjektivistischen Denkens, das die Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus auf den Kopf stellt, in demagogischer Weise in die politische Auseinandersetzung der jungen kommunistischen Bewegung eingreift und nicht zur Klärung, sondern zur Verwirrung und Desorientierung dieser Bewegung und der Arbeiterklasse beiträgt.

WAS IST DER FASCHISMUS SEINEM WESEN NACH?

Um die Auseinandersetzung darüber zu beginnen, ob der Faschismus droht oder nicht, muß man sich zunächst Klarheit darüber verschaffen, was der Faschismus seinem Wesen nach überhaupt ist.
In der demokratischen Bewegung der Bundesrepublik, aber auch schon in der kommunistischen Bewegung der Weimarer Republik vor Machtübernahme durch den Faschismus war es üblich, alle reaktionären Maßnahmen des Staates, aber auch alle Verfallserscheinungen der Bourgeoisie im gesellschaftlichen Überbau, z. B. in der bürgerlichen Ideologie, einfach als faschistisch zu bezeichnen, obgleich ganz offensichtlich zwischen einzelnen Erscheinungsformen politischer Reaktion unter der Herrschaftsform der parlamentarischen Republik und der politischen Reaktion unter dem Faschismus ein Unterschied besteht.

Diese Verwechslung der politischen Reaktion - des verschärften Kampfes gegen die Arbeiterklasse unter der Herrschaftsform der parlamentarischen Republik - mit dem Faschismus hatte bereits in der Weimarer Republik weitreichende Folgen für den Kampf der Arbeiterklasse, weil die Verwechslung der reaktionären Maßnahmen bürgerlich-parlamentarischer Staaten einschließlich der Sozialdemokratie mit dem Faschismus und die Gleichsetzung von Sozialdemokratie als "sozialfaschistischer" Partei mit den faschistischen Organisationen verhinderte, daß der Hauptstoß des Kampfes der Arbeiterklasse rechtzeitig gegen die tatsächlichen faschistischen Organisationen gerichtet wurde, und daß der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse mit der Taktik der antifaschistischen Einheitsfront geführt werden konnte. (1a)

Dieser Fehler in der politischen Einschätzung und Taktik der kommunistischen Partei ist mit Sicherheit eine der verschiedenen Ursachen für die Niederlage der Arbeiterklasse und den Sieg des Faschismus.

Die Verwechslung politischer Reaktion im allgemeinen mit dem Faschismus im besonderen ist nicht zufällig.
Verschärfte politische Reaktion ist das allgemeine Wesen bürgerlicher Herrschaft unter den Bedingungen des Imperialismus. Bereits 1917 schrieb Lenin: "Der politische Überbau über der neuen Ökonomik, über dem monopolistischen Kapitalismus, ist die Wendung von der Demokratie zur politischen Reaktion" (Werke, Bd. 23, S. 34). Politische Reaktion, so schrieb Lenin im 1. Weltkrieg, kennzeichnet im Imperialismus alle politischen Herrschaftsformen der Bourgeoisie, auch die freieste, demokratische Republik.

Auch der Faschismus als besondere Herrschaftsform der Bourgeoisie erscheint historisch erst mit der Entwicklung des Kapitalismus zum monopolistischen Kapitalismus, als politischer Überbau über dem Imperialismus.
Es ist also richtig, den Faschismus aus der ökonomischen Basis, aus dem Wesen und den Widersprüchen des Imperialismus zu erklären, es ist aber falsch, ihn mit der von Lenin gekennzeichneten allgemeinen Wendung der Bourgeoisie von der Demokratie zur politischen Reaktion gleichzusetzen. Diese Gleichsetzung verwischt gerade den Unterschied, der zwischen dem allgemeinen Wesen bürgerlicher Politik und den besonderen politischen Formen bürgerlicher Herrschaft besteht und macht es der Arbeiterklasse unmöglich, die richtige politische Taktik im Kampf gegen die Bourgeoisie zu entwickeln.
Eine besondere Variante dieses Fehlers wird im "Arbeiterkampf" in den drei Artikeln zur Frage des Faschismus entwickelt. Was ist nach Meinung der Verfasser des 'Arbeiterkampfs" der Faschismus? "Der extremste Ausdruck der grundsätzlichen Tendenzen des Imperialismus zur gesteigerten Reaktion ist der Faschismus." Oder anders ausgedrückt: wenn die Reaktion ein äußerstes Maß erreicht hat, muß man von Faschismus sprechen. - Es steht außer Zweifel, daß der Faschismus äußerst reaktionär ist. Umgekehrt hilft diese Bestimmung aber gerade nicht, den

---

(1a) Die KPD hat diesen Fehler korrigiert. Auf dem VII. Weltkongreß der Komintern wurde die Taktik des antifaschistischen Kampfes der antifaschistischen Einheitsfront- und Volksfrontpolitik als Kampftaktik der Kommunistischen Parteien gegen den Faschismus festgelegt.

Unterschied zwischen der politischen Reaktion unter der Herrschaftsform der bürgerlichen Republik und der Herrschaftsform des Faschismus zu klären. Im Gegenteil: Ihr liegt der Fehler zugrunde, die besonderen historischen Formen bürgerlicher Herrschaft auf ihr gemeinsames Wesen zu reduzieren, und dieser Fehler entzieht die Verfasser im "Arbeiterkampf" gerade der Mühe, die Unterschiede in den Herrschaftsformen herauszuarbeiten und wirklich zu untersuchen, was der Faschismus ist und warum und unter welchen Bedingungen es zum Faschismus kommt, auch wenn die Verfasser in ihren historischen Ausführungen diesen Anschein einer Untersuchung erwecken. Dazu später.

Dieser Fehler der Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem entspringt aber nicht einfach einem schematischen Vorgehen, sondern einem vollständigen Mißverständnis und einer Verdrehung der Erkenntnisse Lenins über das Wesen des Imperialismus.
Die Theoretiker im "Arbeiterkampf" begnügen sich damit, aus dem 1o. Kapitel von Lenins Schrift "Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" die "vier Haupterscheinungsformen des Monopolkapitalismus" als "Merkmale" des Imperialismus zusammenzufassen. Daran schließen die Verfasser ein Zitat Lenins an, das das allgemeine Wesen des Imperialismus aus der ökonomischen Entwicklung vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus darstellt. Hier das bekannte Zitat: "Der Imperialismus ist die Epoche des Finanzkapitals und der Monopole, die überall hin den Drang nach Herrschaft und nicht nach Freiheit tragen. Reaktion auf der ganzen Linie, gleichviel unter welchem politischen System, äußerste Zuspitzung der Gegensätze auch auf diesem Gebiet - das ist das Ergebnis dieser Tendenz."
Dazu im "Arbeiterkampf":
"Das bedeutet jedoch nicht, daß sich der Imperialismus gradlinig in Richtung (!) auf Abbau demokratischer Rechte, in Richtung (!) Unterdrückung immer und unter allen Umständen entwickeln würde, Vielmehr kombiniert der Imperialismus die Methode der offenen Unterdrückung mit der oft nicht minder wirksamen Methode scheinbarer Zugeständnisse."
In der Tat, die "Arbeiterkampf"-Theoretiker kombinieren auf plumpe Weise, dadurch nicht minder wirksam, Ökonomie und Politik und verdrehen vollständig den Inhalt des Leninschen Zitats.
Lenin macht deutlich, daß die Entwicklung der Ökonomie von der freien Konkurrenz zum Monopol, gewachsen auf dem Boden der freien Konkurrenz, den Drang nach Herrschaft über Rohstoffe und Absatzgebiete verwandelt. Zuspitzung der Widersprüche in der kapitalistischen Ökonomie kennzeichnet ökonomisch den Imperialismus. Aber auch politisch spitzen sich die Widersprüche zu. Die ökonomische Basis des Kapitalismus, der sich zum Monopolkapitalismus entwickelt hat, tritt in Widerspruch zu dem dem freien Konkurrenzkapitalismus gemäßen politischen Überbau: nicht Freiheit, nicht Demokratie, sondern Herrschaft, "politische Reaktion auf der ganzen Linie", ist der politische Überbau, der der Ökonomie des Imperialismus entspricht. „Nein, sagen die Leninterpreten im "Arbeiterkampf" in "schöpferischer" Weiterentwicklung Lenins, "das bedeutet ... nicht, daß sich der Imperialismus gradlinig auf Abbau demokratischer Rechte, in Richtung Unterdrückung immer und unter allen Umständen entwickeln würde." Die Leninterpreten irren: Der Imperialismus ist entwickeltes System des Monopolkapitalismus, ist politisch seinem Wesen nach reaktionär, ist Negation der Demokratie. "In der Außenpolitik wie in der Innenpolitik strebt der Imperialismus zur Verletzung der Demokratie, zur Reaktion" (Lenin). Wovon im "Arbeiterkampf" eigentlich die Rede ist, kann sich der Leser zusammenkombinieren, wenn er den folgenden Satz hinzuzieht: Der Imperialismus 'kombiniere die Methode der offenen Unterdrückung mit der oft nicht minder wirksamen Methode scheinbarer Zugeständnisse'. Die ganze Verwirrung, die sich in den Köpfen der Schreiber vollzieht, ist die, daß sie die Bestimmungen über das allgemeine Wesen des Imperialismus "politische Reaktion auf der ganzen Linie" durcheinanderwürfeln mit den Formen und Methoden, die die Bourgeoisie anwendet, um ihre Herrschaft gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen. Die ökonomische Basis des Imperialismus ist in Widerspruch geraten zur Demokratie, deshalb ist politische Reaktion das allgemeine Wesen, die allgemeine Tendenz bürgerlicher Politik. Unter welchen politischen Formen und mit welchen Methoden die Bourgeoisie herrscht, ist eine andere, aber eine äußerst wichtige Frage. Gerade mit dieser Frage müssen wir uns aber auseinandersetzen, wenn wir das besondere Wesen des Faschismus erkennen wollen. Der "Arbeiterkampf" drückt sich durch die Vermischung der Methoden und Taktiken der Bourgeoisie mit der allgemeinen Form der Widersprüche des Imperialismus sowohl darum herum, diese Widersprüche genau zu bestimmen, als auch darum, sich mit den politischen Formen weiter zu beschäftigen.
Versuchen wir, dieses Knäuel zu entwirren.

DAS VERHÄLTNIS VON ÖKONOMISCHER BASIS UND POLITISCHEM ÜBERBAU

Eine der entscheidenden Erkenntnisse von Marx und Engels war die, daß die politischen Formen, in denen die Beziehungen der Klassen zueinander geregelt werden, d. h. der politische Überbau, nicht beliebig sind, sondern von der Ökonomie, der jeweils herrschenden Produktionsweise bestimmt werden. Dieser politische Überbau setzt sich nicht naturwüchsig durch, sondern wird von der ökonomisch und damit auch politisch fortschrittlichsten Klasse gegen die alte herrschende Klasse im Kampf gewaltsam durchgesetzt. Dem sich gegen die feudale Produktionsweise durchsetzenden Kapitalismus entsprach politisch die, wie Engels formulierte, "höchste Staatsform", die demokratische Republik. Mit der vollen Durchsetzung des Warenaustauschs auf der ökonomi-

schen setzte die Bourgeoisie die politische Gleichheit der Warenproduzenten auf der politischen Ebene durch. Sie löste im Kampf unter den revolutionären Losungen der Freiheit und Gleichheit alle Fesseln der feudalen Abhängigkeitsverhältnisse und verwandelte den leibeigenen Bauern in den freien Lohnarbeiter, den sie gleich anderen Waren auf dem Markt zu ihrem freien Gebrauch kaufen und ausbeuten konnte. Unter den Bedingungen des Kapitalismus war so die offiziell verkündete Gleichheit aller Bürger von Anfang an nur formal, denn von Anfang an bedeutete die Durchsetzung des Kapitalismus die radikalste Durchsetzung der Klassenspaltung in reich und arm, in Besitzer an Produktionsmitteln und Besitzlose, in Bourgeoisie und Proletariat. "Die demokratische Republik widerspricht 'logisch' dem Kapitalismus, da sie 'offiziell' den Reichen und den Armen gleichsetzt. Da ist ein Widerspruch zwischen der ökonomischen Basis und dem politischen Überbau" (Lenin, Über eine Karikatur auf den Marxismus, Werke, Bd. 23, S. 38). Durch diesen Widerspruch zwischen der politisch formalen Gleichheit und der tatsächlichen Ungleichheit bilden sich die besonderen Methoden bürgerlicher Herrschaft heraus. Durch die offizielle politische Gleichstellung aller Bürger unter der bürgerlichen Republik verbirgt die Bourgeoisie vor den Massen ihre politische Herrschaft, verschleiert sie den Klassencharakter des bürgerlichen Staates ("der Staat steht über den Klassen") und bindet sie das Proletariat politisch an den bürgerlichen Staat. Die Herrschaft der Bourgeoisie wird aber, sobald die politische Gleicheit auch für das Proletariat durchgesetzt ist, sobald auch die Vertreter der Arbeiterklasse ins Parlament einziehen, immer weniger über die von der Bourgeoisie geschaffenen politischen Instrumente des Parlaments, sondern indirekt ausgeübt. In seiner Schrift "Vom Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" schrieb Engels dazu: In der demokratischen Republik "übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus. Einerseits in der Form der Beamtenkorruption, andererseits in der Form der Allianz von Regierung und Börse. ... Und endlich herrscht die besitzende Klasse direkt mittels des allgemeinen Stimmrechts" (MEW Bd. 21, S. 167). Was ändert sich nun durch die Entwicklung des Kapitalismus zum monopolistischen Kapitalismus, zum Imperialismus? "Zum Imperialismus steht die Republik im gleichen Widerspruch (wie zum Kapitalismus), vertieft und vervielfacht dadurch, daß die Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol die Realisierung der verschiedenen politischen Freiheiten noch mehr erschwert" (Lenin, a. a. O., Werke, Bd. 23, S. 38). Unter dem Imperialismus ist also die Arbeiterklasse in der bürgerlichen Republik von der Macht ebenso ausgeschlossen, ist ihre Teilhabe an der Macht ebenso nur Schein; nur daß sich unter dem Imperialismus dieser Widerspruch um ein Vielfaches verschärft. Er verschärft sich mit der Zuspitzung des Widerspruchs zwischen der Vergesellschaftung der Produktion und der privaten Aneignung allgemein. Unter dem monopolistischen Kapitalismus führt der Kapitalismus "bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran". "Aber der gewaltige Fortschritt der Menschheit, die sich bis zu dieser Vergesellschaftung emporgearbeitet hat, kommt den Spekulanten zugute" (Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, Werke, Bd. 22).
Die Spekulanten, Aktienbesitzer, Börsenjobber, jene Parasiten der modernen Gesellschaft zeigen nur an, daß die private Aneignung des gesellschaftlichen Mehrwerts nur mehr eine Hülle darstellt, die abzustreifen eine historisch bereits überfällige Aufgabe des Proletariats ist. Die Verwirklichung der Demokratie, durch die Vergesellschaftung der Produktion objektiv vorbereitet und objektiv notwendig, wird aber politisch erst möglich durch die Zerschlagung des politischen Überbaus der bürgerlichen Gesellschaft, des bürgerlichen Staates. Das Streben der Massen nach Demokratie und die Verschärfung der Unterdrückung durch den mit immer größeren Gewaltmitteln ausgerüsteten Staat sind der politische Ausdruck des sich verschärfenden Antagonismus von Produktivkräfte und Produktionsverhältnissen unter dem Imperialismus.

Während auf der einen Seite die Herrschaft der Bourgeoisie ökonomisch mehr und mehr unterhöhlt wird, nimmt mit der Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol die Macht des im Finanzkapital konzentrierten Kapitals zu. An die Stelle der freien Konkurrenz tritt das Herrschafts- bzw. das Abhängigkeitsverhältnis zwischen den mächtigen und den ökonomisch ohnmächtigeren Einzelkapitalien. (2)

Das ökonomische Herrschaftsverhältnis drückt sich politisch in der Abschaffung der Demokratie auch für die Bourgeoisie selbst aus: Die öffentliche politische Austragung von Konflikten, vorgetragen von einer Vielzahl von bürgerlichen Fraktionen und Parteien im Parlament, weicht der Herrschaft mächtiger Monopolgruppen. (3)

Die bürgerlichen Parteien drücken jetzt nicht mehr die verschiedenen Interessen der unterschiedlichen Bourgeoisfraktionen aus, sondern sind Instrumente der Massenmobilisierung und Massenbindung. Die Herausbildung des Zweiparteiensystems in den kapitalistisch fortgeschrittensten Ländern ist der politische Ausdruck dieser Veränderung.
Die bürgerliche Republik, die höchstentwickelte Staatsform, der adäquate Überbau der freien Wa-

---

(2) Ablösung der freien Konkurrenz durch das Monopol bedeutet nicht, daß die Konkurrenz als die Form, in der sich die Gesetze des Kapitals durchsetzen, beseitigt wären.

(3) Herrschaft mächtiger Monopolgruppen bedeutet nach wie vor, daß die Herrschaft der Bourgeoisie vermittelt über den bürgerlichen Staat, indirekte Form der Herrschaft ist, und daß der Widerspruch zwischen dem Staat als dem ideellen Gesamtkapitalisten und den Interessen der Einzelkapitale nicht aufgehoben ist.

renproduzenten wird von diesen selbst durch die Entwicklung der kapitalistischen Ökonomie unterhöhlt. Nicht Demokratie, "das Herrschaftsverhältnis und die damit verbundene Gewalt, das ist das Typische für die jüngste Entwicklung des Kapitalismus". (Lenin, a. a. O., Werke, Bd. 22)

Bedeutet all dies nun, daß die Bourgeosie die für die Austragung ihrer inneren Widersprüche weitgehend bedeutungslos gewordene besondere Herrschaftsform der parlamentarischen Demokratie einfach beseitigen und durch die direkte Form unmittelbarer Herrschaftsausübung über den Staatsapparat ersetzen kann? Keineswegs. Aus dem Widerspruch zwischen Imperialismus und bürgerlicher Republik, zwischen verschärfter politischer Unterdrückung und Demokratie, auf die konsequente Abschaffung der bürgerlichen Republik zu schließen, bedeutet, von den Widersprüchen abzusehen. Die Bourgeoisie herrscht nicht im luftleern Raum, sondern sie herrscht gegen die Arbeiterklasse, gegen die Masse des Volkes. Sie herrscht trotz der allseitigen Vergesellschaftung der Produktion, obgleich die Überflüssigkeit der Privatbesitzer längst offenkundig, die Verwirklichung der politischen Demokratie durch die Arbeiterklasse längst auf der Tagesordnung steht. Die bürgerliche Republik, die parlamentarische Demokratie, die politisch formale Gleichheit der Bürger sind vollständig in den fortgeschrittenen Ländern von der Arbeiterklasse erkämpft worden, und sie sind andererseits die historisch einzige Herrschaftsform, die es der Bourgeoisie möglich macht, ihr durch und durch reaktionäres Wesen, ihre durch und durch reaktionäre Gewaltherrschaft vor den Massen zu verschleiern und diese weiterhin an den bürgerlichen Klassenstaat zu binden. Will die Bourgeoisie hinter den historisch en Fortschritt, den die bürgerliche Republik gegenüber allen früheren Herrschaftsformen darstellt, zurück, so muß sie diesen Schritt gegen die Arbeiterklasse und die breiten demokratischen Bestrebungen der Massen durchsetzen. Mit diesem Schritt zum Faschismus, der ihre Herrschaft sichern soll, beraubt sie sich zugleich derjenigen Herrschaftsform, die ihre Macht am sichersten garantiert. Beide Seiten dieses Widerspruchs spiegeln sich verschärft unter der allgemeinen Verschärfung des Antagonismus von Demokratie und Imperialismus in den Herrschaftsmethoden der Bourgeoisie wider. Erklärt man sie nicht aus diesem Widerspruch, dann erscheinen sie als Gegensatz zu der von Lenin allgemein formulierten Tendenz des Imperialismus zur Reaktion, wie am Beispiel des "Arbeiterkampfs" aufgezeigt werden konnte. Beide Seiten: die Verstärkung der staatlichen Gewaltmaschinerie, der schnelle Umschlag von der Politik der Konzessionen in die Politik der offenen Gewalt und die Perfektion des Massenbetruges, der Verschleierung, der Massendemagogie, der Lügen und Bestechungen sind Ausdruck ein und desselben Widerspruchs. Beide Methoden wendet die Bourgeoisie bewußt an, beide entspringen aber zugleich in ihrer besonderen Form dem unter dem Imperialismus sich verschärfenden Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, der zur politischen Lösung drängt. Richtig ist daher, daß der Imperialismus durch die Verschärfung der Widersprüche bestimmt ist, und daß diese Verschärfung in der Labilität und Krisenhaftigkeit im politischen Überbau der bürgerlichen Republik zum Ausdruck kommt. Falsch ist aber, diese Widersprüche selbst mit dem politischen Ausdruck dieser Widersprüche gleichzusetzen oder zu vermischen, wie es im "Arbeiterkampf" geschieht. Richtig ist, daß der Imperialismus unter der äußersten Zuspitzung der Widersprüche nur noch eine politische Alternative offenläßt : volle Durchsetzung der Demokratie durch den Sturz der Bourgeoisie und die Errichtung der Arbeitermacht oder offene Reaktion, vollständige Abschaffung der Demokratie, Durchsetzung der Herrschaft der Bourgeoisie durch die Niederschlagung der Arbeiterklasse. Revolution oder Rückfall in die Barbarei, wie Marx im Kommunistischen Manifest schon theoretisch vollständig klarlegt. Gefährlich ist es aber, den qualitativen Sprung von der Republik in den Faschismus zu übersehen.

Faschismus ist nicht einfach äußerste Reaktion, Faschismus ist Abschaffung auch der bürgerlichen Demokratie, vollständige Aufhebung der "höchsten politischen Staatsform" der Bourgeoisie, der bürgerlichen Republik. Alle Formen der bürgerlichen Herrschaft, wie sie ihre höchste Vollendung in der Republik gefunden haben, werden liquidiert : das Parlament und die bürgerlichen Parteien werden abgeschafft; die Trennung von Legislative und Exekutive, die Unabhängigkeit der Justiz werden aufgehoben. Die indirekte Herrschaft über die Arbeiterklasse wird durch die direkte, die offene Diktatur betonende Herrschaft ersetzt. (4)

Die Bourgeoisie liquidiert ihren eigenen Überbau, um ihn durch einen der Demokratie entgegengesetzten Überbau zu ersetzen. Das Proletariat wird vollständig und brutal unterdrückt, seine Organisationen werden zerschlagen, das Streikrecht wird abgeschafft, (an die Stelle des ausgehandelten Lohn tritt das Lohndiktat), schließlich wird sogar die Freiheit des Arbeiters, seine Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, durch den Arbeitszwang ersetzt. Diese Freiheit, obgleich ebenso formal und in Wirklichkeit Ausdruck der Unfreiheit, ist doch zugleich die Grundlage für den ökonomischen Kampf. Durch die Beseitigung des Verkaufs der Arbeitskraft tritt an die Stelle des freien Lohnarbeiters im Faschismus der Arbeitssklave: Arbeitsdienst, Arbeitslager, Konzentrationslager, "Militärzuchthäuser für die Arbeiter", so nannte Lenin den organisierten Arbeitszwang bereits im Ersten Weltkrieg, ersetzen zunehmend den freien Arbeitsmarkt.

(4) Unabhängigkeit der Justiz heißt nicht, daß diese Justiz nicht bürgerliche Klassenjustiz ist; aber dennoch ist die Justiz formal unabhängig, an bestimmte Gesetze und Regeln gebunden. Und dieser Unterschied ist wie alle formalen Rechte gegenüber der Anschaffung dieser Formen im Faschismus für den Kampf der Arbeiterklasse äußerst wichtig.

Für den Faschismus gilt ökonomisch, was Lenin bereits für die beschleunigte Umwandlung des Monopolkapitalismus zum Staatsmonopolismus im Ersten Weltkrieg entwickelt hat. Der Staat übernimmt im Interesse der gesamten Kapitalistenklasse Teile der kapitalistischen Produktion und setzt damit z. T. die kapitalistische Konkurrenz außer Kraft! Er greift für die Profite der Kapitalisten durch die öffentliche Regulierung der Produktion und Verteilung und die Arbeitspflicht in die kapitalistischen Warenbeziehungen ein und hebt sie z. T. auf. Sind alle diese Erscheinungen in der Ökonomie Formen, die Lenin als "vollständige, materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe", kennzeichnete, so sind die gleichen Formen unter der Herrschaft des Kapitalismus Erscheinungen seiner Auflösung, Ausdruck der ökonomisch äußerst zugespitzten Krise, die nur noch durch teilweise Außerkraftsetzung der Formen, in denen sich die kapitalistischen Widersprüche bewegen und durch die Versklavung der Arbeiterklasse, sowie durch gewaltsame Vernichtung von Produktivkräften, durch den Krieg, gelöst werden kann.

Für den Faschismus gilt ökonomisch, was Lenin für den sogenannten "Kriegssozialismus" der deutschen Bourgeoisie im 1. Weltkrieg sagte: er ist "in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus oder, einfacher und klarer ausgedrückt, ein Militärzuchthaus für die Arbeiter, ein militärischer Schutz für die Profite der Kapitalisten." (Lenin, a. a. O., S. 368) (5)

Politisch sprengt er die bürgerliche Herrschaftsform des Kapitalismus, die parlamentarische Republik. Das Wesen der Ökonomie, Herrschaft statt Freiheit, setzt sich politisch vollständig durch und löst auf reaktionäre Weise den besonderen Widerspruch zwischen der ökonomischen Basis, Imperialismus, und dem politischen Überbau in der Form der bürgerlichen Republik. Der Wechsel von der Herrschaftsform der bürgerlichen Republik zum Faschismus bedeutet einen qualitativen Sprung, der der äußersten Zuspitzung der Widersprüche der kapitalistischen Ökonomie entspringt, einer tiefen ökonomischen Krise, die die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft in ihren ökonomischen Grundlagen und damit auch politisch in Frage stellt. Der äußersten ökonomischen Krise entspricht die äußerste Zuspitzung der politischen Gegensätze, die politische Krise. Verschärfte Gewaltanwendung des Staates gegen die verelendeten Massen enthüllt immer offener das wahre Wesen bürgerlicher Herrschaft, den Staat als reaktionären Klassenstaat. Diese objektiv revolutionäre Situation erlaubt es der Bourgeoisie nicht mehr, mit den Formen und Methoden bürgerlicher Herrschaft, wie sie in der bürgerlichen Republik herausgebildet worden sind, zu regieren. Sie macht den Faschismus zum einzigen Ausweg der Bourgeoisie aus der Krise, wenn die Arbeiterklasse ihr diesen Ausweg läßt.

Der oder die Verfasser im "Arbeiterkampf" begehen nicht nur den Fehler, die Unterschiede in den politischen Herrschaftsformen außer Acht zu lassen, das allgemeine Wesen der Herrschaft der Bourgeoisie unter dem Imperialismus mit den besonderen Wesen faschistischer Herrschaft gleichzusetzen, sie begehen den grundlegenden Fehler, die politische Entwicklung und die politischen Formen, in denen sich diese Entwicklung vollzieht, nicht aus der Bewegung der Widersprüche der Gesellschaft zu erklären. Im "Arbeiterkampf" erscheinen politische Reaktion im allgemeinen, wie Faschismus im besonderen lediglich als Häufungen reaktionärer Maßnahmen der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie kann aber ihre Reaktion verschärfen, und dafür gibt es genug Beispiele aus der Geschichte, ohne daß die Reaktion in Faschismus umschlagen muß. Die Vorstellung einer schrittweisen Entwicklung zum Faschismus, der sogenannten "Faschisierung" der Gesellschaft, die nichts anderes darstellt als eben jene Anhäufung reaktionärer Maßnahmen durch die Bourgeoisie, entspringt einer mechanischen Vorstellung von der Entwicklung der Dinge, die nicht befähigt, die Entwicklung der Dinge zu erkennen und zu analysieren. Die Anhäufung reaktionärer Maßnahmen bringt die Geschichte nicht in Bewegung, erklärt nicht das Umschlagen einer Qualität in eine andere, den Umschlag von der Republik in den Faschismus. Aus der Zunahme reaktionärer Maßnahmen kann man eben nicht einfach auf den drohenden Faschismus schließen, obwohl sich die Verschärfung der Widersprüche in der Verschärfung reaktionärer Maßnahmen ausdrückt.
Ob sich diese Widersprüche aber so zuspitzen, daß sie in Faschismus umschlagen, ist nur festzumachen, wenn man die der Bewegung der politischen Reaktion zugrundeliegenden Widersprüche untersucht. Wohin dieses dem Marxismus entgegengesetzte Denken führt, dafür bietet der "Arbeiterkampf" in seinem Antwortversuch auf die Frage nach dem Wesen des Faschismus ein anschauendes Beispiel.

Der Faschismus ist keine historisch beliebige Herrschaftsform der Bourgeoisie

Weil die Faschismus"analytiker" nicht von den Widersprüchen ausgehen, können sie auch das Wesen des Faschismus nicht erkennen. Sie wählen aus dieser Schwierigkeit den Ausweg der bürgerlichen Wissenschaft, von keiner Theorie angeleitet, blind und willkürlich mit den Erscheinungsformen zu verfahren und an den Erscheinungen selbst haften zu bleiben. In Nr. 17 des "Arbeiterkampfes" ergänzen die Autoren ihre anfängliche aus dem Extrakt einer historischen Darstellung des Faschismus in Deutschland und Italien gewonnene Bestimmung des Faschismus durch eine Aufreihung von Merkmalen. Diese Aufzählung von Merkmalen bringt die Verfasser in die Schwierigkeit, festzulegen, welche Merkmale notwendig zum Faschismus gehören, welche historisch einmalige Erschei-

(5) Mit der Parole vom "Kriegssozialismus" suchten die Revisionisten der II. Internationale die Arbeiterklasse über den Klassencharakter staatlicher Interventionen für den imperialistischen Krieg der deutschen Bourgeoisie hinwegzutäuschen.

nungsformen sind und ob nicht schließlich der Faschismus in ganz neuen Formen auftreten könne, die keines der historischen "Merkmale" mehr trägt. Z.B. rätseln die Verfasser, ob wohl der Nationalismus angesichts der Internationalisierung des Kapitals noch als Bestandteil faschistischer Ideologie oder in der Form der Europaideologie auftreten müsse. Da es den Verfassern an der Fähigkeit mangelt, in Widersprüchen zu denken, und sie Wesen und Erscheinung voneinander trennen, es ihnen aber andererseits nicht an hilfreichen Einfällen mangelt, erfinden sie für den historischen Faschismus einen neuen Begriff. Bei dem deutschen und italienischen Faschismus handele es sich um "klassischen Faschismus";für den bevorstehenden Faschismus ist ihnen allerdings noch kein klassifizierender Name eingefallen. Was nützt aber ein neuer Begriff, was hilft der Hinweis, daß der Faschismus in unterschiedlichen Formen auftreten kann, der Arbeiterklasse und den Kommunisten, die erkennen wollen, ob der Faschismus droht oder nicht! Rein gar nichts, dem "Arbeiterkampf" aber sehr viel; ermöglicht er es ihm doch, mit der Bestimmung der Formen beliebig zu verfahren und alle möglichen Erscheinungsformen als Beweis für den aktuell drohenden Faschsimus heranzuziehen. (Dies geschieht vornehmlich im 3. Teil seiner "Untersuchung")

Das Wesen des Faschismus kann jedoch nicht aus den Formen selbst, sondern muß aus der politisch und ökonomisch bestimmten Bewegung der Widersprüche erklärt werden, die sich in historisch bestimmten Formen zeigen. Eine sorgfältige Analyse der Geschichte der Entstehung des Faschismus ist daher die erste Aufgabe der Kommunisten, bedeutet Verarbeitung und Lernen aus der Geschichte der Arbeiterbwegung.
Scheinbar beschreitenauch die Verfasser im "Arbeiterkampf" diesen Weg. Sie beginnen ihre Serie mit einer Darstellung des deutschen und italienischen Faschismus. Diese Darstellung hat aber für die Verfasser des "Arbeiterkampfs" nicht die Bedeutung, die historischen Zusammenhänge und die Ursachen für Veränderungen, die Ursachen für den qualitativen Sprung, den der Faschismus bedeutet, zu erklären. Die Geschichte hat vielmehr die entgegengesetzte Funktion: Sie dient dazu, den Beweis zu liefern, daß die Handlungen der Bourgeoisie den Gesetzmäßigkeiten der Geschichte gerade nicht unterliegen, daß die Bourgeoisie ihre Herrschaftsformen beliebig bestimmt.

Um diesen Beweis aus der Geschichte zu führen, kommen die Verfasser in die Schwierigkeit, gegen die Geschichte selbst argumentieren zu müssen. Aber wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Wo der Wille besteht, die Wahl der Herrschaftsmethoden und - formen der Bourgeoisie als Willkürakte der Bourgeoisie hinzustellen, ist auch der Weg der Vergewaltigung der Erscheinungen der Geschichte ein möglicher Weg. Obgleich im "Arbeiterkampf" beim Entstehen des Faschismus in Italien und Deutschland in beiden Fällen die besonders tiefgreifende ökonomische Krisensituation des Kapitalismus und zumindest für Italien die Schwäche der Arbeiterklasse durch die Führung einer reformistischen Partei und der Niedergang der spontanen Arbeiterbewegung konstatiert werden, interessieren die Faschismusforscher diese besonderen Erscheinungen nicht weiter. Für die Entwicklung des deutschen Faschismus lassen sie die Arbeiterbewegung sogar vollständig herausfallen.

Schnell fassen sie ihre Schlußfolgerungen zusammen zu der Behauptung, daß der Faschismus "in beiden Fällen als eine präventive ,vorbeugende Maßnahme" "erscheine", "ohne, daß die Bourgeoisie in einer akuten Zwangslage wäre, die sie ohne Faschismus nicht mehr bewältigen könnte." (Arbeiterkampf, Nr. 17, S. 9) Laut "Arbeiterkampf" läßt sich gerade nicht der Nachweis führen, daß der Faschismus der für die Bourgeoisie einzige Ausweg aus der Krise ist.

Diese Behauptung, die die allgemeinen Gesetze der historischen Entwicklung außer Kraft zu setzen versucht, wird noch deutlicher in der Auseinandersetzung mit einem Artikel im Neuen Roten Forum, Nr. 6/71 von Peter Lagarde.
Wir folgen den Zitaten im "Arbeiterkampf": Der "Arbeiterkampf" zitiert den folgenden Satz aus dem Artikel des NRF: "Der Faschismus ist ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie, die durch die Verschärfung der inneren Widersprüche nicht mehr in der Lage ist, mit den alten Mitteln der parlamentarischen Demokratie zu herrschen." Dazu "machen" die Schreiber im "Arbeiterkampf" folgende "Klarstellung". Hier im vollständigen Zitat: "Also muß man wohl annnehmen, daß die Kapitalisten aus irgendeiner Vorliebe (!) heraus, solange es irgend geht, an der parlamentarischen Demokratie festhalten und sie erst zugunsten des Faschismus aufgeben, wenn sie nicht mehr anders können. Folgerichtig spricht das NRF davon, daß die Bourgeoisie "gezwungen" sei, "zu terroristischen Methoden zu greifen". Gezwungen wird man zu etwas, was man eigentlich nicht möchte. Mögen (!) die Kapitalisten den Faschismus nicht? Diese Annahme stünde im fatalen Widerspruch zu der auch vom NRF anerkannten Tatsache, daß Imperialismus eben grundsätzlich verstärkte Tendenz zur Reaktion bedeutet."

Fatal ist allerdings, wie die Verfasser mit der Analyse umgehen, die der Aufsatz im NRF vorlegt. P. Lagarde geht ja gerade davon aus und versucht konkret historisch darzulegen, daß die politischen Entscheidungen der Bourgeoisie nicht beliebig sind, nicht deren Lust und Laune entspringen, sondern von den objektiven Widersprüchen bestimmt sind, daß der Wechsel der Herrschaftsformen von der parlamentarischen Republik zum Faschismus aus der äußersten Verschärfung der Widersprüche entspringt, in der die Herrschaft der Bourgeoisie ökonomisch und politisch bedroht ist. Und sie ist politisch bedroht, weil die Bourgeoisie die Arbeiterklasse nicht mehr an den bürgerlichen Staat zu binden vermag, die Mittel der parlamentarischen Demokratie nicht mehr ausreichen, um - so die Worte der Hamburger- "mit der Arbeiterbewegung fertig zu werden." Die äußerste ökonomische Krise, die ihre Ursache in der historisch besonderen Zuspitzung der Widersprüche hat, die der kapitalistischen Ökonomie eigen sind und die nur mit der

Ausplünderung der Arbeiterklasse und der Masse des Volkes sowie der imperialistischen Ausplünderung und Vernichtung anderer Völker kapitalistisch gelöst werden kann, ist allerdings objektiv "ein Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie" und steht keineswegs im Gegensatz zu der von Lenin beschriebenen allgemeinen Tendenz des Imperialismus zur Reaktion. Dieser Gegensatz entsteht nur in den Köpfen der Autoren des "Arbeiterkampfs". Denn auch die grundsätzliche Tendenz des Imperialismus zur Reaktion und die ihrem Wesen nach ständig gegen die Demokratie gerichtete reaktionäre Politik der Bourgeoisie hat nichts mit einer besonderen "Vorliebe" oder Bösartigkeit der Kapitalisten zu tun, sondern folgt notwendig aus der Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapitalismus und Demokratie unter dem Imperialismus im allgemeinen. Dieser innere Zusammenhang von objektiven Bedingungen und subjektivem Handeln verwandelt sich in den bürgerlich beschränkten Köpfen der Autoren im "Arbeiterkampf" in einen einander ausschließenden Gegensatz. Dazu weiter im "Arbeiterkampf": "Daß die Bourgeoisie in bestimmten Situationen die Unterdrückung verschärft und gar zur faschistischen Herrschaftsform greift, kann nicht damit erklärt werden, daß sie dazu "gezwungen" ist. Vielmehr ist es so, daß die Bourgeoisie unter Umständen (!) den Faschismus einfach für wirksamer und geeigneter hält (!) als die parlamentarisch-demokratische Form des Regierens. Unter Umständen wohlbemerkt, und keineswegs immer. Welche Form des Regierens die Bourgeoisie bevorzugt, hängt von der Gesamtsituation ab." Und schließlich "die Darstellung des NRF" lasse "den Faschismus als etwas erscheinen, was die Kapitalisten ohne und gegen eigenen Willen, "gezwungen tun", und daß damit " in letzter Konsequenz die Bourgeoisie als bewußt handelnde Klasse geleugnet werde."

Die "Klarstellung" im "Arbeiterkampf" ist in Wirklichkeit ein Auf-den-Kopf-stellen der von Marx und Engels entwickelten dialektisch-materialistischen Weltanschauung, die die Weltanschauung der Arbeiterklasse ist. Als Marx und Engels die Möglichkeit und Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats aus den Widersprüchen zwischen den Produktivkräften und den Produktionsverhältnissen ableiteten, erklärten sie damit die objektiven und zugleich notwendigen Bedingungen, unter denen das Proletariat als revolutionäre, d.h. als politisch handelnde Klasse erst auftreten kann. Die Sprengung der Produktionsverhältnisse ist historisch notwendig, er wird aber erst möglich, wenn das Proletariat als revolutionäre Klasse, als bewußt handelnde Klasse die alte herrschende Klasse, die Bourgeoisie und ihre Ausbeuterordnung auch wirklich stürzt. Obgleich der Sturz der herrschenden Klasse allgemein notwendig ist, so bedarf es doch der besonderen historischen Bedingungen, unter denen das Proletariat die Bourgeoisie tatsächlich stürzen kann. Das gleiche Gesetz des inneren Zusammenhangs von objektiven Bedingungen und subjektivem Handeln gilt natürlich auch für die Bourgeoisie. Wenn die Bourgeoisie als objektiv reaktionäre Klasse unter dem Ansturm einer ökonomischen und politischen Krise und einer ökonomischen und politischen Bedrohung ihrer Herrschaft ihren eigenen politischen Überbau, den der bürgerlichen Republik liquidiert, so tut sie dies, weil ihr der revolutionäre Ausweg aus der Krise nicht offen steht und weil die Arbeiterklasse nicht imstande ist, die revolutionäre Lösung durchzusetzen. Sie tut dies notwendig und zugleich als "subjektiv bewußt handelnde Klasse". Die Faschismustheoretiker im "Arbeiterkampf" sind außerstande, diesen Widerspruch zu denken. Für sie kann die Bourgeoisie nicht zugleich notwendig handelnde und bewußt handelnde Klasse sein. Das aber ist nicht das Denken des Marxisten, sondern des Metaphysikers, von dem Engels sagt:

"Er denkt in lauter unvermittelten Gegensätzen; seine Rede ist ja, ja, nein, nein, was darüber ist, ist vom Übel" (Engels, Von der Utopie zur Wissenschaft", Marx/Engels, Werke Bd. 19, S. 203).

Im "Arbeiterkampf" verflüchtigen sich daher auch die historisch bestimmten Widersprüche, die das politische Handeln der Klassen, auch das der Bourgeoisie, bestimmen, zu bloßen unbestimmten "Umständen", zu einer unklaren "Gesamtsituation". Die Bourgeoisie verwandelt sich in Wahrheit mit Hilfe des "Arbeiterkampfs" wie Faust mit Hilfe des Teufels in eine von den objektiven Widersprüchen unabhängige Klasse. Der Mensch macht seine Geschichte bewußt, aber er macht sie nicht aus freien Stücken. Diese Lehre des Marxismus gilt nach Auffassung der Theoretiker im "Arbeiterkampf"nicht für die Bourgeoisie. Sie macht ihre Geschichte bewußt und aus freien Stücken. Das Kunststück, eine solche Bourgeoisie zu stürzen, mögen uns diese "Streiter für die Arbeiterklasse" vormachen; theoretisch vollziehbar ist es nicht mehr. Es ist notwendig, das dem Wesen nach antimarxistische Denken der Autoren im "Arbeiterkampf" aufzudecken, führt es doch unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit statt zu einer Klärung zu einer vollständigen Verwirrung der politischen Zusammenhänge. Dazu Beispiele:

Die Bourgeoisie stützt sich in ihrem Kampf gegen das Proletariat und bei der Errichtung des Faschismus auf eine faschistische Massenbasis. Diese Massenbasis bildete in Italien und Deutschland, wie im "Arbeiterkampf" sogar zu lesen ist, "das vom Ruin bedrohte Kleinbürgertum", die arbeitslose Intelligenz, Bauern, Angestellte und Beamte. Die Bewegung und faschistische Mobilisierung dieser Schichten erfolgt durch die Zuspitzung der ökonomischen Krisen des Kapitalismus. Das meint der Verfasser des Aufsatzes im NRF, wenn er schreibt: "Der Prozeß, in dem der Faschismus erst zur Massenbewegung wird und Massenwirkung erreicht, verläuft ... unabhängig von dem Willen der Bourgeoisie..." In der Tat, genauso wenig, wie die Bourgeoisie die kapitalistischen Krisen macht, genauso wenig kann sie nach Belieben eine faschistische Massenbewegung erzeugen. Genau das aber wird behauptet (im "Arbeiterkampf"), wenn nach der Entstehung der faschistischen Massenbewegung gefragt wird. Danach bereiten die Kapitalisten den Faschismus "planmäßig" vor: "Die Faschisierung dieser Massenbasis erfolgt keines-

wegs unabhängig vom Willen der Bourgeoisie, sondern wird in erster Linie bestimmt durch die Politik der Bourgeoisie, z. B. politisch-ideologische Indoktrinierung, mehr oder weniger starke Finanzierung faschistischer Gruppen und Organisationen durch das Großkapital und als ein immer stärker eingesetztes Mittel die gezielte arbeiterfeindliche Provokation."

Wiederum geraten in den Köpfen der Arbeiterkämpfer objektive Bedingungen und politisches Handeln in einen Gegensatz zueinander. Die Bewegung der kleinbürgerlichen Massen entspringt der Krise, hat also objektive Ursachen; daß das Kleinbürgertum sich in einer beschränkten und reaktionären Weise gegen den Kapitalismus und dessen Überbau, die bürgerliche Republik wendet, hängt ebenfalls mit den Widersprüchen zusammen, in denen sich das Kleinbürgertum zum Kapitalismus befindet. All diese Widersprüche sind objektiver Natur und die Bourgeoisie kann sie eben nicht in ihrem Kopf entwickeln und in die Welt setzen. Die "Faschisierung", gemeint ist wohl die faschistische Mobilisierung der kleinbürgerlichen Massen, wird eben nicht "in erster Linie bestimmt durch die Politik der Bourgeoisie". Daß die Bourgeoisie die reaktionäre Bewegung gegen die Arbeiterklasse auf verschiedenste Weise unterstützt, ist eine andere Sache, ist die Art und Weise, wie sie die Widersprüche für sich zu nutzen versteht. Ebenso wie es Aufgabe des Proletariats ist, diese Widersprüche zu analysieren und in seinem Klasseninteresse zu nutzen.

Diese Aufgabe, die als Problem einer verfehlten Bündnispolitik der KPD von dem Verfasser des Aufsatzes im NRF aufgenommen wird, dient dem "Arbeiterkampf" schließlich in seiner "Auseinandersetzung" zu einer üblen Denunziation des NRF, die in dem Vorwurf des Antikommunismus gipfelt.

Der Verfasser des Artikels im NRF macht als wichtigste Ursache für die Entstehung der faschistischen Massenbewegung und damit auch für die Niederlage der Arbeiterklasse die verfehlte Bündnispolitik der KPD verantwortlich. Wir halten diese Kritik in dieser Form für falsch. Wir meinen, daß die entscheidende Ursache für die Niederlage der Arbeiterklasse die Spaltung der Arbeiterklasse war. Ihre Überwindung auf der Basis des antifaschistischen Kampfes wäre sowohl die Voraussetzung gewesen, die Krise der Bourgeoisie in eine Offensive gegen die Bourgeoisie zu wenden, als auch die Bündnispolitik gegenüber den faschistisch mobilisierten Massen wirksam zu entfalten. Für den "Arbeiterkampf" ist dagegen schlechthin die Tatsache, daß "studentische 'Theoretiker'" die Politik der Partei des Proletariats kritisieren, ein Beweis der Arbeiterfeindlichkeit. Die sich opportunistisch an die Arbeiterklasse anbiedernden ebenfalls "studentischen Theoretiker" scheuen auch nicht davor zurück, in demagogischer Absicht die Kritik im NRF an der Politik der Organisation der Arbeiterklasse, der KPD, in eine Kritik an der "Arbeiterklasse" insgesamt zu verfälschen. Den angeblichen Kommunisten geht es in der Tat gar nicht um eine Auseinandersetzung um die wesentlichen Fragen der richtigen Strategie und Taktik der Arbeiterklasse, die immer eine Auseinandersetzung mit der Politik der politischen Klassenorganisation des Proletariats, der kommunistischen Partei ist.

Offenbar ist ihnen die Verbindung von Vorhut und Klasse auch nicht klar oder sie leugnen sie in demagogischer Absicht, um anstelle der politischen Auseinandersetzung die politische Denunziation vornehmen zu können. Dies wird deutlich, wenn wir verfolgen, wie sie mit der Kritik im NRF an den Fehlern der Politik der KPD weiter verfahren. Der Autor im NRF faßt die Situation, die den Umschlag in den Faschismus möglich macht, wie folgt zusammen: "Der Faschismus kann nicht verstanden werden als ein letzter Verzweiflungsakt der herrschenden Klasse gegenüber der revolutionär erstarkenden Arbeiterklasse. Im Gegenteil wird der Faschismus nur gefährlich im Zusammenhang mit einer relativen Schwäche der Arbeiterklasse in einer objektiv revolutionären Situation: Die Arbeiterklasse ist stark genug, um in ihrer organisierten Bewegung allein durch deren Existenz der Bourgeoisie als Gefahr für das kapitalistische System zu erscheinen. Sie ist andererseits zu schwach, um den Kampf um die politische Macht ernsthaft zu führen" (NRF, S. 42).

Der Faschismus wird möglich durch die Schwäche der Arbeiterklasse in einer objektiv revolutionären Situation. Die Arbeiterklasse kann die Krise, in der sich die Bourgeoisie befindet, nicht in eine revolutionäre Offensive gegen die Bourgeoisie verwandeln. Dieses Scheitern der Arbeiterklasse wirft für die Kommunisten die Frage nach den Ursachen der Niederlage, die Frage nach der Politik der Vorhut der Arbeiterklasse auf. Für die "Kommunisten" im KB Hamburg, die den "Arbeiterkampf" auf ihre publizistische Fahne geschrieben haben, stellt sich eine derartige Frage überhaupt nicht. Wörtlich dazu im "Arbeiterkampf":

"Wann tritt eine solche Situation ein? Die Arbeiterbewegung entwickelt sich nicht sprunghaft von rein ökonomischen und zudem inkonsequent geführten Aktionen zur revolutionären Eroberung der Macht. Es gibt vielmehr eine schrittweise Entwicklung des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses, und im Laufe dieser Entwicklung tritt ganz zwangsläufig eine Situation ein, wo die Arbeiterbewegung zwar schon stark genug ist, um der Bourgeoisie gefährlich zu erscheinen, aber noch nicht die Kraft und Geschlossenheit hat, die zum Sturz der Kapitalistenherrschaft notwendig wäre" (Arbeiterkampf Nr. 17, S. 9).

In der Tat kann sich diesen "Arbeiterführern" die Frage nach der richtigen Politik der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse nicht stellen, weil die Situation der faschistischen Offensive der Bourgeoisie und der Schwäche der Arbeiterklasse als historisch "zwangsläufige Situation" hingestellt wird. Notwendig gerät danach die Arbeiterklasse in die Lage, vom Faschismus bedroht und zerschlagen zu werden. Diese unglaubliche Behauptung wird in dieser Form natürlich nicht vorgetragen. Die demagogischen

Verdreher im "Arbeiterkampf" wagen es nicht, diese in der Logik ihrer Argumentation enthaltene Schlußfolgerung auszusprechen. Vielmehr simplifizieren sie die Situation des Faschismus zu einer Situation des ungleichen Kräfteverhältnisses zwischen Bourgeoisie und Proletariat: die Arbeiterbewegung ist schon stark genug, um der Bourgeoisie gefährlich zu erscheinen, hat aber noch nicht die Geschlossenheit, die zum Sturz der Kapitalistenherrschaft notwendig wäre. Daß derartige Situationen in der Geschichte der Klassenkämpfe öfter auftreten, ist unbestritten, nur sind diese Situationen nicht identisch mit der Situation des drohenden Faschismus. Diese Gleichsetzung dient den Demagogen im "Arbeiterkampf" aber dazu, ihren Lesern eine derartige Situation als faschistische Situation unterzujubeln und ihr zugleich den Charakter der Zwangsläufigkeit zu verleihen. Der Trick beruht auf derselben Methode, die wir oben bereits aufzeigen konnten. Der Klassenkampf wird aus den objektiven Bedingungen herausgelöst. Der Zusammenhang des Faschismus mit der objektiv zugespitzten Krise der kapitalistischen Gesellschaft verschwindet aus der Fragestellung nach der Entstehung des Faschismus. Die Bourgeoisie erscheint als eine Kraft, die außerhalb der objektiven Gesetzmäßigkeiten gegen die ihr gefährlich erscheinende Arbeiterklasse vorgehen kann. Dieser Behauptung fügen die "Theoretiker" im "Arbeiterkampf" jedoch eine für die Arbeiterklasse vernichtende Behauptung hinzu. Was nämlich für die Bourgeoisie gilt, gilt in keiner Weise für die Arbeiterklasse. Sie unterliegt einem Zwangsgesetz historischer Entwicklung, das sie unvermeidlich in die faschistische Situation treibt. Welche Politik die Vorhut der Arbeiterklasse in einer derartigen Situation verfolgen muß, lassen diese angeblichen Vertreter der Interessen der Arbeiterklasse im Dunkeln. Das ist natürlich kein Zufall. Eine Arbeiterklasse, die zwangsläufig eintretenden historischen Situationen unterliegt, gegenüber einer Bourgeoisie, die sich außerhalb der gesellschaftlichen Widersprüche befindet, ist zur politischen Ohnmacht verurteilt. Sie kann in Wahrheit das Verhältnis von der Übermacht der Bourgeoisie und der Ohnmacht der Arbeiterklasse nicht durchbrechen. Obgleich im "Arbeiterkampf" von Politik ständig die Rede ist, gilt Politik für diese falschen Freunde der Arbeiterklasse in Wirklichkeit nur für die Bourgeoisie, sie gilt nicht für die Arbeiterklasse. Für die Arbeiterklasse verbleibt nur der Ausweg der Maulwurfpolitik: der Ausweg des Sichverkriechens, oder der opportunistischen Anpassung in der Hoffnung, glimpflich durch eine derartige Situation hindurchzukommen. Diese Politik kommt der im "Arbeiterkampf" propagierten Politik schon ziemlich nahe.

Man könnte einwenden, daß aus einem Fehler, der im "Arbeiterkampf" vielleicht zufällig unterlaufen ist, nicht derartig schwerwiegende Vorwürfe abgeleitet werden können. Nur ist dieser Fehler nicht zufällig. Man muß ihn im Zusammenhang mit all den anderen Fehlern sehen und man muß ihn in den Zusammenhang mit der Politik stellen, die der "Arbeiterkampf" für die Anleitung der Arbeiterklasse entwickelt.

Nachdem wir die gegen den Kampf der Arbeiterklasse gerichteten Verkehrungen und Irreführungen aufgezeigt haben, sehen wir weiter, wie die Verfasser diese zur Denunziation des NRF verwenden. Wir zitieren:

"Der Versuch, eine solche Situation von vornherein zu vermeiden, (wohlgemerkt handelt es sich immer noch um die objektiv revolutionäre Situation, die in einer Niederlage der Arbeiterklasse und einem Sieg des Faschismus endet, im konterrevolutionären Sieg der Bourgeoisie) muß zu einer revisionistischen Politik führen. 'Es darf keinen zweiten Mai geben', sagt die KP Frankreichs in Erinnerung an den Generalstreik vom Mai 1968, denn sonst könnte die Bourgeoisie Angst vor den Arbeitern bekommen und zum Faschismus greifen. 'Wir müssen die Wirtschaft leistungsfähig halten', sagt die KP Italiens, denn sonst vertieft sich die Wirtschaftskrise und die Bourgeoisie könnte zu faschistischen Lösungsversuchen tendieren."

"Eine solche Situation zu vermeiden", muß allerdings immer das Ziel der Kommunisten sein, insofern es immer das Ziel der Kommunisten ist, den Kampf der Arbeiterklasse zum siegreichen Ende und nicht in die Niederlage zu führen. Das bedeutet nicht, daß die Arbeiterklasse nicht durch verschiedene Ursachen Niederlagen erleiden kann. Die Möglichkeit einer Niederlage im allgemeinen darf die Kommunisten natürlich auch nicht dazu verleiten, die Arbeiterklasse vom Kampf abzuhalten. Die absehbare Niederlage wird sie zur Organisierung des Rückzugs veranlassen. Doch von all dem ist im NRF überhaupt nicht die Rede. Der Verfasser im NRF folgt der ständigen Aufgabe der Kommunisten, die Ursachen der Niederlage der Arbeiterklasse herauszufinden. Wenn diese Ursachen unter anderem in den Fehlern der Kommunisten zu suchen sind, dann ist es die vordringlichste Aufgabe, diese zu analysieren, um eine Wiederholung dieser Fehler zu vermeiden. Die Denunzianten im "Arbeiterkampf" unterstellen jedoch dem gesamten Neuen Roten Forum, indem sie es mit den Revisionisten vergleichen, Furcht vor dem Klassenkampf, Angst vor der Revolution, die Absicht, den Kampf um die Macht hinter dem Rücken der Bourgeoisie, d. h. in Wirklichkeit gar nicht führen zu wollen.

Diese aus der Luft gegriffene Denunziation wird nur noch perfider, wenn im nächsten Satz versichert wird, man wisse ja, "dass das NRF nichts mit der Politik der Revisionisten zu tun habe". Was aber heißt, "mit der Politik der Revisionisten nichts zu tun zu haben"; entweder werden im NRF revisionistische Positionen vertreten oder es werden keine revisionistischen Positionen vertreten. Die Verleumder winden sich wie eine Schlange, deren Gift dadurch nicht weniger wirksam ist.

Schließen wir die Enthüllung der Verdrehungen und politischen Entstellungen mit einem letzten Beispiel, obgleich sich diese noch beliebig vermehren ließen. Der Verfasser im NRF kritisiert,

wie wir bereits oben erwähnten, die Bündnispolitik der KPD. Die Notwendigkeit und Möglichkeit der Bündnispolitik gegenüber den kleinbürgerlichen Massen beruht darauf, daß sie ebenfalls im Widerspruch zum Kapitalismus stehen und durch die verschärfte Krise sich gegen den Kapitalismus und gegen den politischen Überbau, die bürgerliche Republik, wenden. Der Verfasser im NRF nennt sie daher "potentiell revolutionär". Auch im "Arbeiterkampf" wird eine Seite zuvor von der "Massenbasis" der Faschisten als von einem im "gewissen Sinne revolutionären Moment" gesprochen. Eine Seite später verwandelt sich diese Bestimmung jedoch in einige "seltsame Ansichten über das Kleinbürgertum". Dagegen zitiert der "Arbeiterkampf" das "Kommunistische Manifest", in dem Marx und Engels das Proletariat zur einzigen wirklich revolutionären Klasse erklären, die Mittelstände aber, deren Existenz vom Untergang bedroht ist, als nicht revolutionär, ja reaktionär, weil sie das Rad der Geschichte zurückzudrehen suchen.

Die kleinbürgerliche Massenbasis des Faschismus, die sich im Gegensatz zum Kapitalismus befindet, als "potentiell" oder "in gewissem Sinne revolutionär" zu bezeichnen, trifft nicht die besonderen Widersprüche, in denen sich die kleinbürgerlichen Massen zum Kapitalismus befinden. Sie erklärt nicht das schwankende Verhalten des Kleinbürgertums und verführt dazu, die Bündnisbereitschaft der Kleinbürger ausschließlich von der richtigen Politik der Arbeiterklasse abhängig zu machen, wie es der Verfasser im NRF tut. Während dieser jedoch aus diesen Widersprüchen eine Aufgabe für die Bündnispolitik des Proletariats ableitet, weil allein die Arbeiterklasse in der Lage ist, den Kampf der übrigen Schichten des Volkes gegen die Bourgeoisie zu führen, äußert der "Arbeiterkampf" entgegen der von Marx dargelegten und im "Arbeiterkampf" zitierten Erkenntnis, einige nun wirklich seltsame Ansichten über die Möglichkeiten einer selbständigen revolutionären Klassenpolitik der Kleinbürger. Auf S. 5, Nr. 16 ist darüber zu lesen:

"Die in den 'Fasci' organisierten Kleinbürger verstanden sich teilweise ehrlich als 'revolutionär', wollten aber nicht begreifen (!), daß diese Ziele nicht gegen, sondern nur mit der Arbeiterklasse, den Kleinbauern und den Tagelöhnern gemeinsam gegen die Kapitalistenklasse durchzusetzen gewesen wären."

Wenn es darauf ankommt, die Erkenntnisse Marx' anzuwenden, dann zeigt sich, daß die aufgeplusterten Kritiker Marx lediglich dazu benutzen, um mit seiner Autorität die politischen Gegner zu schlagen; sie selber haben nichts verstanden. Es zeichnet ja gerade die Klassenlage des Kleinbürgertums aus, daß es von sich aus nicht fähig ist, eine revolutionäre Perspektive und eine selbständige revolutionäre Politik zu entwickeln. Deshalb müssen die Kommunisten die Beschränktheit, die besonderen Interessen der kleinbürgerlichen Schichten erkennen. Es ist aber keineswegs ihre Aufgabe, das Kleinbürgertum zu kritisieren. Was diese "Marxisten" der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Vorhut vorenthalten, nämlich Kritik und Selbstkritik ihrer Politik, machen sie für das Kleinbürgertum geltend.

Schließen wir die Reihe der Verdrehungen und politischen Entstellungen, die der "Arbeiterkampf" als politische Auseinandersetzung anzubieten hat, und versuchen wir, das allen Fehlern in der Bestimmung des Faschismus Gemeinsame zusammenzufassen.

Die "Theoretiker" im "Arbeiterkampf" sind nicht imstande, den Faschismus von der allgemeinen politischen Reaktion der Bourgeoisie zu unterscheiden. Dadurch können sie das besondere Wesen des Faschismus, das diesen als Herrschaftsform der Bourgeoisie von der allgemeinen politischen Reaktion unter dem Imperialismus unterscheidet, auch nicht erkennen.

Die Bestimmung des Faschismus als einer Anhäufung reaktionärer Maßnahmen durch die Bourgeoisie macht aber deutlich, daß der eigentliche Fehler gar nicht in erster Linie die schematische Gleichsetzung von Allgemeinem und Besonderem ist, sondern die Vorstellung, daß Entwicklung und Veränderung sich nicht aus der Bewegung der gesellschaftlichen Widersprüche, sondern aus einer quantitativen Zunahme von "Reaktion" vollziehe. In Wirklichkeit ist Entwicklung und Veränderung allein durch quantitative Zu- oder Abnahme gar nicht möglich.
Aus einem Haufen Steine wird ein Steinhaufen und noch lange kein Haus. Damit aus vielen Steinen ein Haus wird, bedarf es der besonderen Anordnung dieser Steine, der Beachtung bestimmter Gesetzmäßigkeiten der Statik.
Aus vielen reaktionären Maßnahmen wird eine Anhäufung reaktionärer Maßnahmen. Damit die quantitative Zunahme der Reaktion in eine neue Qualität, in den Faschismus umschlagen kann, bedarf es der besonderen Beziehung der Klassenkräfte und einer bestimmten Zuspitzung der kapitalistischen Widersprüche. Der qualitative Sprung von der bürgerlichen Republik zum Faschismus ist eben nur zu erklären aus der äußersten Zuspitzung der der kapitalistischen Ökonomie eigenen Widersprüche und aus dem politischen Kampf zwischen den einander entgegenstehenden Klassen, Bourgeoisie und Proletariat.
Die Schreiber des "Arbeiterkampf" siedeln aber die die Geschichte bewegende und verändernde Kraft außerhalb dieser Widersprüche an. Diese die Veränderung der Verhältnisse betreibende Kraft ist die Bourgeoisie. Sie verschärft die Reaktion, wenn sie es für richtig hält, plant den Faschismus, greift zu den Regierungsformen, die sie jeweils für geeignet hält, entwickelt die für ihre Herrschaft notwendigen, faschistischen Massenbewegungen. Die gesamte Geschichte bewegt sich und wird bewegt von dem Willen der Bourgeoisie. Kurzum, die Bourgeoisie erscheint als das, was zu sein sich diese seit jeher wünschte, als herrschende Klasse, die die Verhältnisse aus ihrem Kopf entwirft und die "Theoretiker" im "Arbeiterkampf" erscheinen als ihre Apologeten. Gebannt wie das Kaninchen vor der Schlange, starren diese ängstlichen Kleinbürger mit dem Aus-

hängeschild des Kommunismus auf die Maßnahmen dieser unberechenbaren Bourgeoisie, unfähig, den Kampf gegen diese Bourgeoisie zu führen.
Dieses ist das allgemeine Wesen des Denkens und der Politik der in Wahrheit durch und durch kleinbürgerlichen "Theoretiker". In ihren Einschätzungen und in ihrer Politik gehen diese Kleinbürger vom Standpunkt der Bourgeoisie und nicht vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus. Ihre Politik und deren theoretische Begründung sind dazu angetan, das bürgerliche Denken in der Arbeiterklasse zu verbreiten, Verwirrung zu stiften und den Kampf der Arbeiterklasse zu lähmen. Ausschließlich diese Bedeutung haben die Ausführungen, die in keiner Weise zur Klärung der Fragen zum Faschismus dienen. Sie dienen im Gegenteil dazu, die Kommunisten und damit die Arbeiterklasse von der Aufgabe der historisch materialistischen Analyse des Faschismus abzulenken.
Für die kleinbürgerlichen Theoretiker vom "Arbeiterkampf" haben sie die Bedeutung, ihre dem Marxismus entgegengesetzte These zu belegen, daß der Wille der Bourgeoisie ausreicht, damit der Faschismus möglich wird. Diese These macht es den Verfassern möglich, in ihrer Beweisführung für den aktuell drohenden Faschismus, den aktuellen Willen der Kapitalisten nach einer "faschistischen Lösung" als Hauptbeweismittel zu benutzen.

EINIGE PROBEN AUS DER BEWEISFÜHRUNG FÜR DIE AKTUALITÄT DES FASCHISMUS

Die Beweisführung für den aktuell drohenden Faschismus ist eine Dokumentation des Willens und der Maßnahmen der Bourgeoisie für den Faschismus.
Den Kommunisten dienen die Geschichte, die politische Auseinandersetzung, die Heranziehung der Erkenntnisse des Marxismus-Leninismus und ihrer Anwendung auf die Analyse der Erscheinungen der gesellschaftlichen Entwicklung, der wissenschaftlichen Erkenntnis der Bedingungen des Klassenkampfes und der Entwicklung einer revolutionären Politik. Das gleiche benutzen diese kleinbürgerlichen Demagogen dazu, den Marxismus auf den Kopf zu stellen und ihre Vorurteile und Ängste zu begründen. Ihr Vorgehen, sich aus der komplizierten Vielfalt der Erscheinungen beliebige herauszusuchen, um damit beliebiges zu beweisen, treibt die absonderlichsten Blüten, wenn es darum geht, den unmittelbar bevorstehenden Faschismus zu belegen. Da dieser nach ihrer Meinung allein von dem Willen der Bourgeoisie abhängt, ist es nur verständlich, daß im "Arbeiterkampf" das Hauptaugenmerk darauf gerichtet ist, diesen Willen überall aufzuspüren, wo immer er sich äußert, z.B. in den Stellungnahmen und der politischen Propaganda der Vertreter der Monopolbourgeoisie, in den Organisationen dieser Bourgeoisie, den Unternehmerverbänden. Nur zum großen Pech für den "Arbeiterkampf" drückt sich gerade in der Propaganda der Kapitalistenverbände just jene Massendemagogie aus, wie sie von den führenden bürgerlichen Parteien von CDU, SPD und FDP in völliger Übereinstimmung betrieben wird und keineswegs eine faschistische Massendemagogie. Zitieren wir dazu einige Beispiele aus dem "Arbeiterkampf". Die Verfasser ziehen als Beleg z.B. die folgenden Ausführungen des Vorsitzenden der Geschäftsführung der Robert Bosch G.m.b.H. vom 9.7.71 heran :
"Die Kapitalisten sollten sich bemühen, der Weltanschauung des dialektischen Materialismus ein ebenso geschlossenes in sich widerspruchsfreies System der menschlichen und wirtschaftlichen Wertvorstellungen der Marktwirtschaft herauszustellen. Es müßte uns gelingen, der Öffentlichkeit gegenüber überzeugend darzulegen, daß der Unternehmer nicht nur seiner Pflicht zu wirtschaftlichem Handeln gerecht wird, vielmehr auch ... die sittliche Größe aufbringt, die erforderlich ist, um dem Gespenst der Diktatur die abendländische Idee der personalen Freiheit gegenüberzustellen." (Unterstreichungen vom Verfasser) (Vorsitzender der Geschäftsführung der Robert Bosch G.m.b.H. vom 9.7.71 laut "Arbeiterkampf")(6)
Ein weiteres Zitat aus dem "Arbeiterkampf", der Otto A. Friedrich (Präsident der Arbeitgeberverbände) vom 10.1.71 anführt :
"Wir brauchen das politische offensive Gegenprogramm der vernünftigen Gesellschaft und der soliden Reform." (Unterstreichung v. Verf.) Statt sich um den Inhalt dieser Äußerungen zu kümmern, unterstreicht der "Arbeiterkampf" angstvoll das Wörtchen "offensiv". Ob sich die Bourgeoisie wirklich in einer politischen Offensive befindet, ist allerdings nicht durch ihre Willensbekundung nach einer Offensive zu belegen. Der Inhalt der Zitate beweist zunächst nur, daß die Unternehmerverbände in ihrer Propaganda auf die alten Werte der bürgerlichen Gesellschaft zurückgreifen : die freie Marktwirtschaft, die Idee der Freiheit der Person, der vernünftigen Gesellschaft der Reformillusion, "Werte", die die Massen über den Klassencharakter des Kapitalismus hinwegtäuschen und an den bürgerlichen Klassenstaat binden sollen. Was wird nun aus dieser "Propagandaoffensive" der Kapitalistenverbände durch die Brille der ängstlichen Kleinbürger ?
"Die führenden Kreise tendieren (!) zu einer Lö-

(6) Der "Arbeiterkampf" fügt in Klammern hinter dem Wort Diktatur = Diktatur des Proletariats zur Erklärung hinzu. Nun ist es sicher richtig, daß für die Bourgeoisie nicht die faschistische Diktatur, sondern die Diktatur des Proletariats gefährlich ist, die Benutzung des allgemeinen Begriffes "Diktatur" soll aber ihre eigentliche Massenwirksamkeit durch die Anknüpfung an die Erfahrungen des Volkes mit der faschistischen Diktatur und durch die Gleichsetzung der "braunen" mit der "roten" Diktatur erzielen. Dadurch unterscheidet sich diese Demagogie von der faschistischen, die explizit die faschistische Diktatur der bolschewistischen Diktatur entgegensetzt. Das ist zu vermerken ist deshalb wichtig, weil der "Arbeiterkampf" mit diesen Zitaten gerade den Willen der Bourgeoisie zum Faschismus belegen will.

sung (!), für die sie noch keine ausreichende Unterstützung der gesamten Kapitalistenklasse haben und sie werben um diese Unterstützung." Was unter "Lösungen" zu verstehen ist, kann man dem nächsten Abschnitt entnehmen : 1."Ziele", die "über die bisherigen, traditionellen vorstellbaren Maßstäbe in der Bundesrepublik (Kommunistenverfolgung der 50er Jahre) weit hinausgehen sollen." Was hinter dieser bedrohlichen Aussage steckt, enthüllt der "Arbeiterkampf" dem Leser erst später. Auch das gehört zu den demagogischen Tricks seiner Darstellungsweise; den Leser erst einmal der schockierenden Wirkung einer unausgewiesenen und unausgeführten Behauptung zu überlassen. Was sich hinter der Aussage verbirgt, zeigen wir unten auf.

2. "Es wird an einer neuen Ideologie gearbeitet", an einem "Gegenprogramm gegen den Sozialismus." Und damit der Leser auch wirklich von der neuen Qualität dieser ideologischen Offensive, nämlich den dunklen faschistischen Plänen der Kapitalistenklasse, überzeugt wird, stellen sie die oben angeführten Zitate in eine Reihe mit einem Zitat von Hitler aus "Mein Kampf". Dieses Zitat, obgleich inhaltlich aufschlußreichere in diesem wirklich faschistischen "Gegenprogramm" aufzufinden sind, ist dennoch geeignet, die neue Qualität der faschistischen Demagogie gegenüber der bürgerlichen Massendemagogie aufzuzeigen. Das angeführte Zitat lautet : "Jeder Versuch, eine Weltanschauung mit Machtmitteln zu bekämpfen, scheitert am Ende, solange nicht der Kampf die Form des Angriffs für eine neue geistige Einstellung erhält." Daß der Marxismus offen mit allen Mitteln der Gewalt bekämpft werden sollte, war ohnehin offenes Ziel der Faschisten und wurde von ihnen von Anbeginn an praktiziert. Nach Ansicht der Faschisten reicht aber Gewalt allein nicht aus, sondern der Angriff muß auch in der Form des ideologischen Angriffs geführt werden, der "die Form des Angriffs für eine neue geistige Einstellung erhält", eine "grundsätzlich, dem Marxismus entgegengesetzte neue Weltanschauung von stürmischem Eroberungswillen." (nach: "Arbeiterkampf", "Mein Kampf", S. 190)

Daß diese "Weltanschauung von stürmischem Eroberungswillen" gerade die alte bürgerliche Anschauung von der Vernunft und Freiheit hinwegfegen sollte mitsamt allen übrigen Formen des politischen Überbaus der bürgerlichen Gesellschaft, daß die Faschisten ihre konterrevolutionären Ziele mit der roten Fahne der Revolution ausstatteten (das Hakenkreuz war das konterrevolutionäre Symbol gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung), daß diese gegen die ökonomische und politische Ordnung der Bourgeoisie gerichtete Ideologie die Weltanschauung des gegen die Republik in Bewegung geratenen Kleinbürgertums war, all dies verschweigt der "Arbeiterkampf". Stattdessen lullt er Zweifler an der Gleichartigkeit dieser "Offensivprogramme" mit dem Hinweis ein, es sei "klar, daß die Kapitalisten in diesem Gegenprogramm zum Sozialismus nicht einfach die alte nazistische Ideologie wieder aufwärmen werden."

Beliebige Erscheinungsformen herauszugreifen, ist ein methodisches Vorgehen im "Arbeiterkampf", beliebig mit diesen zu verfahren, um Beliebiges beweisen zu können, ist ein weiteres Merkmal. Jedes Mittel ist den Schreiberlingen recht, um das Gespenst des Faschismus an die Wand zu malen. Dazu muß schließlich sogar, man lese und staune, die "Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand", als im angeblichen Gegensatz zur Sozialpartnerschaftsideologie stehend, herhalten.

Wodurch zeichnet sich nun die politische Offensive der Bourgeoisie angeblich vor allen je in der Bundesrepublik erlebten und vorstellbaren Offensiven aus: In Anlehnung an den Faschismus durch die Absicht der Kapitalisten, die gewerkschaftliche Bewegung insgesamt, die Sozialdemokratie, die es der Bourgeoisie nicht gut genug mache, auszuschalten. Denn es unterscheide die neue Stufe von der Kommunisten-Verfolgung der 50er Jahre, daß sie weniger gekennzeichnet sei durch Verfolgung der Kommunisten - diese spielten in der Arbeiterbewegung ohnehin keine Rolle - vielmehr durch "eine Zurückdrängung der Arbeiterbewegung insgesamt"; denn durch die Verschärfung der wirtschaftlichen Krisen des Kapitalismus im Weltmaßstab vermöge "die Kapitalistenklasse die Entwicklung zunehmender Bewußtheit (!) in der Arbeiterklasse nicht aufzuhalten". Dies bewiese der Mai 68 in Frankreich und der Herbst 69 in Italien. Daß die spontane Arbeiterbewegung unter dem Einfluß von Reformismus und Revisionismus gerade nicht in der Lage ist, die politische Ordnung der Bourgeoisie grundsätzlich zu gefährden, beweisen der Mai 68 in Frankreich und die Klassenkämpfe in Italien. Diese Beispiele zeigen zugleich deutlich, daß die Bourgeoisie keineswegs beliebig zum "Faschismus greifen" kann und muß. Was kümmerts den "Arbeiterkampf". Er benutzt beliebig diese Beispiele, um eine angebliche Unabhängigkeit des Klassenbewußtseins der Arbeiterklasse von der politisch revolutionären Organisation zu beweisen.

Richtig ist in der Tat, daß die Kapitalistenklasse ihre Angriffe auf die Lebenslage der Arbeiterklasse verschärft. Aber sie tut dies gerade erfolgreich mit Hilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung und der SPD in der Regierung. Keinen anderen Sinn haben die mit Hilfe der Sozialdemokratie durchgesetzten Lohnleitlinien. Richtig ist auch, daß sich die ökonomischen Kämpfe der Arbeiterklasse trotz des sozialdemokratischen Einflusses in den Gewerkschaften verschärfen. Aber deshalb fürchtet die Bourgeoisie den wachsenden Einfluß der Kommunisten in der Arbeiterklasse, verschärft sie ihre Angriffe auf die Kommunisten und versucht diese z. B. durch Kriminalisierung, unter Aufbauschung des Terrorismus einiger anarchistischer Splittergruppen von der Arbeiterklasse zu isolieren. Diese Schlußfolgerungen passen jedoch den Herren vom "Arbeiterkampf" nicht, wollen sie doch beweisen, daß die faschistische Unterdrückung und Verfolgung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen auf der Tagesordnung steht. Zu diesem Zweck trennen sie die Arbeiterklasse von ihrer revolutionären Vorhut, behaupten sie schlicht, daß sich die Arbeiterklasse unabhängig und spontan zu einer Bedrohung für die Herrschaft der Bour-

geoisie entwickelt, trotz des sozialdemokratischen Einflusses und ohne die Verankerung der Kommunisten in den Massen.

Dieses auf dem Sumpf errichtete Gebäude von falschen Behauptungen und ebenso falschen Schlußfolgerungen könnte man als dumme Spekuliererei abtun, würde es nicht im "Arbeiterkampf" verbreitet und diente es nicht dazu, eine durch und durch opportunistische Politik gegenüber der SPD und der Gewerkschaftsführung zu propagieren und zu praktizieren. Ein Beispiel opportunistischer Anpassung liefert die Leitung des KB/Hamburg in den letzten Betriebsrätewahlen. In der moralischen Pose des Biedermanns ereifern sich diese kleinbürgerlichen Opportunisten über alle jene Kommunisten, die den Kampf in den Betriebsrätewahlen "politisch" "gegen die sozialdemokratische Linie der Klassenversöhnung" geführt haben und denunzieren sie als Linkssektierer. Dagegen empfehlen sie als die richtige Linie den reinen gewerkschaftlichen Kampf und Schonung der Sozialdemokratie, nicht etwa, weil sie die Sozialdemokratie für die wahren Interessenvertreter der Arbeiterklasse, sondern, weil "die Mehrzahl der westdeutschen Arbeiter und Angestellten ... heute subjektiv und bewußtseinsmäßig Träger der 'sozialdemokratischen Linie der Klassenversöhnung'" sind. Auf einer Linie mit der massenfeindlichen und opportunistischen Politik der Revisionisten von der DKP schlagen sie sich auf die Seite der Mehrheit, nicht weil sie das Bewußtsein der Mehrheit für das richtige Bewußtsein halten, sondern ganz einfach, um einige Posten in den Betriebsräten zu ergattern. Hämisch reiben sie sich die Hände, daß die aufrecht kämpfenden Kommunisten nicht zahlreich in den Betriebsrat eingezogen sind, während sie selber überall da, wo sie auf der Linie der fortschrittlichen Interessenvertreter schwammen, Posten im Betriebsrat ergattern konnten. Diese Linie mag tatsächlich zu dem Erfolg geführt haben, daß einige Genossen vom KB/Hamburg im Betriebsrat sitzen. Aber dieser Erfolg ist kein Erfolg der Kommunisten, sondern der Sozialdemokraten. Führen die Kommunisten den gewerkschaftlichen Kampf als fortschrittliche Kollgen nicht zugleich als Entlarvung der ständigen Agentenrolle der Sozialdemokratie, machen sie den Arbeitern nicht in den ökonomischen Tageskämpfen klar, daß nur die Kommunisten konsequent die Interessen der Arbeiterklasse vertreten, so wird es ihnen niemals möglich sein, den sozialdemokratischen Einfluß in den Gewerkschaften zu brechen und eine selbständige, gegen die Bourgeoisie gerichtete Klassenpolitik zu entwickeln. Erst recht wird es ihnen aber nicht möglich sein, den politischen Einfluß der Sozialdemokratie zu brechen, und die Arbeiterklasse politisch von den Illusionen des Reformismus zu befreien. Nutzen die Kommunisten die Gewerkschaften, die "Elementarschule" der Arbeitermassen nicht, um in den täglichen Erfahrungen des Kampfes in der Fabrik das Vertrauen der Massen zu den Kommunisten zu entwickeln und zugleich den Klassenverrat der sozialdemokratischen Gewerkschafter zu entlarven, so wird es ihnen niemals gelingen, das Bewußtsein der Arbeiterklasse von bürgerlichen Einflüssen zu befreien und die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse herzustellen. Dieses Ziel vor Augen, werden sich die Kommunisten nicht von opportunistischen Scheinerfolgen blenden lassen, die all jenen zuteil werden, die sich prinzipienlos auf die Seite der jeweiligen Mehrheit stellen.

Diejenigen kleinbürgerlichen Führer im KB/Hamburg, die sich ängstlich hinter dem breiten Rükken der mehrheitlich unter sozialdemokratischem Einfluß stehenden Arbeiter verstecken, und den Kommunisten zurufen, sie begingen "Selbstmord", wenn sie sich gegen die Mehrheit stellten, verraten die revolutionäre Aufgabe der Arbeiterklasse, um ihre kleinbürgerliche Haut zu retten. Die Wurzel dieses Renegatentums und kleinbürgerlichen Opportunismus ist das mangelnde Vertrauen in die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse; einer Kraft, die aus ihrer Rolle als objektiv revolutionärer Klasse entspringt im Gegensatz zur Bourgeoisie, deren Untergang als objektiv reaktionäre Klasse gewiß ist. Weil diese ängstlichen Kleinbürger die revolutionäre Kraft des Proletariats durch die konterrevolutionäre Allmacht der Bourgeoisie ersetzt haben, sind sie nicht imstande, eine revolutionäre Taktik zu entwickeln, weder im gewerkschaftlichen Kampf noch in der Taktik des politischen Kampfes. Das zeigt sich deutlich in dem eigentlichen Inhalt des im "Arbeiterkampf" propagierten antifaschistischen Kampfes.

DIE LEGENDE VOM "ANTIFASCHISTISCHEN KAMPF"

Bei dem Übergang von der bürgerlichen Republik zur faschistischen Herrschaft spielt die faschistische Massenbewegung eine entscheidende Rolle. Die faschistischen Organisationen sind das entscheidende Kampfinstrument zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung; die faschistische Massenbewegung isoliert die Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen die Bourgeoisie, mit Hilfe der faschistischen Massenbewegung vollzieht sich die Liquidierung der bürgerlichen Demokratie zumindest in Deutschland auf "demokratische" Weise, eben mit Zustimmung großer Teile des Volkes. Und die Zustimmung der faschistischen Mittelstände erleichterten dem Staatsapparat und seinen Polizeiorganen die Durchführung von Terror und Gewalt gegen die Arbeiterklasse unter der Herrschaft des Faschismus. Kampf gegen den Faschismus bedeutet daher auch Kampf gegen die faschistischen Organisationen.

Tatsächlich verfügen aber in der Bundesrepublik die faschistischen Organisationen, wie etwa die NPD, oder die "Aktion Widerstand", über keine nennenswerte Massenbasis. An diesem Tatbestand kann auch der "Arbeiterkampf" nicht vorbeisehen. Für die politische Einschätzung des "Arbeiterkampfs" ist aber ein solcher Tatbestand ohne Bedeutung. Für ihn ist die Bindung der Massen, sowohl der Arbeiter wie der Mittelschichten an die bürgerlichen Parteien und über diese Parteien an die parlamentarische Demokratie eine

unwichtige Tatsache. Für ihn ist das Bewußtsein der Massen schlechthin ohne Belang. Bedeutung hat allein der Wille der Bourgeoisie. Sie bestimmt nämlich durch "ideologische Indoktrinierung" und andere politische Maßnahmen, ob sich das Bewußtsein der mittelständischen Schichten flugs in faschistisches verwandelt, wenn sie es politisch für opportun hält. Ja, die Bourgeoisie ist sogar imstande, die bürgerlichen Parteien CDU/CSU in faschistische zu verwandeln, wobei im "Arbeiterkampf" offen bleibt, ob die CSU nicht bereits eine faschistische Partei ist oder nicht. Zumindest ihr Führer, Franz Joseph Strauß, - "Wehe,wenn er an den Drücker kommt" (Bildunterschrift im"Arbeiterkampf") - entwirft - laut "Arbeiterkampf" - bereits für den "Faschismus eine europäische Perspektive". (7)

Es widerspricht aber dem qualitativen Unterschied zwischen Faschismus und Republik, daß sich eine bürgerliche Partei in eine faschistische verwandeln kann und umgekehrt. Dieselbe Partei, die sich jahrelang vor den Wählern auf die parlamentarische Ordnung oder "freiheitlich demokratische Ordnung" festlegt, kann nicht plötzlich als deren entschiedenster politischer Gegner auftreten, wie umgekehrt eine faschistische Partei nicht plötzlich als bürgerliche Partei auftreten kann. Wohl aber können die mittelständischen Massen von den bürgerlichen Parteien abfallen und zu einer faschistischen Partei überwechseln, dies aber keineswegs nach dem Willen der Bourgeoisie, sondern durch ökonomische und politische Erschütterungen, die sie in einen Gegensatz zur herrschenden politischen Ordnung treiben.

Im "Arbeiterkampf"werden für die Bourgeoisie alle diese Gesetzmäßigkeiten außer Kraft gesetzt. Bei einem derartigen konstruierten Marionettenverhältnis kann auch der ideologische Kampf um die mittelständischen Massen, die eine mögliche Basis für eine faschistische Partei darstellen, nicht mehr geführt werden.

Der antifaschistische Kampf, der im "Arbeiterkampf" so großspurig propagiert wird, der Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse und das Bündnis mit allen demokratischen Parteien und Organisationen gegen den Faschismus, findet im "Arbeiterkampf" theoretisch nicht statt, noch wird er praktisch politisch geführt. Der antifaschistische Kampf im "Arbeiterkampf" richtet sich folgerichtig nicht gegen den Faschismus, sondern in der Logik der Kleinbürger direkt gegen die "Kapitalistenklasse".

Der antifaschistische Kampf "... ist in erster Linie Kampf gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft durch die Bourgeoisie, also Kampf gegen die politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Kapitalistenklasse". Was hier verbal als Kampf ausgegeben wird, ist in Wahrheit die vollständige politische Entwaffnung der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Bourgeoisie, die Kapitalistenklasse, ist immer in erster Linie Kampf um die Massen, Kampf um die Einheit und politische Selbständigkeit der Arbeiterklasse und Kampf um die Verbündeten der Arbeiterklasse, d.h. aber ideologischer und politischer Kampf gegen diejenigen bürgerlichen Parteien, die als Agenten der Kapitalistenklasse die Massen an sich binden und dadurch die Herrschaft der Bourgeoisie über die Massen des Volkes und gegen die Massen des Volkes überhaupt erst möglich machen. Gerade von diesem Kampf lenken die opportunistischen Taktiker im "Arbeiterkampf" mit der Leerformel vom "antifaschistischen Kampf" gegen die Kapitalistenklasse ab. Die Phrase vom antifaschistischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse ist in Wirklichkeit nichts anderes als eine politische Beschönigung der ihrem Wesen nach opportunistischen Politik des Kriechertums und der Anpassung "theoretischer" Führer im KB/Hamburg. Sie verhindert zugleich, daß die Kommunisten die richtige Taktik des offensiven demokratischen Kampfes gegen die bürgerlichen Parteien zur Entfaltung bringen.

DER "ARBEITERKAMPF" VERHINDERT DIE ENTFALTUNG DES DEMOKRATISCHEN KAMPFES.

Neben dem durch Parteiführer, Kapitalistenvertreter in Unternehmerverbänden und Abgesandte der Bourgeoisie sogar in der SPD - "Sogar aus den Reihen der SPD selbst heraus läßt das Großkapital derartige (faschistische, Verf.) Theorien vortragen" - verbal dokumentierten angeblichen Willen der Bourgeoisie zum Faschismus, dient dem "Arbeiterkampf" als Bestätigung der These vom aktuell drohenden Faschismus der Hinweis auf die "Maßnahmen der Kapitalistenklasse" gegen die Arbeiterklasse. Zu diesen Maßnahmen zählen das KPD-Verbot und als unmittelbare planvolle Vorbereitung des Faschismus "die Notstandsgesetze", die analog dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung auf legale Weise wie 1933 die Einführung der faschistischen Diktatur ermöglichen sollen.

Das Ermächtigungsgesetz in der Weimarer Republik, von der Sozialdemokratie in die Verfassung aufgenommen als Paragraph "zum Schutze der Republik", hatte in der Tat von Anfang an keine andere Bedeutung als die, die Regierung auf dem Boden der parlamentarischen Demokratie mit unmittelbaren Vollmachten zur Unterdrückung der Arbeiterbewegung und ihrer revolutionären Organisationen auszustatten. Es wurde

(7) F.J. Strauß behandelt in seinem Buch "Entwurf für Europa", die Expansionsbedingungen des westdeutschen Imperialismus unter den veränderten weltpolitischen Kräfteverhältnissen. Im Unterschied zu seinen sozialdemokratischen Kollegen legt er die Expansionsziele der westdeutschen Bourgeoisie viel offener dar. Als energischer politischer Vertreter der Monopolbourgeoisie, verwandelt sich F.J. Strauß im "Arbeiterkampf" sogleich in Hitler, der westdeutsche Imperialismus unter Strauß in den Faschismus. Männer machen Geschichte. So einfach gehts in der Geschichte zu, wenn sie sich ausschließlich aus den Köpfen einiger Kleinbürger entwickelt.

z.B. bereits im Februar 1922 angewandt, als die Streiks und Demonstrationen gegen die galoppierende Inflation zunahmen und durch den Eisenbahnerstreik zu einer Lähmung des Warenverkehrs führten. Die Regierung setzte staatlich sanktionierte Streikbrecherorganisationen ein.

Wie das Ermächtigungsgesetz stellen auch die Notstandsgesetze die legalen Möglichkeiten der Unterdrückung der Arbeiterklasse dar, ohne daß die Bourgeoisie auf die Herrschaftsform der parlamentarischen Republik zu verzichten braucht. Ein und dieselbe vom Volk gewählte Regierung erhält so die Möglichkeit mit Zustimmung des Volkes die Rechte des Volkes einzuschränken. Das ist der eigentliche Sinn der Ausnahmegesetze in den bürgerlichen Republiken. Daß das Ermächtigungsgesetz dazu dienen konnte, die faschistische Diktatur mit legalen Mitteln zu errichten, war keineswegs von Anfang an der Sinn des Ermächtigungsgesetzes, sondern Folge einer besonderen historischen Situation.

Damit soll die Bedeutung der Notstandsgesetze nicht heruntergespielt werden, im Gegenteil. Gerade weil die Notstandsgesetze die Einschränkung der demokratischen Rechte, die gewaltsame Unterdrückung von ökonomischen und politischen Kämpfen der Arbeiterklasse gesetzlich, also ohne Verletzung der Legalität, möglich machen, ist der demokratische Kampf gegen diese Maßnahmen sehr viel schwieriger zu führen. Nach den Erfahrungen, die die Arbeiterklasse in der Weimarer Republik mit dem Ermächtigungsgesetz gemacht hat, war es deshalb nach der Niederlage des Faschismus auch nicht möglich, einen entsprechechen Paragraphen in die Verfassung der BRD einzuführen, ohne den demokratischen Widerstand gegen die neue Verfassung auch unter den sozialdemokratischen Arbeitern zu provozieren. Die Notstandsgesetze mit der Vorbereitung des Faschismus gleichzusetzen, paßt zwar in das Konzept des vorbeugenden Faschismus, lenkt aber von der eigentlichen Bedeutung dieser Gesetze ab. Mehr noch. Die für die Einschätzung der Kommunisten entscheidende Bedeutung der Notstandsgesetze liegt nicht darin, daß die Bourgeoisie an der Einführung derartiger Gesetze ein Interesse hat, daß sie die KPD verbieten läßt, usw. Die kämpfende Arbeiterklasse und ihre Führung sind immer die Todfeinde der Bourgeoisie: Ausbeutung und Unterdrückung sind auch unter der demokratischsten und freiesten Republik das tägliche Brot, was die Bourgeoisie auszuteilen hat. Entscheidend ist die Frage, wie es möglich war, diese Gesetze auf legale Weise gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen, die nach den Erfahrungen des Faschismus auf eine mögliche Bedrohung der bürgerlichen Demokratie, auf den Abbau demokratischer Rechte sehr empfindlich reagiert. Wichtig ist die Tatsache, daß die Gesetze gegen die Arbeiterklasse durch die Sozialdemokratische Partei und die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung vermittelst ihres Einflusses in der Arbeiterklasse und dadurch ohne entscheidenden Widerstand durchgesetzt werden konnten; ebenso wie die Gesetze zur inneren Sicherheit, die Verschärfung der Ausländergesetze, das Berufsverbot im öffentlichen Dienst, die neuerliche Bildung eines Krisenstabes zur Terroristenbekämpfung, wie alle diese Maßnahmen gegen die Demokratie und gegen die Arbeiterklasse von den Sozialdemokraten in der Regierung und ihren Vertretern in den Gewerkschaften ohne Widerstand der Arbeiterklasse durchgesetzt werden.

Der "Arbeiterkampf" entzieht mit seiner Aufforderung "Kampf gegen die Maßnahmen der Kapitalistenklasse" dem Kampf gegen den Abbau demokratischer Rechte die eigentliche politische Stoßrichtung des demokratisches Kampfes und verhindert damit zugleich, daß die Arbeiterklasse in diesen Kämpfen lernt, die Sozialdemokratie als bürgerliche Partei, als Vertreterin der Interessen der Kapitalistenklasse in Regierung und Gewerkschaften zu erkennen und eine selbständige Klassenpolitik zu entwickeln. Mehr noch. Der "Arbeiterkampf" bewirkt durch sein Geschrei von der faschistischen Gefahr, die möglicherweise von der CDU, sicher von der CSU drohe, und die alle Arbeiter, schließlich auch die "sanftesten Reformpolitiker" (dies sind wohl zumindest nach Meinung des "Arbeiterkampfs" die linken Sozialdemokraten) träfe, die politische Bindung der Arbeiterklasse an die SPD, nicht mehr so sehr als Arbeiterpartei, aber als demokratische Partei, von deren Wahl die Erhaltung der parlamentarischen Republik abhängt.

Der Kampf um Demokratie, um die Rechte der Arbeiterklasse kann aber wirksam nur durch die unabhängigen, selbständigen Klassenorganisationen des Proletariats geführt werden. Im Schlepptau einer bürgerlichen Partei, wie der SPD, kann der Kampf um die Demokratie, das lehren alle Erfahrungen, erst gar nicht entfaltet werden. Der Kampf um die selbständige Klassenpolitik und die wachsende Einheit der Arbeiterklasse, das lehrt nicht zuletzt die Niederlage der Arbeiterklasse und der Sieg des Faschismus, ist die Grundvoraussetzung für die Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen alle Angriffe der Bourgeoisie. Mehr noch. Mit der opportunistischen Anpassung an die sozialdemokratische Regierung als dem "kleineren Übel" verstärken diese Kleinbürger, die sich Kommunisten nennen, die Bindung der Arbeiterklasse an die bürgerliche Demokratie.

你会說中文嗎?
KÖNNEN SIE CHINESISCH SPRECHEN?
★LEHRBÜCHER DER CHINES. SPRACHE★
dtsch.-chin./engl.-chin./franz.-chin.
WÖRTERBUCH chin.-chin./chin.-Schall-
platten - Chinese Reader 6 Bände
GESCHICHTE d. PAA DM 8,50(Wiederverk.30 %)
Sämtliche Publikationen aus der VR-China
und VR-Albanien
DAS POLITISCHE BUCH GmbH x 07531-22576
775 KONSTANZ KREUZLINGERSTRASSE -9

Es kommt aber gerade darauf an, daß die Arbeiterklasse den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie erkennt, um den Kampf um die proletarische Demokratie entfalten zu können. Auf der anderen Seite kann die Arbeiterklasse den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie nur erkennen, wenn sie den Kampf um die Errichtung der proletarischen Demokratie führt, wenn sie lernt, daß die formaldemokratischen Rechte, die auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie erkämpft werden können, dem Klassenkampf, dem Kampf gegen die Bourgeoisie dienen, und für die Entfaltung des Kampfes des Proletariats wichtig sind. Nur wenn die Arbeiterklasse vom Standpunkt des Kampfes um die proletarische Demokratie gegen die bürgerliche Demokratie, d.h. gegen die bürgerlichen Regierungen und ihre Parteien den demokratischen Kampf offensiv führt, wenn sie es lernt, in diesem Kampf sich gegen den bürgerlichen Staat politisch zu vereinigen und breite Schichten des Volkes um sich zu sammeln, wird es ihr gelingen, die bürgerliche Klassenherrschaft zu zerschlagen.

Die opportunistischen Liquidatoren im KB/Hamburg, die die Gefahr des Faschismus an die Wand malen, und die in einer Situation, in der die Bourgeoisie mit den Mitteln des bürgerlichen Rechtsstaates herrscht, in der sie die Mittel dieses Rechtsstaates mit Hilfe der bürgerlichen Parteien und ihres Einflusses in den Massen ständig ausbaut, die Arbeiterklasse auf eine dieser Parteien - die SPD - und die Erhaltung dieses Rechtsstaates orientieren, leisten der Bourgeoisie die besten Dienste. Sie sabotieren den Klassenkampf und verhindern damit, daß sich die Arbeiterklasse in den sich verschärfenden Krisen des Kapitalismus politisch formiert. Damit führen sie die Arbeiterklasse, gestatten es die Kommunisten diesen "Führern", ihre Politik in der Arbeiterklasse unwidersprochen zu verbreiten, mit absoluter Sicherheit in die nächste Niederlage.

Die Entwicklung Tansanias

Selten ist ein Staat so unterschiedlich charakterisiert worden, wie der tansanische. Die Skala der Einschätzungen reicht von einem sozialistischen (1) über nicht-kapitalistischen (2) Staat bis hin zum kleinbürgerlichen, kompradoren-bourgeoisen Klassencharakter des Staats (3). Gemeinsam ist ihnen, daß dem tansanischen Staat eine gewisse Fortschrittlichkeit zugebilligt wird; wobei die einen schon in einem "undogmatischen" Sozialismus die Fortschrittlichkeit zu erkennen glauben, die anderen ihn in dem Versuch des tansanischen Staates sehen, die völlige Freiheit und Unabhängigkeit vom Imperialismus zu erlangen.

Die Widersprüchlichkeit läßt sich nicht allein mit dem unterschiedlichen Erkenntnisinteresse der Verfasser begründen; sie hat ihre objektive Ursache in den Widersprüchen, die sich während jeder Übergangsperiode entfalten.

1. DIE SOZIALE STRUKTUR TANSANIAS (5)

Die soziale Struktur Tansanias war vor und während der Kolonialzeit keineswegs homogen; und zwar nicht nur, weil innerhalb einer bestimmten Gesellschaftsformation soziale Unterschiede existierten, sondern auch, weil verschiedene Gesellschaftsformationen nebeneinander existierten. So war bei einigen Stämmen der Boden noch kollektives Eigentum, während sich in anderen mit der Warenproduktion das Privateigentum an Boden durchgesetzt hatte. In dem einen Stamm war die matrilineare Nachfolgeschaft für das Häuptlings amt noch die Regel, während in anderen schon die patrilineare vorherrschte. Bei den einen gründete sich die Macht der Häuptlinge noch auf die Zustimmung der Stammesmitglieder, während sie sich bei anderen auf die königliche Abstammung und die Akkumulation von persönlichem Reichtum berief. Allerdings war nir-

1) Das sind diejenigen, die gerne über den Unterschied zwischen "afrikanischem" Sozialismus und "wissenschaftlichem" Sozialismus hinwegsehen.

2) Wie in der DDR-Literatur. Vgl. z.B. W. Hundt, Ökonomische Aspekte der Entwicklung in Tansania, in: Zeitschrift für Geschichte (ZfG) 12, 1970

3) Vgl.: Die Interessen des BRD-Imperialismus in Tanzania, in: Afrika kämpft Nr. 1, Juni 1972, hg. vom Afrika-Komitee Berlin

(4) entfällt

5) Tanzania ist aus der Vereinigung Tanganjikas mit (der Insel) Sansibar hervorgegangen. Obwohl wir uns ausschließlich auf Tanganjika beziehen, verwenden wir den gebräuchlichen Namen 'Tanzania'; auch dann, wenn wir auf die Zeit vor der Vereinigung eingehen.

gendwo die Klassenbildung soweit fortgeschritten, daß sie ein zentralisiertes Häuptlingswesen oder gar die Konstituierung eines Staatswesens zur Folge gehabt hätte.

Trotz der unterschiedlichen Ausgangsbedingungen ließ sich jedoch eine allgemeine Tendenz feststellen, die direkt mit der Verallgemeinerung der Warenproduktion zusammenhängt. In dem Maße, wie sich die Warenproduktion verallgemeinerte und den Widerspruch zwischen Warenproduktion und traditioneller Produktionsweise verschärfte, entwickelte sich das Privateigentum, löste die patrilineare Nachfolgeschaft die matrilineare ab und wurden schließlich dem Häuptling seine traditionelle Funktionen entzogen, bis er schließlich zum bloßen Repräsentanten der Warenproduzenten oder der Kolonialherren wurde.

War der Kontakt der verschiedenen Stämme untereinander auch sehr gering und meist zufällig, so existierten doch starke Verbindungen zu den Städten an den Küsten, den Zentren des Handels. (6) Wir können daher zwischen der Sozialstruktur des Landes und der der Städte unterscheiden, ohne damit allerdings die gegenseitigen Einflüsse zu vernachlässigen. Die Darstellung bezieht sich vorläufig auf die Situation, wie sie sich am Vorabend der Unabhängigkeit ergab, d.h. hauptsächlich auf die Jahre 60/61.

1.1 DIE SOZIALE STRUKTUR AUF DEM LANDE

Über die Hälfte des Bruttosozialprodukts wurde von der Landwirtschaft produziert (7). Davon waren wiederum über 50% für den direkten Verbrauch bestimmt, d.h. der Anteil der Warenproduktion an der gesamten agrarischen Produktion lag damit unter 50% (8). Davon wurden etwa 2/3 von afrikanischen Kleinbauern produziert, 1/3 auf den Plantagen und Gütern (9). Die afrikanische Warenproduktion konzentrierte sich vor allem in dem nördlichen Teil des Landes bei den reicheren und fortschrittlicheren Stämmen. Die landwirtschaftliche Warenproduktion ist im wesentlichen Produktion für den Weltmarkt (10).

Ein Musterbeispiel für einen solcherart fortgeschrittenen Stamm bieten die Chagga am Kilimandscharo, bei denen die relative Überbevölkerung den Anstoß zu ständiger Bewirtschaftung des Bodens und - verbunden mit einem ausgedehnten Handel - zur Privatisierung des Bodeneigentums gab. Mit einem Anteil der Warenproduktion von über 50% und einem Anteil der Lohnarbeit an der Gesamtarbeit von 25% gehören sie zu den fortschrittlichsten Bauern (11). Schon relativ früh, in den 20er Jahren, begannen sie sich in Genossenschaften, die sich vorwiegend gegen die Monopolstellung der asiatischen Händler richteten, zu organisieren. Diese gemeinsamen ökonomischen Interessen führten schließlich auch zur politischen Zentralisation: als erster Stamm erhielten die Chagga 1952 von der britischen Kolonialregierung die Erlaubnis, einen Oberhäuptling (paramount-chief) wählen zu dürfen (12).

Mit der wachsenden Kommerzialisierung der Produktion blieb auch die Konzentration der Produktionsmittel nicht aus. Bei den Sukuma, wo die Warenproduktion eine ähnliche Bedeutung wie bei den Chagga gewonnen hat, besitzen 1/3 der Familien 2/3 des Landes. Das Vieh, das vorwiegend nicht für den Markt bestimmt ist, sondern Reichtum bedeutet, befindet sich sogar zu 50% in der Hand von 13% der Familien (13). Zur Konzentration des Bodens ließen sich noch weitere Beispiele anführen. Eine andersartige Entwicklung zeichnete sich zeitweise bei dem Stamm der Nyamwezi, dem drittgrößten Stamm Tansanias, ab (14). Es waren hauptsächlich die niedrige Produktivität und ständige Hungersnöte, die die Nyamwezi zum Handel mit Elfenbein und Sklaven im vergangenen Jahrhundert trieb. Doch schon in dieser Zeit finden wir relativ entwickelte Klassenstrukturen. Die Häuptlinge waren Eigentümer des Bodens, den sie al-

---

6) Vgl. hierzu: Basil Davidson, Vom Sklavenhandel zur Kolonialisierung, Hamburg 1966, insb. S. 147ff. Davidson weist nach, daß die Handelsstädte an der Küste weder auf koloniale Initiative zurückgingen, noch daß sie allein mit dem früheren Vordringen der Araber erklärbar sind. Im Gegenteil, erst mit dem Vordringen des Kolonialismus unter der Vorhut der zivilisierten Portugiesen wurde die Zivilisation der Städte mit Gewalt aufgehoben, um die Menschen wieder in die Barbarei zurückzustoßen.

7) H. Ruthenberg, Agricultural Development in Tanganyika, Berlin/Heidelberg/New York 1971, S. 2

8) aaO, S. 3

9) Vgl. IMF, Surveys of African Economies, Vol. 2, Washington 1969, S. 218

10) "Nach der direkten Konsumtion kommen die landwirtschaftlichen Exporte. Der interne Markt für landwirtschaftliche Produkte ist von geringer Bedeutung." Ruthenberg, aaO S. 3

11) Vgl.: Coffe-Banana Farms at Mt. Kilimanjaro, in: Smallholder Farming and Smalholder Development in Tanzania, Hans Ruthenberg (Hg.), München 1968, S. 215. Natürlich beziehen sich diese Angaben nicht auf jeden einzelnen Bauern, sondern auf den Durchschnitt. Konsequenterweise müßte man auch hier zwischen verschiedenen sozialen Schichten der Bauern unterscheiden. Dies ist aber mangels statistischen Materials etc. nicht möglich.

12) Bis zu diesem Zeitpunkt kannten die Chagga noch kein zentralisiertes Häuptlingswesen. Für einen "Oberhäuptling" gab es demnach im Rahmen der traditionellen Gesellschaft keine Funktion. Seine Aufgaben standen daher in engem Zusammenhang mit der britischen Kolonialverwaltung.

13) D. v. Rotenhan, Cotton Farming in Sukumuland, in: Smallholder ..., aaO S. 56

14) Vgl. R.G. Abrahams, The Political Organization of Unyamwezi, Cambridge 1967

lerdings nicht ohne Zustimmung der "headmen" verkaufen durften. Diesen Boden verteilten sie zum Teil an ihre "headmen", die ihn wiederum zum Teil an die einzelnen Bauern für eine festgesetzte Zeitspanne weitergaben. Dafür erhielten die Häuptlinge neben den allgemein üblichen Anteilen an Raubzügen eine Arbeitsrente von den Bauern, die jährlich 2 Tage auf den Feldern der Häuptlinge und "headmen" ausmachte. Wir finden also hier die Anfänge einer feudalen Produktionsweise mit den "headmen" und Häuptlingen als den Keim einer feudalen Grundherrenklasse, d. h. des Landadels. In diesem embryonalen Stadium ist dieses System aber noch äußerst labil. Solange der Boden noch kollektives Eigentum der "Oberschicht" ist, gibt es beständig einen Kampf um die Aufteilung der Erträge aus diesem Eigentum, und zwar noch bevor die "feudale" Klasse ihre soziale Position gefestigt hat.

Als am Ende des 19. Jahrhunderts die arabischen Händler auch den Handel im Binnenland übernehmen wollten, stieg damit die Möglichkeit, Reichtum durch Karavanenüberfälle und Zollerhebung zu erwerben; ein Umstand, der die Konflikte zwischen "headmen" und Häuptlingen verstärkte. Die "headmen", die ihre Beute stets mit dem Häuptling teilen mußten, hatten nun ein größeres Interesse, selber Häuptling zu werden oder ihren Favoriten zum Häuptling zu machen. Da die patrilineare Nachkommenschaft der "headmen" (im Gegensatz zur Häuptlingsnachfolge) schon vorher gang und gäbe war, folgte daraus naturwüchsig die patrilineare Nachfolgeschaft auch für den Häuptling und das vollständige Eigentum an Grund und Boden innerhalb der Familie. Mit dem wachsenden Einfluß der Warenproduktion und des -handels wurde diese Entwicklung gestört und die sich entwickelnde feudale Klassenstruktur erhielt mit der Zeit einen völlig anderen sozialen Charakter (14a).

Ein anderes Beispiel, wie sich das Privateigentum an Grund und Boden durchsetzen kann, finden wir bei den Makonde (15). Die Makonde bilden einen der größten, gehören aber zu den unterentwickeltsten Stämmen Tansaniens. Man nimmt an, daß sie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts auf der Flucht vor Hunger und Sklavenjägern in das heutige Stammesgebiet im süd-östlichen Tansanien einwanderten. Das Häuptlingswesen war noch sehr unterentwickelt und die Macht des Häuptlings beschränkt. Er hatte vorwiegend rituale Pflichten und u. a. das Recht, Land an Neuankömmlinge zu verteilen, ohne daß damit eine Form von Eigentum an Boden verbunden gewesen wäre; der Boden war noch vollständig kollektives Eigentum. Aufgrund der niedrigen Produktivität hätte es auch keine Tributpflicht der Bauern gegenüber dem Häuptling geben können. Üblich waren lediglich kleine Geschenke, die aber vorwiegend symbolischen Charakter hatten. Wir finden hier also in der sozialen Struktur noch keine Voraussetzungen, die auf die Privatisierung des Bodens hindeuten könnten. Trotzdem konnte sich das Privateigentum faktisch durchsetzen, ohne daß es dazu einer Änderung des politischen und juristischen Überbaus bedurft hätte. Kurioserweise hing diese Entwicklung damit zusammen, daß der Bauer ein Eigentum an den Bäumen hatte, die er auf dem von ihm bewirtschafteten Feld gepflanzt hatte. Als die Baumfrüchte "cash-crops" wurden, d. h. als Waren verkauft werden konnten, begannen die Bauern immer mehr Bäume anzupflanzen, bis schließlich auf dem Boden unter den Bäumen keine andere Frucht mehr wachsen konnte. Damit bekamen die Bauern faktisch das Verfügungsrecht über den Boden.

Wir können also in der Zeit vor der Unabhängigkeit überall eine Tendenz zur Verallgemeinerung der Warenproduktion feststellen. Diese Entwicklung versuchten die christlichen Missionare und die jeweilige Kolonialregierung zu beschleunigen. "Während der letzten Periode der deutschen Verwaltung wurde die bäuerliche Produktion systematisch gefördert und von ausgiebigen Investitionen in die Forschung unterstützt. Unter britischer Verwaltung, und besonders in den Jahren 1950 - 1960 machte sie einen raschen Fortschritt." (15a) Der größte Teil der warenproduzierenden Bauern sind kleine Bauern, die nur einen kleinen Teil ihrer Produktion auf den Markt bringen und die, wenn überhaupt, nur vorübergehend in der Saison einige Lohnarbeiter beschäftigen oder die als arme Bauern gezwungen sind, selbst während der Saison Lohnarbeit bei anderen Bauern zu leisten. Diese Bauern müssen wir dem Halbproletariat zurechnen; Großbauern und kapitalistische Bauern sind meist in dem nördlichen Teil des Landes ansässig.

Dieser Prozess hat allerdings noch eine andere Seite: In dem Maße, wie die Wirtschaft in die Warenproduktion einbezogen wird und das Privateigentum an Boden sich festmacht, werden Bauern freigesetzt, die zum Teil gezwungen sind, saisonal Lohnarbeit zu suchen oder gänzlich von ihren Feldern vertrieben zu werden. D. h. die einfache und kapitalistische Warenproduktion ziehen die Entstehung eines Halbproletariats und Proletariats nach sich, das zur Arbeit auf den Farmen und Plantagen, den Bergwerken und der Industrie benötigt wird.

Wie sehr sich die traditionellen Strukturen allerdings dieser Entwicklung noch widersetzen können, mag ein anderes Beispiel illustrieren. Bei den Sukuma wurde es als Verstoß gegen die Sitten angesehen, Lohnarbeiter außer während der Saison anzuheuern. Dies ist zweifellos ein Relikt aus jener Zeit, als Aneignung fremder Arbeit überhaupt als sittenwidrig galt.

14a) Dazu trug insbesondere die gewaltsame Niederschlagung des Maji-Maji-Aufstandes (1905/06) gegen die deutsche Kolonialherrschaft bei, wodurch die politische Macht der "Oberschicht" zerschlagen wurde. Vgl. M. Loth, Griff nach Ostafrika, Berlin 1968, S. 92

15) J. G. Liebenow, Colonial Rule and Political Development in Tanzania: The Case of Makonde, Evanstone 1971

15a) Ruthenberg, Agricultural ... aaO S. 17

1.2 LANDARBEITER UND PLANTAGEN

1960 befanden sich 1,1% des gesamten Landes in den Händen von Ausländern, die allerdings nur 2/3 dieses Besitzes wirtschaftlich nutzten. Diese 1,1% machten aber 10% des gesamten bebaungsfähigen Landes aus. Zudem waren es meist die fruchtbarsten Böden. 60% dieses hauptsächlich von Plantagen bewirtschafteten Landes sind britisches Eigentum.

Die wirtschaftliche Bedeutung ist jedoch wesentlich größer, als die Zahlen über den Landbesitz vermuten lassen. Auf den Plantagen und Landgütern werden 25% der gesamten landwirtschaftlichen Produktion (einschließlich der Subsistenzwirtschaft), 35% der gesamten Warenproduktion hergestellt, und schließlich machen sie 45% der landwirtschaftlichen Exporte aus (vorwiegend Tee und Sisal) (16).

Von den ca. 400 000 Lohnarbeitern waren 1960 etwas weniger als die Hälfte, d.h. 199 000 als Landarbeiter beschäftigt und zwar überwiegend auf den Plantagen und Landgütern (17). Ein großer Teil dieser Landarbeiter sind Saisonarbeiter und gehören daher zum Halbproletariat; man vermutet, daß sie den größten Teil der ca. 100 Tausend Saisonarbeiter in Tansania ausmachen. Die Löhne auf den Plantagen lagen unter dem Durchschnitt. Während etwa die Hälfte aller Arbeiter auf den Plantagen beschäftigt sind, zahlen die Plantagen nur 38% der gesamten Löhne (17).

Obwohl der Anteil der Plantagenproduktion an der gesamten Produktion recht groß war, verband sich damit kein gleichgroßes Interesse kapitalistischer Gesellschaften. Von den ca. 1 000 Kapitalgesellschaften (companies) in Tansania waren nur 180 in der Landwirtschaft engagiert (18). Dies ist allerdings verständlich, wenn man die ständig schwankenden Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte berücksichtigt, obwohl die englischen Plantagenbesitzer im Gegensatz zu den afrikanischen Farmern davon weniger betroffen waren, weil sie von der Regierung finanziell unterstützt wurden.

2. DIE SOZIALE STRUKTUR DER STÄDTE

2.1 DER HANDEL

Die Händler, also die Zirkulationsagenten der warenproduzierenden Wirtschaft, konzentrierten sich in den Städten. In früheren Zeiten befanden sich diese Handelsstädte an der Küste, da der Handel überwiegend Fernhandel war. Dies macht es notwendig, zwischen zwei verschiedenen Arten von Händlern zu unterscheiden: den Händlern, die im nationalen Rahmen, d.h. in der Binnenwirtschaft den Handel abwickeln, und jenen, die den Außenhandel monopolisieren und für die die kleineren Händler im Binnenland zum großen Teil Zubringerdienste leisten. Die Gruppe der kleinen Händler bestand ursprünglich aus Afrikanern und Arabern, wurde aber später von den Asiaten verdrängt. In der zweiten Gruppe begann mit dem Vordringen des Kolonialismus europäisches Kapital eine Monopolstellung einzunehmen; unter britischer Kolonialherrschaft also hauptsächlich britisches Kapital.

Zur Zeit vor der Unabhängigkeit kontrollierten die asiatischen Händler (Einzel- und Großhändler) fast völlig den Binnenhandel. Sie waren Pioniere der geldwirtschaftlichen Durchdringung des weiten Landes, aber sie arbeiteten im Rahmen des kolonialen Systems, das die Kontrolle und letzten Endes auch den größten Teil des Ertrages in die Hände der Kolonialherren gab. Es kam zu einer nutzbringenden Symbiose der großen Handelshäuser mit den asiatischen Groß- und Einzelhändlern, die auch dort noch mit Gewinn Handel treiben konnten, wo ein europäischer Händler überhaupt nicht ins Geschäft gekommen wäre." (19).

Wie dies geschah? "... oft feilschten Käufer und Pflanzer über die richtigen Gewichte drei und mehr Stunden, während Hunderte von Menschen warteten. Wenn es dann auf die letzten Tagesstunden zuging, wollten alle zu dem vom Käufer gesetzten Preis verkaufen, nur um zum Essen nach Hause zu kommen. Ein anderer Trick der asiatischen Käufer war es, völlig (den Laden) zu schließen und so die Leute zu zwingen, ihre Wolle zu nehmen und nach Hause zu gehen oder mit der Wolle draußen im Freien bis zum nächsten Tag zu schlafen." (20). Aber genauso wie die Händler die Afrikaner ausbeuteten, wurden sie schließlich selber wieder von den großen Kolonialgesellschaften und dem Staat ausgebeutet, die sich so auf ihre Art und Weise einen Teil des von den Händlern angeeigneten Mehrprodukts verschafften.

Die "nutzbringende Symbiose" zwischen den großen Handelsgesellschaften und den Händlern war somit vor allem für die Handelshäuser und den Staat von Nutzen. Es waren schließlich die Händler, die der Warenproduktion einen gewaltigen Aufschwung gaben und den Handelshäusern damit die Möglichkeit schufen, sich im ungleichen Tausch das Mehrprodukt der Bauern anzueignen, ganz wie sie die Möglichkeiten des Staates vergrößerten, Steuern aus den Bauern herauszupres-

16) ebd, S. 13

17) ebd., S. 17; vgl. auch IMF, ..., aaO S. 263

18) A.R. Roe, The Future of Company in Tanzanian Development, in: JMAS 7,1 (1969), S. 47. Die Zahlen beziehen sich auf das Jahr 1967. Es ist möglich, daß die Zahl der in der Landwirtschaft engagierten Gesellschaften früher größer war, da sich der Konkurrenzdruck der Afrikaner nach der Unabhängigkeit verschärft hat.

19) Indira Rothermund, Die politische und wirtschaftliche Rolle der asiatischen Minderheit in Ostafrika, Berlin/Heidelberg/New York 1965, S. 23

20) Zitiert aus: G.A. Maguire, Towards 'Uhuru' in Tanzania, Cambridge 1969, S. 89

sen. Es ist deshalb ganz natürlich, daß sich die Ressentiments der Afrikaner vor allem gegen die asiatischen Händler richteten, weil sie ihnen als Ausbeuter viel näher standen, als die Handelshäuser und der Staat.
Diese Tatsache wußten die Gesellschaften und ihre Agenten auszunutzen und demagogisch umzusetzen, indem sie als die aufrichtigsten Interessenvertreter der Bauern auftraten und die Asiaten der Ausbeutung beschuldigten. Nur dachten sie nicht im Traum daran, diesem Zustand ein Ende zu machen. Schließlich waren sie auf die asiatischen Händler ebenso angewiesen wie die Händler auf die Gesellschaften; allerdings waren die Chancen ungleich verteilt. Während die Gesellschaften jederzeit ihre Partner austauschen konnten, sobald sich eine afrikanische Händlerschicht herausbildete, gab es für die Händler kaum Möglichkeiten, ihren Partner, d.h. die Kolonialgesellschaften auszutauschen. Bestenfalls wären sie dann vom Regen in die Traufe gekommen.

2.2 DAS HANDWERK UND DIE KLEININDUSTRIE U.A. SCHICHTEN DER KLEINBOURGEOISIE

Bei den freien Berufen ist der Anteil der Asiaten ebenfalls recht groß. Z.T. wurden sie systematisch, wie vor allem Ärzte, von der Regierung angeworben.

Während in der zivilen Verwaltung, im Erziehungs- und Gesundheitswesen die hohen Posten britischen Staatsangehörigen vorbehalten blieben und Afrikaner sich mit den niedrigen Stellen begnügen mußten, füllten die Asiaten den mittleren Dienst aus. Die Asiaten wurden schon von den Arabern wegen ihrer hohen Bildung als Verwaltungsangestellte bevorzugt. Im übrigen wurden sie neben "geeigneten" Häuptlingen auch gerne als Steuereintreiber eingesetzt.

Von den Handwerkern sind ca. 85% in den 10 größten Städten ansässig, 33% in der Hauptstadt Dar-Es-Salaam. (21). Die wichtigsten Zweige sind: Schneiderei, Holzbearbeitung, Autoreparatur, Schuhmacherei. Diese Handwerker beschäftigen im Durchschnitt etwa 3 Arbeiter, insgesamt 5000-6000. (22). Das durchschnittliche Einkommen des Handwerkers ist etwa achtmal so groß wie das der angestellten Arbeiter.

Obwohl die Asiaten nur einen verschwindend kleinen Anteil an der Gesamtbevölkerung ausmachen, stellen sie etwa die Hälfte aller Handwerker. Sie sind hauptsächlich in den Zweigen tätig, die einen hohen Kapitalaufwand voraussetzen. (Goldschmieden, Bäckereien, Motor-Reparatur etc.). In den von den Asiaten monopolisierten Zweigen werden durchschnittlich 5 Lohnarbeiter beschäftigt. Das Einkommen der asiatischen Handwerker liegt dementsprechend höher als das der afrikanischen Handwerker. (23). Die bei den Asiaten angestellten Arbeiter sind hauptsächlich Afrikaner, ihr Lohn ist wesentlich niedriger als der eines entsprechenden asiatischen Arbeiters.

Die gleichen Verhältnisse, obwohl stärker akzentuiert, zeigen sich auch bei den "Small-Scale-Industries" (Manufakturen u.ä.).

2.3 INDUSTRIE UND PROLETARIAT

Der Anteil der industriellen Produktion an der Gesamtproduktion war äußerst gering. Der Prozentsatz für das verarbeitende Gewerbe ist 3,6%. Der bergwerkliche Sektor trägt sogar nur 2,8%, das Transportwesen 4,5% zum Bruttoinlandsprodukt bei. (Der Handel macht etwa 12% aus.) (24)
Während 1962 (wobei sich die Verhältnisse noch kaum gegenüber 1960 oder 1961 geändert haben) von den 397 000 Arbeitern 203 000 in der Landwirtschaft tätig waren, waren in den verarbeitenden Gewerben und dem Bergbau nur 32 200 Arbeiter beschäftigt. (25).

Die Zahl der gesamten in der Industrie tätigen Arbeiter betrug ca. 83 000. Der weitaus größte Teil ist in Betrieben beschäftigt, die sich mit der Verarbeitung von agrarischen Produkten befassen und zum großen Teil aus Kleinbetrieben bestehen. (26). (5000-6000 Arbeiter waren, wie wir oben sahen, in Handwerks- und Kleinstbetrieben beschäftigt.) Die Zahl der eigentlichen Industriearbeiter wird also relativ gering sein; dies entspricht der allgemeinen Situation in den unterentwickelten Ländern, wobei Tansania allerdings zu den unterentwickeltsten gehörte. Ein großer Teil der Lohnarbeiter stand daher nicht dem Kapital gegenüber und gehört somit nicht zum eigentlichen Proletariat, der produktiven, kapitalerzeugenden Arbeiterklasse.

Obwohl die imperialistischen Interessen einen bedeutenden Teil der gesamten Warenproduktion direkt kontrollieren (Plantagen, Bergbau, Industrie) oder indirekt (durch die asiatischen Händler oder indem sie die Bauern auf mehr oder weniger sanfte Art zwangen, bestimmte Produkte anzubauen), ist das wirtschaftliche Interesse an Tansania relativ gering gewesen. Das Land hatte niemals eine zentrale Rolle als Rohstoffland für die imperialistischen Staaten einnehmen können. Der Bergbau hatte im Vergleich zu anderen Ländern Afrikas, die noch Kolonien Englands waren oder es früher gewesen waren, nur geringe Bedeutung. Die Landwirtschaft bietet kaum profitable Anlagemöglichkeiten für das Kapital der Monopole. Dieses Geschäft überläßt man lieber Siedlern, die den Monopolen das Risiko abnehmen und dafür von diesen ausgebeutet werden. Die Siedler spielten aber in Tansania im

21) K. Schädler, Crafts and Small-scale Industries in Tanzania, in: Studies in Production and Trade in East Africa, Paul Zajadacz (Hg.), München, S. 251

22) ebd., S. 253

23) ebd., S. 262f.

24) IMF, Surveys ..., aaO S. 214

25) ebd., S. 236

26) Ruthenberg, Agricultural ..., aaO, S. 4

Gegensatz zum benachbarten Kenia nur eine untergeordnete Rolle; (und die Politik wurde im übrigen nicht von den Siedlern bestimmt, sondern von der britischen Regierung in London).

Bestand für die imperialistischen Monopole kaum ein größeres wirtschaftliches Interesse an dem Land, so hat dieser Umstand auch sicherlich dem Entstehen einer Siedlerbourgeoisie entgegengewirkt, die sich erst unter dem Schutz und der Aktivität dieser Monopole voll entfalten kann. Ihre geringe Zahl, große Kommunikationsschwierigkeiten zwischen den einzelnen Siedlern und das relative Desinteresse der imperialistischen Monopole verhinderten die Transformation von einer Klasse der Bourgeoisie "an sich" zu einer Klasse "für sich", d.h. die Herausbildung eines gemeinsamen Klassenbewußtseins der "weißen" Bourgeoisie, aufgrund dessen sie fähig gewesen wäre, der afrikanischen Unabhängigkeitsbewegung organisierten Widerstand entgegenzusetzen.

3. DER KAMPF GEGEN DEN KOLONIALISMUS

3.1 LOHNARBEITER UND GEWERKSCHAFTEN

Obwohl nur ein geringer Teil der Arbeiter in den fortschrittlicheren Sektoren der Industrie tätig war, existierte schon vor der Unabhängigkeit eine starke Gewerkschaftsbewegung.

Vor 1947 war in Tansania noch keine Gewerkschaft registriert worden. (Die Registratur war ein von den Kolonialisten gern benutztes Mittel, die Gewerkschaftsbewegung zu unterdrücken.) Zwei lange Streiks in den Sisalplantagen und bei der Eisenbahn brachte den Gewerkschaften in den Jahren 1959/60 starken Zulauf. 1961 hatte die dem 1959 gegründeten nationalen Gewerkschaftsbund in TFL (Tanganyika Federation of Labor) angeschlossenen Einzelgewerkschaften insgesamt über 203 000 Mitglieder, d.h. doppelt soviel Mitglieder wie die Gewerkschaften in Kenia, wo die Zahl der Lohnarbeiter wesentlich größer war als in Tansania (27). Mit der Gründung des nationalen Gewerkschaftsbundes verband sich auch ein starker Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung. In den Jahren 1955-60 stieg die Zahl der Streiks auf das Fünffache und die Zahl der Streikteilnehmer auf das Zehnfache; 1960 beteiligter sich beispielsweise insgesamt 89 000 Arbeiter an Streiks. (28)

Im Verlauf dieser Arbeitskämpfe machten die Gewerkschaften immer deutlicher, daß ihre Forderungen nicht nur ökonomischer Natur waren, sondern auch politischer Art. Die Unabhängigkeitsbewegung, die ihren konzentrierten Ausdruck in der TANU (Tanganyika African National Union) fand, war daher schon frühzeitig mit der Gewerkschaftsbewegung verknüpft. "Sie (TANU und TFL) haben sich gegenseitig in der Organisierung unterstützt und viele Gewerkschaftsführer bekleideteten wichtige TANU-Stellen von deren Gründung an." (29)

Zu den best organisierten und machtvollsten Einzelgewerkschaften gehörte die Eisenbahnergewerkschaft; die Eisenbahnarbeiter gehören schon aufgrund ihrer gemeinsamen Arbeitsstätte zu den besser organisierbaren Arbeitern. Da sie stärker konzentriert sind, als die "Industriearbeiter" der Manufakturen und Kleinbetriebe und direkt produktiver Arbeiter sind, kann man sie dem eigentlichen Proletariat zurechnen.

Bevor wir auf die Rolle der Gewerkschaften im unabhängigen Tansania eingehen, soll die Entwicklung der TANU dargestellt werden.

3.2 DIE TANU

Die erste freiwillige Vereinigung von tansanaischen Afrikanern war die Tanganyika African Civil Servants Association, eine Vereinigung von Regierungsangestellten in Tanga, die vorwiegend ständische Interessen vertrat. In der Mitte der 30iger Jahren wurde eine andere wichtige Vereinigung gegründet, die Tanganyika African Welfare and Commercial Association (TAWCA), deren Mitglieder vom britischen Gouverneur als "halbgebildete, politisch-gesinnte und missionserzogene Jugend" bezeichnet (30). Die eigentliche Vorgängerin der TANU war die 1929 gegründete Tanganyika African Association (TAA), die zwar Verbindung zu den obigen Gruppen hatte, die man aber als eine politisch wesentlich verschiedene Organisation ansehen muß. Die Mitglieder waren hauptsächlich "einige der besser gebildeten Eingeborenen, die bei der Regierung angestellt sind oder im Business oder Handel tätig sind", wie ein anderer englischer Gouverneur feststellte. Vorerst blieb der Aktionsbereich der TAA auf die Städte konzentriert.

Anfänglich fungierte die TAA "hauptsächlich als eine gemeinsame Wohlfahrtsorganisation für städtische Afrikaner." (31) Erst allmählich begann sie sich in eine politische Organisation umzuwandeln; diese Entwicklung hängt mit ihrer Ausbreitung auf das Land zusammen. Erst nach dem 2. Weltkrieg konnte die TAA auch auf dem Land Unterstützung finden. Der mit der großen Nachfrage Europas verbundene Aufschwung der Landwirtschaft und der wachsende Mißmut der warenproduzierenden Bauern über die diskriminierende Kolonialpolitik förderte das politische Bewußtsein der Warenproduzenten. Ende der 40iger Jahre fand so eine bedeutende Umstrukturierung in der Mitgliedschaft statt. Bildeten früher höhere Regierungsangestellte und -beamte, Lehrer und ähnliche den Kern der TAA, so überwogen jetzt Händler, Farmer und kleine Regierungsangestellte.

Vielfach war die TAA mit "tribalistischen" Organisationen verbunden, die sich wie die TAA gegen

27) J. Davies, African Trade Unions, 1966, S. 110

28) IMF, Surveys ..., aaO, S. 239

29) H. Bienen, Tanzania: Party Transformation and Economic Development, Princeton/New Yersey, expanded edition 1970, S. 208

30) ebd., S. 23

31) ebd.

die britische Kolonialpolitik wandten und sich für die Afrikanisierung des Handels und die Verwaltung einsetzten. Auf diese Weise hatte die TAA schon früh Kontakt mit jenen Organisationen, die explizit die wirtschaftlichen Interessen der Bauern vertraten und - zumindest anfangs - keine primär politischen Ziele hatten. Die meisten dieser "tribalistischen " Organisationen wurden von der TAA absorbiert oder verschwanden bald von der Bildfläche.

1954 wurde die TAA unter Julius Nyerere mit dem Ziel umgeformt, die organisatorischen Schwächen der rasch wachsenden Organisation zu überwinden. Die TAA wurde in "Tanganyika African National Union" (TANU) umbenannt.

Das 1953 von der britischen Regierung ergangene Verbot für alle von der Regierung beschäftigte Beamte, Angestellte und Arbeiter, Mitglieder von politischen Vereinigungen zu sein, schwächte vorübergehend die TANU. Ein großer Teil der "Partei" - Funktionäre waren Lehrer, die jetzt vor die Entscheidung gestellt wurden, entweder ihre Stellung zu kündigen oder ihre Mitarbeit in der TANU aufzukündigen. Einige Lehrer wie J. Nyerere zogen die Arbeit in der TANU der gesicherten und priviligierten Stellung als Lehrer vor; andere arbeiteten weiterhin heimlich mit.

Die TANU hatte ihre Basis hauptsächlich bei den warenproduzierenden Bauern, den Händlern und den (unzufriedenen) Regierungsangestellten gefunden, d. h. bei den Klassen und Schichten, die den Keim einer bürgerlichen Gesellschaft bilden. Ihre Forderungen entsprachen dem auch: Einführung moderner landwirtschaftlicher Methoden, Garantie von Produzentenpreisen, Förderung der Genossenschaften, Vergabe von Maschinen und Krediten an die Bauern usw. Diese Forderungen waren im Rahmen des Kolonialismus durchaus fortschrittlich, da sie objektiv den Kampf gegen den Imperialismus und die Entwicklung der Produktivkräfte zum Inhalt haben, indem die wirtschaftliche Macht der Monopole und ihrer Agenten gebrochen werden sollte.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß die Hauptzentren der TANU-Aktivitäten im Norden des Landes lagen, d. h. in dem wirtschaftlich entwickelteren Teil des Landes. Das impliziert aber nicht, daß gerade die ökonomisch fortschrittlichsten Bauern zu den politisch fortschrittlichsten gehörten. Obwohl die Chagga-Bauern zu den reichsten Tansanias gehören, waren sie niemals in der TANU dominierend. Sie stellten die Schicht der Bauern, die aufgrund ihrer relativen ökonomischen und politischen Einflußmöglichkeiten am ehesten in der Lage waren, mit den britischen Kolonialherren ins Reine zu kommen; sie waren schließlich die ersten Bauern, die sich gegen die Monopolstellung der asiatischen Händler in Kooperativen und Genossenschaften organisierten und denen schließlich die Briten auch politische Zugeständnisse machten. (Wahl eines "Oberhäuptlings").

Im unterentwickelten Süden gewannn die TANU erst Ende der 50iger Jahre an Boden, nachdem Nyerere persönlich an einigen Orten öffentlich aufgetreten war. (32) Da die Wirtschaft viel weniger kommerzialisiert war als die des Nordens, fehlte auch die Triebkraft für die Bildung von Genossenschaften. Diese mangelnde Basis im Süden mag ein weiterer Beweis dafür sein, daß die TANU vorwiegend die Interessen der der größeren warenproduzierenden Bauern vertrat, und nicht die der Masse der Bauern. Allerdings verband ein gemeinsames Interesse die Warenproduzenten mit den einfachen Bauern und den Lohnarbeitern: Es war das Interesse an der Anschaffung der Kolonialherrschaft, das die verschiedenen Klassen und Schichten vereinigte. Die Motivation war allerdings eine unterschiedliche: Ging es den Warenproduzenten darüm, die Konkurrenz der Plantagen auf dem Markt für Exportwaren und die Konkurrenz der asiatischen Händler auszuschalten, um selber den Handel in die Hand zu bekommen, so waren die einfachen Bauern und Lohnarbeiter daran interessiert, der Steuerauspressung durch den Staat bzw der Ausbeutung durch die größeren Bauern, die Plantagenbesitzer und die Industrie ein Ende zu machen. Im Süden des Landes waren es vor allem die Saisonarbeiter auf den Plantagen, die sich in der Mitte der 50iger Jahre der TANU anschlossen; die kleinen Bauern mußten sich erst noch aus den Fesseln der traditionellen Strukturen befreien, die es ihnen gar nicht erlaubten, adäquate Formen des Widerstands gegen den Kolonialstaat zu finden und ihre Isolation zu überwinden.

Der TANU gelang es ungeachtet der unterschiedlichen Forderungen, diese Klassen und Schichten zu vereinigen. Die Strategie des TANU-Präsidenten Nyerere war es, "ein Bündnis zwischen den Gebildeten, (educated), den städtischen Arbeitern, den Arbeitslosen, den Enttäuschten 'cash'-Farmern und ein paar aufgeklärten Häuptlingen zu bilden." (33) Dieses Bündnis setzte allerdings voraus, daß weder eine gemeinsame Haltung zur wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nach der Unabhängigkeit gefunden werden konnte noch angestrebt wurde. (34)

3.3 DIE UNABHÄNGIGKEIT

Nach dem zweiten Weltkrieg wurde das britische Mandat über Tansania in eine Treuhandschaft umgewandelt, das die britische Regierung verpflichtete, das tansanische Volk allmählich zur Selbstregierung oder Unabhängigkeit zu führen. Die Britische Regierung dachte indes garnicht daran, sich über das Wie und Wann den Kopf zu zerbrechen. Lediglich ihr Interesse an einer wirtschaftlichen Entwicklung ließ nach, da die

32) Vgl. Liebenow, aaO

33) ebd., S. 264

34) Dazu sagt Nyerere: "Wir weigerten uns besonnen, Fragen zu beantworten, was wir nach Uhuru (Freiheit, d. Verf.) machen würden, weil wir in diesem Augenblick unsere Kräfte über künftige Pläne geteilt hätten, und das wäre falsch gewesen." (zit. aus Bienen, aaO, S. 218)

Verwaltung von vornherein zeitlich begrenzt wurde, obwohl es keine Vorschriften darüber gab, wann die Unabhängigkeit oder die Selbstregierung gewährt werden mußte.

Erst als die TANU an politischer Bedeutung gewonnen hatte und die UNO aufgrund des Auftretens der TANU-Führer entsprechende Beschlüsse faßte, versprach die britische Regierung, Vorschläge für eine Verfassungsänderung vorzulegen. Nach bekannten englischen Rezept wurden schließlich zwei Organe einberufen, denen man die hochtrabenden Namen Kabinett und Parlament gab. Die Mehrheit dieser Organe verkörperte den kolonialen Staat und die Minderheit, die von der Regierung ernannten Afrikaner hatten die Beschlüsse der Regierung anzuhören. Um zudem zu garantieren, daß die alleinige Macht bei der kolonialen Regierung lag, war es diesen Organen nicht erlaubt, Beschlüsse zu fassen. Die Ungeduld der Afrikaner versüßte man mit den Versprechen, diese Gebilde allmählich zu demokratisieren, bis schließlich die Nation ihre Vertreter in freien Wahlen selbst bestimmen könnte. Unter dem wachsenden Druck der TANU sah sich der Gouverneur jedoch schon bald darauf gezwungen, öffentliche Wahlen auszuschreiben.

Die Briten spekulierten darauf, mit Hilfe der Wahlen die TANU ausschalten zu können, da sie an eine Wahlniederlage glaubten. Unter ihrer Schirmherrschaft wurde die United Tanganyika Party ins Leben gerufen, die von den ernannten Mitgliedern des Gesetzgebenden Rates, dem "Parlament" geführt wurde (35). Dies war ein weiterer Versuch, die reaktionären, der britischen Regierung hörigen und von ihr ernannten Häuptlinge gegen die TANU auszuspielen.

Das Wahlergebnis war jedoch ein Schock für die Briten: die TANU erhielt 67% der abgegebenen Stimmen. Da die Stimmberechtigung an die Höhe des Einkommens und den Grad der Bildung gekoppelt war und sich außerdem nur wenige Afrikaner für diese Wahl registrieren ließen (36), und selbst von diesen registrierten Wählern nicht alle tatsächlich wählten, schritten schließlich nur 3% der gesamten Bevölkerung zur Wahl. Obwohl dieses Ergebnis im statistischen Sinn sicherlich nicht repräsentativ für die gesamte Bevölkerung war, machte es den Briten klar, daß sie die Bedeutung der TANU bislang unterschätzt hatten; und es zeigte zudem, daß die TANU bei den reicheren Bevölkerungsschichten, auf die die Briten gesetzt hatten, eine Basis hatte. Nach einer kurzen Phase der "verantwortlichen (responsible) Regierung" unter britischer Aufsicht, erhielt Tansania 1961 die vollständige Unabhängigkeit. Nun war die Forderung, die bisher die verschiedenen Klassen und Schichten vereint hatte, erfüllt und der Kampf um den neuen Staat mußte beginnen.

4. NACH DER UNABHÄNGIGKEIT

4.1. DIE TANU UND DIE GEWERKSCHAFTEN

In vielen unterentwickelten Ländern gelten die Lohnarbeiter, insbesondere die Industriearbeiter als privilegiert, da sie ein relativ hohes Einkommen beziehen, das oftmals über dem der einfachen Bauern liegt. Vielfach wurde dies zum Anlaß genommen, sie als Arbeiteraristokratie zu bezeichnen. Es gibt jedoch Gründe, die dazu führen, daß die Industriearbeiter ein relativ hohes Einkommen benötigen, da die Reproduktionskosten der Industriearbeiter höher sind als die der Bauern (Ausbildung, höhere Lebenskosten in der Stadt etc.). Von einer Arbeiteraristokratie kann man jedoch nur dann sprechen, wenn ein Teil des Proletariats im Vergleich zu den übrigen Teilen bestimmte Privilegien erhält und an dem von den Kapitalisten angeeigneten Mehrwert und Mehrprodukt beteiligt werden.

Für Nyerere sind nun die Arbeiter, die für Lohnerhöhungen kämpfen, "potentielle" Kapitalisten.

"Wenn sie, wie auch immer, weiterhin den größten Teil des Extraprofits für sich verlangen und kein Teil davon verwendet werden kann, um den Bauern zu helfen, würden sie potentielle Kapitalisten sein." (37)

Mit anderen Worten, ein Teil des in der Industrie produzierten Wertes, sei es nun der Wertanteil, der den Wert der Arbeitskraft kompensiert oder sei es ein Teil des Mehrwerts, soll für die Entwicklung der Landwirtschaft bereitgestellt werden. Da die TANU zur gleichen Zeit dem indu-

35) Bienen, aaO, S. 51 und Liebenow, aaO, S. 264

36) Bienen, aaO, S. 51 und Liebenow, aaO, S. 265

37) Nyerere macht einen Unterschied zwischen dem wahren Wert und dem künstlichen: das Produkt eines Farmers ist sozial mehr wert als z.B. ein Diamant. Dies heißt nur, daß der Gebrauchswert von mehr Leuten geschätzt wird und auch für das Inland produziert wird. Der "Wert" des Diamanten wird dagegen zu einem künstlichen Wert aufgebläht, der also über dem "sozialen" steht. Die Differenz ist der Extraprofit, den sich seiner Meinung nach die Arbeiter aneignen wollen. D.h., ein Teil des Marktwertes entspricht gar nicht ihrer Arbeit, und sie fordern folglich etwas, was ihnen gar nicht gehört. (Zitate aus Davies, aaO, S. 163)

MANIFEST Buchversand
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 79
Zur materialistischen Geschichtsauffassung
Kapital und Staat Marxismus und Asthetik
Archive und Klassikergesamtausgaben
Geschichte der Klassenkämpfe
Der gegenwärtige Imperialismus und der internationale Klassenkampf
Die gesellschaftliche Entwicklung der BRD
Internationale Agitations- und Propagandapublikationen und theoretische Organe
Pädagogik Psychologie Psychoanalyse
Philosophie Soziologie
Kinder- und Jugendbücher
NEU Internationale fremdsprachige Literatur
Buchliste anfordern!
Die Buchliste wird ebenso wie die MANIFEST-Mitteilungen kostenlos zugesandt.

striellen Kapital völlige Freiheit ließ, bedeutet dies praktisch nichts anderes, als daß Nyerere von den Arbeitern einen Teil des Werts der Arbeitskraft verlangt, um die Landwirtschaft zu entwickeln.

Diese Haltung zu den Lohnarbeitern hängt direkt mit den Vorstellungen des ersten, von den Engländern ausgearbeiteten Wirtschaftsplan zusammen. Der Plan verlangt e landwirtschaftliche Produktion für den Export, und die "Entwicklung" des industriellen Sektors sollte dem ausländischen Monopolkapital vorbehalten bleiben. Größere Lohnerhöhungen brachten diesen Plan in Gefahr, da sie das Ausbleiben ausländischer Investitionen zur Folge gehabt hätten und - wie es sich später herausstellen sollte - auch tatsächlich hatten.

Den Anlaß zu diesen Äußerungen Nyerers und dem folgenden Vorgehen der Regierung gegen die Gewerkschaften gab ein massiver Streik der Eisenbahner, der die Wirtschaftspläne der Regierung ernsthaft bedrohte. 1962 wurden daraufhin Streiks und Aussperrungen für illegal erklärt; die Zahl der Streiktage fiel daraufhin von 417.000 auf 74.000. (38)

Obwohl die TANU großen Einfluß auf die TFL hatte, konnte sie diesen Gewerkschaftsbund nicht dazu benutzen, Einfluß auf die angeschlossenen Einzelgewerkschaften zu nehmen. Diese Tatsache resultierte aus der Schwäche der TFL selbst. 1964 wurde deshalb eine Einheitsgewerkschaft, die National Union of Tanganyika Workers (NUTA) durch Gesetz ins Leben gerufen; andere Gewerkschaften waren nun nicht mehr zulässig und die TFL und ihre Einzelgewerkschaften wurden faktisch in die neue Einheitsgewerkschaft eingegliedert.

Die Aufgabe der NUTA besteht in der "Zusammenarbeit mit der Regierung und den Unternehmen in der Entwicklung einer nationalen Lohnpolitik" die Durchführung von kollektiven Vereinbarungen und eines Disziplinarrechts durchzusetzen und zu unterstützen; und für (soziale) Unterstützung der Mitglieder zu sorgen. (39) "Die Union soll die Lohnarbeiter zur Einsicht in die Notwendigkeit härterer Arbeit, Disziplin und Effizienz am Arbeitsplatz erziehen."(40)

Mit diesen Maßnahmen waren die Gewerkschaften als selbständige Instrumente der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Ausbeutung funktionsunfähig gemacht worden. Damit war gleichzeitig die Hauptopposition außerhalb der TANU ausgeschaltet.

Obgleich die TANU früher schon einige gewerkschaftliche Forderungen aufgenommen hatte, gingen die Forderungen der Gewerkschaften weit über die der TANU hinaus. Die Gewerkschaften hatten für die Verstaatlichung der Hauptindustriezweige, die Beschränkung ausländischer Investitionen und die Kontrolle über die Eisenbahn und Häfen plädiert. Um die wirtschaftliche Entwicklung voranzutreiben verlangten sie die "Schaffung einer Behörde für Wirtschaftsplanung" und die Abstimmung von öffentlichen und privaten Investitionen. (41) Weiterhin forderten sie eine raschere "Afrikanisierung" der Wirtschaft und Regierung, d.h. die Besetzung der wichtigsten Posten mit Afrikanern.

Die TANU kam diesen Forderungen jedoch nicht nach. "Die Nationalisierungsbestrebungen verschiedener Gewerkschaften wurden abgewiesen und als mißverstandene Ideen aus Übersee deklariert." Gegenüber den "Afrikanisierungs"-Forderungen setzte sich in der TANU der gemäßigtere Flügel unter Führung von Nyerere durch. Nyerere erklärte diese Forderungen für rassistisch, da sie sich gegen die Europäer und Asiaten wandten. Wenn auch sein Standpunkt insofern realistisch war, als die TANU kurzfristig vielleicht nicht in der Lage gewesen wäre, die freigewordenen Stellen mit geeigneten Afrikanern zu besetzen, bedeutete sie jedoch, daß die Industrie und Verwaltung weiterhin unter der Kontrolle des ausländischen Kapitals bzw. der britischen Regierung stehen mußte. Eine andere Haltung hätte auch objektiv im Widerspruch zu den damaligen Maßnahmen gestanden, ausländisches Kapital verstärkt zur Industrialisierung heranzuziehen und ihm Vergünstigungen zu gewähren.

4.2. TANU UND DIE BAUERN

Während die Forderungen der Gewerkschaften zum größten Teil nicht erfüllt wurden und die Gewerkschaften schließlich sogar ausgeschaltet wurden, indem sie völlig in die TANU integriert wurden, wurden wichtige Forderungen der Bauern erfüllt. 1962 wurde Kauf und Verkauf von Grund und Boden verboten und das Land zum Staatseigentum erklärt. Aber dies hatte weder eine Neuverteilung des Bodens zur Folge, noch eine generelle Enteignung der Plantagenbesitzer. Die Organisierung der Bauern in Genossenschaften, allerdings vor allem Absatzgenossenschaften, wurde staatlich unterstützt.

Für die Verbesserung der Lage der ländlichen Lohnarbeiter auf den Plantagen wurde jedoch kein Programm vorgelegt. Vielmehr zielten die meisten Maßnahmen auf die Erhöhung der Produktivität in der Warenproduktion ab. Als wichtigstes wirtschaftliches Ziel wurde die Verbesserung der Außenhandelsbilanz angesehen, und das verlangte vor allem die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion von Exportgütern.

Der erste Drei-Jahres-Plan, der noch von den Engländern übernommen worden war, bewegte sich wie auch der spätere erste Fünf-Jahres-Plan (43) (1964-69) auf dieser Ebene. Beide

38) IMF, aaO, S. 239

39) Davies, aaO, S. 162

40) ebd., S. 164

41) J. Hundt, aaO, S. 1579f.

42) Vgl. ebd., S. 1581

43) Auch dieser Plan wurde noch von zum größten Teil ausländischen "Experten" zusammengestellt.

Pläne wurden kritisiert, weil sie keine Maßnahmen vorschlugen, um das wirtschaftliche Gefälle zwischen Nord und Süd abzubauen. Weiterhin ging keiner der beiden Pläne auf Maßnahmen zur Verstaatlichung der Industrie und auf die Bedeutung von kollektiven und kooperativen Formen der landwirtschaftlichen Produktion ein. Der Kapitalbedarf sollte noch überwiegend bzw. zum großen Teil aus ausländischen Quellen gedeckt werden. Diese Erwartung wurde jedoch enttäuscht; nur ein kleiner Teil des Kapitalbedarfs konnte auf diese Weise gedeckt werden und die wirtschaftliche Entwicklung entsprach bei Weitem nicht den Plänen.

Die Maßnahmen der TANU blieben in diesen Jahren weitgehend im Rahmen der Interessen der warenproduzierenden größeren Bauern, ohne daß die Interessen der ausländischen Monopole auch nur angetastet worden wären.
Lediglich die Plantagenbesitzer wurden indirekt von den Maßnahmen der Regierung getroffen, weil sie nunmehr unter immer stärkeren Konkurrenzdruck von Seiten afrikanischer Farmer standen.

Die Entwicklungsstrategie der Regierung erwies sich als illusionär. Man hatte versucht, die nationale Wirtschaft mit Unterstützung des internationalen Kapitals zu entwickeln, wobei die TANU die Richtung dieser Entwicklung vozugeben gedachte. Der Standpunkt der TANU entsprach ganz dem Standpunkt der kleinen Warenproduzenten, die weder von der kapitalistischen Industrie schon in irgendeiner besonderen Weise bedroht werden, noch deren Rolle voll erfassen können; schließlich war die kapitalistische Produktionsweise noch lange nicht zur vorherrschenden geworden.

4.3 DIE MEUTEREI DER ARMEE

Einen entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung hatte der Armeeaufstand von 1964. Die Armee war als Erbe von dem kolonialen Staat übernommen worden. Die höheren Ränge der Armee wurden weitgehend von englischen Offizieren besetzt.

Am 19.1.64 besetzte ein Teil der Armee wichtige staatliche Institutionen und legte die Hauptstadt völlig lahm. Obwohl lediglich Forderungen nach höherem Lohn und rascherer Afrikanisierung der Armee erhoben wurden, bat Nyerere England um Unterstützung. Den Engländern gelang es rasch, den Aufstand, an dem sich nur etwa 1000 Soldaten beteiligt hatten, niederzuschlagen. Die aufständischen Soldaten zeigten kein Interesse am Sturz der Regierung und unternahmen auch keinerlei Versuch, den Regierungsapparat an sich zu reißen.

Dieser Aufstand machte schlagartig die Schwächen der TANU und der Regierung deutlich und zeigte, daß die Regierung jederzeit von einer Handvoll Menschen gestürzt werden könnte (wie lange die sich aber an der Macht hätten halten können, steht allerdings auf einem anderen Blatt). Jedem wurde klar, daß die TANU trotz bedeutender Wahlerfolge keine wirkliche Verankerung in den Massen hatte. Weder auf dem Land noch in den Städten kamen sie der Regierung zu Hilfe.

Aus diesem Aufstand wurde die Lehre gezogen, daß erstens die Armee in die TANU integriert werden und in den nationalen Aufbau einbezogen werden mußte und zweitens die Verbindung zwischen Land und Stadt oder was weitgehend das gleiche bedeutet, die Verbindung zwischen Parteispitze und den unteren Parteiorganen, gestärkt werden mußte. Diese organisatorische Schwäche war allerdings wohl weniger der Grund für die fehlende Verankerung in den Massen als vielmehr ihr Ausdruck, und das Problem kann daher nicht einfach durch eine Reorganisation der Partei gelöst werden.

Kurz nach dem Armeeaufstand trat eine Kommission zusammen, die Vorschläge über die Einführung eines Einparteienstaates ausarbeiten sollte. Obwohl dieser Plan schon vor dem Aufstand gefaßt wurde, weist das zeitliche Aufeinanderfallen hier auf einen Zusammenhang hin.

Nach den Vorschlägen der Kommission, die auch zum größten Teil realisiert wurden, wurde die Einheitspartei als Massenpartei konzipiert, die prinzipiell alle Klassen und Schichten umfassen sollte. Jede politische Tätigkeit sollte sich von nun an in dieser Partei abspielen. Eine weitere wichtige Neuerung zielte auf eine Stärkung der Verbindung mit den unteren Parteiebenen und somit auf eine bessere Kontrolle.

Diese Maßnahmen laufen zum größten Teil darauf hinaus, die Basis in den Massen durch formale Änderungen zu vergrößern und nach der "Gleichschaltung" der Gewerkschaften (s. o.) jegliche Opposition unter Kontrolle zu bringen. In Verbindung mit der Einführung des Zellensystems, mit dem das ganze Land von der TANU erfaßt werden sollte, ergab sich jetzt die Möglichkeit, der ganzen Bevölkerung die Ziele der TANU zu erläutern.
Die bisher vorgelegten Programme gingen im wesentlichen nur auf die Interessen einer Minderheit ein. Die Interessen der Massen wurden abstrakt aufgegriffen, aber konkretere Vorstellungen, wie diese zu befriedigen sind, hatte die TANU bislang nicht entwickelt.

4.4 TANU UND "AFRIKANISCHER SOZIALISMUS"

Die verschiedenen Maßnahmen der Regierung, die allesamt unter der Überschrift "afrikanischer Sozialismus" standen, waren bislang ihrem Wesen nach alles andere als sozialistisch und entsprachen nicht einmal völlig der Ideologie des "afrikanischen Sozialismus". Selbst auf dem landwirtschaftlichen Sektor hatte die Regierung bisher keine wesentlichen sozialen Verbesserungen für die Massen bewirkt. Neben den ausländischen Kapitalisten, die ungestört die Arbeiter weiter ausbeuten konnten, hatten nur die Warenproduzenten von der neuen Regierung profitiert.

Ihre Produktion wurde mit staatlicher Unterstützung gesteigert und ihre Position gegenüber den Käufern durch ihre Organisation in Absatzgenossenschaften verstärkt. Aber derartige Maßnahmen haben mit Sozialismus genauso wenig gemein, wie die Zusammenarbeit von Monopolkapitalisten in einem Kartell oder Syndikat.

Obwohl auch Produktionsgenossenschaften in diesen Jahren ins Leben gerufen wurden, standen sie zahlenmäßig weit hinter den Absatzgenossenschaften zurück. 1964 existierten in Tansania über 1200 Absatzgenossenschaften und 28 Kreditgenossenschaften gegenüber 9 ländlichen und 30 gewerblichen Produktionsgenossenschaften; der größte Teil der Absatzgenossenschaften befand sich zudem im nördlichen Teil des Landes. (44)

Es ist kein Wunder, daß sich unter dem Deckmantel eines solchen "afrikanischen Sozialismus" Korruption, persönliche Bereicherung usw. verbargen. "... Viele der im Entstehen begriffenen oder Möchte-Gern-Kapitalisten in den ländlichen und städtischen Bereichen waren TANU-Mitglieder und Regierungsbeamte."

Die Basis der TANU lag in diesen Jahren noch wie vor der Unabhängigkeit vor allem bei den Warenproduzenten, den reicheren, für den Markt produzierenden Bauern. Dies ist aber nur solange möglich, als sich die Interessen der kleinen Warenproduzenten und der kapitalistischen Warenproduzenten noch nicht scheiden. Die Entwicklung der Warenwirtschaft bringt es aber mit sich, daß die einfachen Warenproduzenten zunehmend ausgeschieden werden und von den kapitalistischen Bauern und der Industrie in ihrer Existenz bedroht werden. Die Mittelklasse der einfachen Warenproduzenten ist eine Klasse ohne Zukunft, weil sie mit der Entwicklung kapitalistischer Produktionsverhältnisse von den beiden großen Klassen, der Bourgeoisie und dem Proletariat aufgesaugt wird. Eine Gesellschaft, die vorwiegend auf der einfachen Warenproduktion basiert, langfristig aufrechterhalten zu wollen, ist eine Illusion, da die kapitalistische Produktionsweise schon als historische Tendenz in der Warenproduktion angelegt ist. Diese Tendenz läßt sich aber nicht aufhalten, sondern wird sich, wenn nicht anders möglich, mit Gewalt durchsetzen. Und sofern es keine organisierte revolutionäre Arbeiterklasse gibt, die ihr entgegentreten könnte, wird sich eine kapitalistische Bourgeoisie den Staat erobern. Davon kann in Tansania noch nicht die Rede sein, aber die Arbeiterklasse wird sich konstituieren so wie sich die Widersprüche der Warenproduktion verschärfen und davon werden sie auch Antigewerkschaftsgesetze etc. nicht aufhalten können. So lange jedoch die einfache Warenproduktion vorherrscht, ist der Standpunkt der TANU ein ganz natürlicher Ausdruck der objektiven Verhältnisse und in keiner Weise reaktionär.

5. DAS NEUE BÜNDNIS - DIE ARUSHA DEKLARATION

1967 wurde auf einer Konferenz des Nationalen Exekutiv-Komitees der TANU die sogenannte Arusha-Deklaration vorgelegt (45), mit der die TANU die Konsequenzen aus den Ereignissen der früheren Jahre zieht und neue Richtlinien für die Entwicklung der Wirtschaft und Gesellschaft enthält. Die wichtigsten Punkte dieser Erklärung betreffen "Self-reliance" und Verstaatlichung der Wirtschaft.

Mit der Berufung auf Self-reliance, d. h. dem Vertrauen auf die eigene Kraft, werden die Konsequenzen aus den mißglückten Versuchen gezogen, ausländisches Kapital für Tansania in größerem Umfang zu interessieren. Der größte Teil des Kapitalbedarfs soll nun aus heimischen Quellen gedeckt werden. Gleichzeitig werden die Massen aufgefordert, nicht allein von der Regierung die Entwicklung zu erwarten, sondern ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und eigene Initiativen zu entwickeln.

Der zweite wichtige Punkt betrifft die Verstaatlichung von Unternehmen. Aufgrund der Deklaration wurde in den folgenden Jahren eine ganze Reihe von Unternehmen, unter anderem der ganze Bankensektor, verstaatlicht. Allerdings wurden diese Unternehmen nicht enteignet, sondern sie erhielten eine Entschädigung. Zum großen Teil wurden auch größere Kapitalanteile von Unternehmen gekauft.

Formal gesehen, wurde damit eine alte Forderung der Gewerkschaften erfüllt. Solange der Staat jedoch nicht in den Händen der Arbeiter selbst ist, kehrt sich die Verstaatlichung gegen sie selbst: Der Staat ist jetzt Eigentümer der Produktionsmittel und direkter "Tarifpartner" der Arbeiter. Die Gewerkschaften, ohnehin schon weitgehend paralysiert, können in diese Arbeitskämpfe kaum noch zugunsten der Arbeiter eingreifen, da sie selber ein Instrument des Staates geworden sind. Kurz nach der Arusha-Deklaration wurden für Streiks und Bummelstreiks empfindliche Geldstrafen angedroht und ein "Tribunal" für die Schlichtung von Arbeitskämpfen durch Gesetz eingerichtet. Zur gleichen Zeit kündigte die Regierung an, daß Lohnerhöhungen künftig an Produktivitätserhöhungen und Preisentwicklung gekoppelt würden und in keinem Fall mehr als 5 % übersteigen dürften. (46) (In den Jahren nach der Unabhängigkeit war die durchschnittliche Lohnerhöhung wesentlich höher.) In den Fabriken wurden Arbeiterkomitees gegründet, die den Arbeitern aber lediglich ein Mitspracherecht einräumen und primär als ein Instrument zur Hebung der Produktivität und Effizienz im Betrieb dienen sollen.

---

44) Vgl. M. Paulus, Das Genossenschaftswesen in Tanganjika und Uganda, Berlin/Heidelberg/ New York 1967, S. 127

45) The Arusha-Declaration (5. 2. 1967), in: J. K. Nyerere, Ujamaa: Essays on Socialism, Dar-es-Salaam 1968, S. 13ff.

46) IMF, aaO, S. 238

Das ausländische Monopolkapital fand sich schnell mit der Verstaatlichung ab. Ein Autor kommt, nachdem er die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die betroffenen Unternehmen untersucht hat, zu dem Schluß: "Der einzig wirkliche Unterschied wird der sein, daß die Gesellschaften auf einen Teil ihrer Investitionen (einen) risikofreien (Zins von, d. V.) 7,5 % erhalten, statt risikoreiche und wechselhafte 15 bis 20 %." (47)

Die besondere Betonung der Arusha-Deklaration liegt weiterhin auf der Entwicklung der Landwirtschaft. Zum ersten Mal wird das Genossenschaftswesen bewußt in den Plan einbezogen.

Die Arusha-Deklaration sieht die Errichtung von sogenannten Ujaama-Dörfern vor, in denen die Menschen "in wirtschaftlicher und sozialer Gemeinschaft" leben sollen. Alle Angelgenheiten, die das Dorf angehen, sollen von allen Dorfbewohnern gemeinsam beraten werden. Die Produktionsmittel sollen Eigentum des Kollektivs sein, während das Produkt entsprechend der geleisteten Arbeitszeit verteilt werden soll. Die Beschäftigung von Lohnarbeitern soll nicht möglich sein, da sie die Ausbeutung der Arbeiter bedeutete. Auf diesen Grundlagen soll sich dann ein demokratischer Staat aufbauen.

Man erkannte auch, daß ein Großteil der Genossenschaften sich immer weiter von dem sozialistischen Ideal entfernen. Deshalb sollen auch die Absatzgenossenschaften künftig in die Ujaamabewegung einbezogen werden. Es waren allerdings gerade die reicheren Bauern, die Widerstand gegen die Eingliederung in die Ujaama-Dörfer leisteten, weil sie eine Schmälerung ihres Einkommens fürchteten. und keine Lohnarbeiter mehr einstellen sollten.
Das bisher nach europäischem Vorbild eingerichtete Erziehungswesen soll umstrukturiert werden und praxisbezogener sein und vor allem die Probleme der Landwirtschaft mit in die Ausbildung einbeziehen. (48)

Auch von dem früheren Konzept der Partei ging man ab: "Die ganze Stoßrichtung von Arusha ist, von dem Konzept der Partei, die alle Bürger des Landes einschließt, abzugehen. Die Erklärung sagt explizit, daß es Zeit sei, von der einfach auf Zahlen gerichteten Betrachtungsweise zu einer Betrachtungsweise überzugehen, die qualitative Kriterien für die Führer- und die Mitgliedschaft anlegt." (49)

Es wäre falsch, die Arusha-Deklaration lediglich als eine Konkretisierung des bis dahin abstrakten und unverbindlichen "afrikanischen Sozialismus" zu interpretieren. Sie ist vor allem das Resultat der sich entwickelnden Klassendifferenzierung und des damit verbundenen Klassenkampfes in Tansania.
Der Armeeaufstand hatte noch einmal die fehlende Basis der TANU in den Massen klar gemacht. Die Arusha-Deklaration zeigt, daß die TANU - und das heißt vor allem die kleinen Warenproduzenten - daraus nicht die Konsequenz gezogen hat, sich mit der Rechten zu verbünden, d. h. den Schutz des imperialistischen Systems gesucht hat. Die TANU suchte ihren Bündnispartner vielmehr bei den Massen, d. h. vor allem bei den kleinen Bauern.

Das bedeutet allerdings nicht, daß die politische Macht an die Bauernklasse übergegangen wäre: Die Arusha-Deklaration zeigt lediglich, daß sich die Mittelklasse nicht allein auf die reicheren Bauern stützen kann und gezwungen ist, die Unterstützung bei den anderen Klassen und Schichten zu suchen. Darin, daß das Bündnis mit den Bauern gesucht wird, beweist sich ihre Fortschrittlichkeit.
Im ganzen gesehen bleibt die Richtung, die die Arusha-Deklaration angibt, immer noch perspektivlos. Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Entwicklung wird auf dem landwirtschaftlichen Sektor gesehen. Ohne die Entwicklung einer großen Industrie wird Tansania damit auch künftig von dem imperialistischen System abhängig bleiben, solange es eben gezwungen ist, seine landwirtschaftlichen Produkte auf dem Weltmarkt zu verkaufen und Investitionsgüter dort einzukaufen und mit dem Kapitalimport der Monopole trotz Joint ventures ausländische Manager, technisches "know-how" etc. zu importieren. Damit bleiben die Produktionsmittel in der Hand der ausländischen Monopole, die nach wie vor faktisch die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel besitzen, auch wenn sie nicht mehr oder nur noch zum Teil juristische Eigentümer sind. (49a)

In diesem Artikel haben wir die Meinung vertreten, daß die Klassenbasis der TANU und des Tansanischen Staates die kleinen Warenproduzenten sind. Dem entspricht auch die kleinbürgerlich-idealistische Konzeption des "Afrikanischen Sozialismus", für den theoretisch der Sozialismus auf einer sozialistischen Geisteshaltung beruht und der nicht den Standpunkt vertritt, daß der Sozialismus nur auf bestimmten Produktionsverhältnissen beruht. Allerdings steckt auch materialistische Erkenntnis in ihm, wenn zugegeben wird, daß privater Reichtum sich meist nicht mit der sozialistischen Geisteshaltung vertrage.
In der Arusha-Deklaration wird daraus die richtige Konsequenz gezogen, den Parteifunktionären den Besitz von Reichtum und Kapital zu verbieten und in der Landwirtschaft durch kollektives Eigentum an Produktionsmitteln deren ungleiche Verteilung zu verhindern.
Diese Maßnahmen bedeuten, sofern sie konsequent durchgesetzt werden, daß die TANU in Konflikt mit den reicheren und großen Waren-

---

47) Roe, aaO, S. 57

48) Besonderes Gewicht lag nach der Arusha-Deklaration auf der Erwachsenenbildung. Vgl. B. L. Hall, Mass Adult Education: A Necessary Element in the Development of Socialism in Tanzania, in: UFAHAMU, Vol. II, No. 3, Winter 72

49) Bienen, aaO, S. 435

49a) Siehe dazu: Issa G. Shirji, Tanzania: The Silent Class Struggle, Stockholm 1971; und: Die Interessen des BRD-Imperialismus in Tanzania, aaO.

produzenten geraten und sich zunehmend auf die Masse der kleineren Bauern stützen muß. Dieser Tendenz entspricht auch die Grundkonzeption der Arusha-Deklaration, die eine Art 'bäuerlichen Sozialismus' zum Inhalt hat.
Jeder bäuerliche Sozialismus bleibt aber konservativ, solange er die geschichtliche Tendenz übersieht, daß mit der Entwicklung der Produktivkräfte die relative Bedeutung der Landwirtschaft immer mehr zugunsten der Industrie abnimmt. Noch scheint es, als ob die TANU dieses Problem am liebsten dadurch lösen möchte, daß sie ihm einfach einen anderen Namen gibt: man nennt die Industrie einfach sozialistisch und erklärt, die Produktionsmittel seien Eigentum der Arbeiter, weil sie zu einem Teil Eigentum juristisches Eigentum des Staats sind.
Damit wird auch der objektive Widerspruch, der dem "Afrikanischen Sozialismus" anhaftet, deutlich. Der Kampf für den Sozialismus kann nur unter der Führung der Arbeiterklasse erkämpft werden, der einzigen Klasse, die aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozeß dazu befähigt ist. Afrikanischer und bäuerlicher Sozialismus heißt zunächst nichts anderes, als Warenproduktion und Entwicklung der Warenproduktion auf genossenschaftlicher Grundlage. Dies zeigt sich in Tansania ganz deutlich. Die Bauernklasse wird nie in der Lage sein, die Warenproduktion überhaupt abzuschaffen, solange die Industrie kapitalistisch bleibt. Eine sozialistische Landwirtschaft neben einer kapitalistischen Industrie wir immer eine Illusion sein. Der Kampf gegen die Warenproduktion und gegen die kapitalistische Warenproduktion im besonderen kann nur unter der Anleitung der Arbeiterklasse geführt werden. Eine solche Perspektive ist aber notgedrungen eine langfristige und kann gegenwärtig noch nicht das Resultat objektiver Voraussetzungen sein. Diese entstehen erst mit der Verschärfung der Widersprüche der Warenproduktion.

Nach unserer Meinung wäre es daher falsch, die Klassenbasis der tansanischen herrschenden Klasse in der internationalen Bourgeoisie zu sehen, wie dies Shivji (49 a) glaubt. Eine solche Einschätzung wäre schon allein gar nicht in der Lage zu erklären, warum der Staat Konflikte mit dem Imperialismus in Kauf nimmt und sogar forciert. Noch schwächer begründet scheint uns die Einschätzung der Afrika-Gruppe Berlin zu sein, die die herrschende Klasse als kleinbürgerliche Kompradorenbourgeoisie charakterisiert. Zum kompletten Unsinn wird dies, wenn im gleichen Atemzug festgestellt wird, eben diese Kompradorenbourgeoisie habe die Widersprüche mit dem Imperialismus verschärft. Davon abgesehen, berechtigt die Analyse über die neokoloniale Abhängigkeit Tansanias vom internationalen Kapital (vorausgesetzt, sie ist exakt, und wir haben keinen Grund, daran zu zweifeln) nicht dazu, von einer Kompradorenbourgeoisie zu sprechen. Die Kompradorenbourgeoisien haben ihre Klassenbasis in reaktionären Klassen; in China z. B. in der feudalen Klasse. Ist die Klassenbasis aber bei den Warenproduzenten - und diese bilden unter überwiegend vorkapitalistischen Produktionsverhältnissen eine historisch fortschrittliche Klasse - würde die Anwendung der Kategorie "Kompradorenbourgeoisie" nur die eigentlichen Verhältnisse verschleiern oder zumindest diese Kategorie völlig verwässern, bis sie schließlich auf alle Verhältnisse aufgepfropft werden kann.

Der tansanische Staat hat erkannt, daß die nationale Entwicklung nur dann verwirklicht werden kann, wenn der Kampf gegen den Imperialismus geführt wird. Zwar sind wir der Meinung, daß dieser Kampf in vielerlei Hinsicht mit illusionären Mitteln geführt wird, aber die TANU hat gezeigt, daß sie in der Lage ist, aus ihren Mißerfolgen und Fehlschlägen "fortschrittliche" Kpn
Konsequenzen zu ziehen, und daß sie das Bündnis mit den unterdrückten Klassen auf dem Land sucht. Schließlich sollte man nicht die hervorragende Unterstützung vergessen, die Tansania den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika gibt. (50)

Nach dem Militär-Coup im benachbarten Uganda wurde der TANU ein weiteres Mal die Notwendigkeit der Arbeit in den Massen klargemacht. 1971 erschienen daher die TANU-Richtlinien (51): "Die TANU-Richtlinien machen einige dieser Punkte (über den Aufbau des Sozialismus; d. V.) klar. Sie sagen, daß man für den Aufbau des Sozialismus nicht nur gegen die äußeren Feinde wie den Imperialismus und das internationale Kapital, sondern auch gegen ihre inneren Lakaien kämpfen muß. Dies könnte die TANU zu der Erkenntnis führen, die Existenz des Klassenkampfes in Tansania anzuerkennen." (52)
Deutlicher als jemals zuvor wird gesagt, daß die Massen verstärkt in den nationalen Aufbau einbezogen und an den Entscheidungen beteiligt werden müssen; nicht nur in der Landwirtschaft, sondern auch in der Industrie und im staatlichen und militärischen Bereich. Natürlich bedeutet das nicht, daß die Macht damit an die Arbeiterklasse weitergegeben wird, aber es zeigt, daß die Notwendigkeit, auch die Arbeiterklasse in den Aufbau einzubeziehen, immer stärker erkannt wird. Fraglich ist es allerdings, ob die TANU auch den letzten konsequenten Schritt vollziehen kann und wird, nämlich die Führung im Aufbau des Sozialismus der Arbeiterklasse zu übergeben.

B. K. (Komitee Südliches Afrika/Heidelberg)

---

50) Dieser Aspekt kann im Rahmen dieses Artikels nicht weiter ausgeführt werden.

51) Vgl. TANU-Guidelines 1971, Dar-es-Salaam

52) M. R. Bhagavan, Problems of Socialist Development in Tanzania, in: Monthly Review, May 1972, S. 29

PRESSE-
SPIEGEL
SÜDLICHES AFRIKA

Der PRESSESPIEGEL SÜDLICHES AFRIKA bringt 14-tägig nach Ländern geordnete Pressemeldungen über das südliche Afrika. Es werden die wichtigsten deutschsprachigen Tageszeitungen, Zeitschriften und die portugiesische Tageszeitung A Capital ausgewertet. Der Pressespiegel umfasst durchschnittlich ca. 25 Seiten.
Herausgeber: KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA/Heidelberg

Bezugspreise: für 1 Jahr (1/2 Jahr) DM 35.- (17.50) incl. Porto innerhalb Europas.
Die Auslieferung erfolgt nach Zahlungseingang.
Einzahlungen an: Volksbank Heidelberg, Konto Nr. 1 00 38
Bestellungen an : Pressespiegel Südliches Afrika c/o Bernd Köhn, 69 Heidelberg
Mönchsgasse 12
Spendenkonto KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA: Volksbank HD kto: 2 99 40

Keine Zugeständnisse an den Revisionismus in der Klassenanalyse

Wir haben im NRF 3/72 ein Papier aus Berlin zu Fragen der Klassenanalyse veröffentlicht (1), das sich mit meinem Artikel im NRF 4/71 kritisch auseinandersetzt. Inzwischen ist dieses Papier als Mittelteil eines Artikels von Gerhard Armanski in den "Problemen des Klassenkampfs" (2) erschienen. Von anderer Seite wurde uns ein Manuskript übergeben, das sich ebenfalls mit dem Artikel im NRF 4/71 auseinandersetzt und das ursprünglich in Nr. 2 der inzwischen eingestellten Zeitschrift "Oktober" erscheinen sollte. Auszüge aus diesem Manuskript werden wir im Anschluss an diesen Artikel abdrucken. Diese beiden Artikel nehme ich zum Anlass, um noch einmal auf die in NRF 4/71 angeschnittenen Fragen zurückzukommen und eine klare Abgrenzung von rechten und linken Fehlern in der Klassenanalyse vorzunehmen - von rechten Fehlern, die im Eifer der Polemik gegen den Begriff der neuen Mittelklasse dazu führen, das Proletariat als einzige, bis zum Ende revolutionäre Klasse zu leugnen, und von linken Fehlern, die zur Verneinung der Möglichkeit führen, in den imperialistischen Ländern die Mehrheit der Werktätigen für den Sturz der Bourgeoisie gewinnen zu können (3). Beide Fehler sind so entscheidend, dass sie, wenn sie nicht bekämpft werden, zur ideologischen Entwaffnung der Kommunisten führen und dem Opportunismus und dem Sektierertum Tor und Tür öffnen. Statt mich im einzelnen mit den beiden Artikeln auseinanderzusetzen, will ich noch einmal kurz meine Auffassung darlegen.

I.

Im Kommunistischen Manifest schreibt Karl Marx über die "Epoche der Bourgeoisie": "Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat" (S. 43) und fährt fort: "Mit der Entwicklung der großen Industrie wird also unter

---

(1) Zusammen mit einer Antikritik von Till Damm Vgl. zur Frage der neuen Mittelklasse, Das Programm der westdeutschen Kommunisten, NRF-Sonderheft, Exkurs, S. 20-23
(2) ProKla 4, S. 41-78.
(3) S. den Artikel von A. P. in diesem Heft.

den Füßen der Bourgeoisie die Grundlage selbst hinweggezogen, worauf sie produziert und die Produkte sich aneignet. Sie produziert vor allem ihre eigenen Totengräber. Ihr Untergang und der Sieg des Proletariats sind gleich unvermeidlich." (S. 57). Marx stellt fest: "Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse."

In einem Brief an Joseph Weydemeyer schreibt Marx, was nach seiner Ansicht den entscheidenden wissenschaftlichen Fortschritt des Kommunistischen Manifests und der anderen Schriften dieser Zeit ausmacht: "Was ich neu tat, war erstens nachzuweisen, daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden ist; zweitens daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führt; drittens daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bildet." (MEW, 28, S. 508)

Wie begründet Marx den revolutionären Charakter des Proletariats, die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats und des Übergangs zur klassenlosen Gesellschaft? Er begründet sie aus dem unlösbaren und sich ständig verschärfenden Widerspruch zwischen der Entfaltung der Produktivkräfte und den kapitalistischen Produktionsverhältnissen, sowie aus der Tatsache, daß das Proletariat diese Produktivkräfte repräsentiert und als Repräsentant dieser Produktivkräfte die Fessel der kapitalistischen Produktionsverhältnisse sprengen wird. Das Proletariat kann das Kapitalverhältnis sprengen, weil dieses allein und ausschließlich durch die Arbeit des Proletariats produziert und reproduziert wird. Was also bestimmt das Proletariat ökonomisch als revolutionäre Klasse? Sein ökonomisches Verhältnis zum Kapital bestimmt das Proletariat als revolutionäre Klasse. Dieses ökonomische Verhältnis besteht darin, daß die Arbeit des Proletariats das Kapital als seinen eigenen Gegenpol produziert. Es produziert diesen Gegenpol, indem es den Kapitalisten seine Arbeitskraft verkauft und der Kapitalist diese Arbeitskraft anwendet, um Mehrwert aus ihr herauszupressen. Nicht, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft auf den Markt trägt, macht ihn zum Proletarier, d.h. zum Angehörigen der wirklich revolutionären Klasse, sondern daß seine Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozess sein eigenes Gegenteil, das Kapital produziert. Daß der Arbeiter seine Arbeitskraft verkauft, hat er mit dem Arzt, dem Juristen, dem Pfaffen, dem Poeten und dem Mann der Wissenschaft gemeinsam, die die Bourgeoisie "in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt" (S. 45ff.) hat. Der Verkauf der Arbeitskraft macht die Arbeiterklasse nicht zur einzig revolutionären Klasse, sondern die Produktion des Reichtums der Gesellschaft als Kapital. Da die Lohnform in der Epoche der Bourgeoisie "absolut" wird, werden alle Tätigkeiten zur Lohnarbeit, aber allein die Lohnarbeit des Proletariats produziert das gesellschaftliche Verhältnis dem entsprechend schließlich jede Tätigkeit den Gesetzen verfällt, "die den Preis der Lohnarbeit regeln." (Resultate, S. 46) Das macht die Arbeiterklasse zur einzigen revolutionären Klasse, nur das Proletariat kann, indem es das Kapitalverhältnis sprengt, die klassenlose Gesellschaft errichten, in der jede Lohnarbeit abgeschafft ist und der Leitsatz gilt: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen.

"Produktive Arbeit", d.h. Mehrwert produzierende Arbeit, aber "ist nur ein abkürzender Ausdruck für das ganze Verhältnis und Art und Weise, worin das Arbeitsvermögen und die Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozess figuriert." (Resultate, S. 69; vgl. Theorien über den Mehrwert I, MEW 26.1, S. 371) So ist es auch ganz klar, daß Marx überall dort, wo er die Lohnarbeit als Gegensatz des Kapitals und das Proletariat als Gegensatz der Kapitalistenklasse entwickelt, die Lohnarbeit als produktive Arbeit und den Proletarier als produktiven Arbeiter bestimmt. So schreibt Marx z.B. in den Grundrissen im "Kapitel vom Kapital": "Lohnarbeit, hier in dem strikten ökonomischen Sinn, worin wir sie allein gebrauchen - und wir werden sie später von anderen Formen der Arbeit für Tagelohn etc. zu unterscheiden haben -, ist kapitalsetzende, kapitalproduzierende Arbeit, d.h. lebendige Arbeit, die sowohl die gegenständlichen Bedingungen ihrer Verwirklichung als Tätigkeit, wie die objektiven Momente ihres Daseins als Arbeitsvermögens, als fremde Mächte sich selbst gegenüber produziert, als für sich seiende, von ihr unabhängige Werte." (S. 367) Oder in den Theorien über den Mehrwert, wo es Marx als eines der größten wissenschaftlichen Verdienste von Adam Smith bezeichnet, "daß er die produktive Arbeit als Arbeit bestimmt, die sich unmittelbar mit Kapital austauscht, das heißt durch Austausch, womit die Produktionsbedingungen der Arbeit und Wert überhaupt, Geld oder Ware, sich erst in Kapital verwandeln (und die Arbeit in Lohnarbeit im wissenschaftlichen Sinn)." (Theorien über den Mehrwert I, 26.1., S. 127) Im Manifest, bestimmt Marx entsprechend das Proletariat als "die Klasse moderner Arbeiter, die nur solange leben, als sie Arbeit finden und die nur solange Arbeit finden, als ihre Arbeit das Kapital vermehrt." (MEW 4, S. 468) Oder im Kapital: "Unter 'Proletarier' ist ökonomisch nichts anderes zu verstehen als der Lohnarbeiter, der Kapital produziert und verwertet und aufs Pflaster geworfen wird, sobald er für die Verwertungsbedürfnisse des 'Monsieur Kapital', wie Pecqueur diese Person nennt, überflüssig ist." (Kapital I, S. 642, Anm. 7o) Die wissenschaftliche Bestimmung der Lohnarbeit als kapitalsetzender, kapitalproduzierender Arbeit und des Proletariers als Produzenten von Kapital erlaubt es überhaupt erst die Lohnarbeit als Gegensatz des Kapitals zu entwickeln und das Proletariat als revolutionäre Klasse begrifflich zu erfassen.

Bei der Bestimmung der Klassen muß man von ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln ausgehen. Die Stellung des Proletariats zu den Produktionsmitteln ist nicht hinreichend bestimmt, wenn man feststellt, daß es keine Produktionsmittel besitzt. Entscheidend ist, daß ihm die Produktionsmittel im kapitalisischen Produktionsprozess als Kapital, d.h. als Aussauger von

Mehrarbeit direkt gegenübertreten und daß er sein Produkt als Kapital produziert, d. h. als Mittel zur Auspressung von neuer Mehrarbeit. "Endlich als Resultat des Produktions-und Verwertungsprozesses erscheint vor allem die Reproduktion und Neuproduktion des Verhältnisses von Kapital und Arbeit selbst, von Kapitalist und Arbeiter. Dies soziale Verhältnis, Produktionsverhältnis, erscheint in fact als ein noch wichtigeres Resultat des Prozesses als seine materiellen Resultate. Und zwar produziert innerhalb dieses Prozesses der Arbeiter sich selbst als Arbeitsvermögen und das ihm gegenüberstehende Kapital, wie andererseits der Kapitalist sich produziert als Kapital und das ihm gegenüberstehende lebendige Arbeitsvermögen. Jedes reproduziert sich selbst, indem es sein Andres, seine Negation reproduziert. Der Kapitalist produziert die Arbeit als fremde; die Arbeit produziert das Produkt als fremdes. Der Kapitalist produziert den Arbeiter und der Arbeiter den Kapitalisten etc." (Grundrisse, S. 362)

II

Der ökonomische Begriff des Proletariats als revolutionäre Klasse beruht auf seiner Stellung zu den Produktionsmitteln, die ihm als Kapital gegenübertreten. Der ökonomische Begriff des Proletariats darf nicht aufgegeben werden, wenn nicht das Ziel der klassenlosen Geselschaft selbst aufgegeben werden soll, das nur durch Einbeziehung aller Menschen in den unmittelbaren Produktionsprozess und den Genuß der freien Zeit der Gesellschaft durch alle Mitglieder der Gesellschaft erreicht werden kann. Weil das Proletariat die einzige Klasse ist, die sich völlig mit diesem Ziel identifizieren kann, kann auch nur seine Diktatur den Übergang zu diesem Ziel ermöglichen. Alle Arbeitsteilung innerhalb der kapialistischen Produktionsweise geht letzten Endes auf den Zwang d zur Steigerung der Mehrwertproduktion zurück, dem unmittelbar nur das Proletariat ausgesetzt ist; deshalb kann auch nur das Proletariat und seine Diktatur die Liquidierung aller Uberbleibsel der kapitalistischen Arbeitsteilung vorantreiben und damit die Möglichkeit der Restauration antagonistischer Klassenverhältnisse mit Stumpf und Stiel aus der Welt schaffen.

Aber der ökonomische Begriff des Proletariats als im kapitalistischen Produktionsprozeß direkt Mehrwert produzierende Klasse ist nicht zureichend, um zu zeigen wie in der Entfaltung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital, das Proletariat sich zur umwälzenden Kraft entwickelt und tatsächlich zum Totengräber der bürgerlichen Gesellschaft wird. Das Proletariat als revolutionäre Klasse ist nicht die Summe der produktiven Arbeiter sondern das in der großen Indistrie durch den kapitalistischen Produktionsprozess selbst zusammengeschweißte und organisierte Industrieproletariat , das in seinen Kämpfen nicht nur die Notwendigkeit des Sturzes der Kapitalistenklasse erkennt, sondern auch die Fähigkeit erwirbt, die Diktatur des Proletariats zu errichten und den Aufbau des Sozialismus in Angriff zu nehmen.

Als produktiver Arbeiter steht der Proletarier den Produktionsmitteln als Einzelner gegenüber, die ihm gegenüber als "beseeltes Ungeheuer" auftreten. Jemehr die Arbeit gesellschaftliche n Charakter annimmt, umsomehr türmen sich die Arbeitsbedingungen "als soziale Mächte gegenüber dem Arbeiter auf" (Resultate S. 81) und erscheinen als verdinglichte Gestalt der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit. Während so die Trennung der Arbeiter von den Produktionsmitteln in der großen Industrie ihren schärfsten Ausdruck findet, schafft sie gleichzeitig die Bedingung dafür, daß die produktiven Arbeiter ihre Vereinzelung durchbrechen, sich zusammenschließen und als Klasse begreifen; zuerst begreifen sie sich gemeinsam als Geprellte, dann als Ausgebeutete und endlich als revolutionäre Klasse, die die Produktionsmittel in die Hand nehmen muß, wenn sie sich sozial befreien will.

"Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen; aber die Aufrechterhaltung des Lohnes, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstandes - Koalition. So hat die Koalition stets einen doppelten Zweck, den, die Konkurrenz der Arbeiter unter sich aufzuheben, um dem Kapitalisten eine allgemeine Konkurrenz machen zu können. Wenn der erste Zweck des Widerstandes nur die Aufrechterhaltung der Löhne war, so formieren sich die anfangs isolierten Koalitionen in dem Maß, wie die Kapitalisten ihrerseits sich behufs der Repression vereinigen zu Gruppen, und gegenüber dem stets vereinigten Kapital wird die Aufrechterhaltung der Assoziationen notwendiger für sie als die des Lohnes. Das ist so wahr, daß die englischen Ökonomen ganz erstaunt sind zu sehen, wie die Arbeiter einen großen Teil ihres Lohnes zugunsten von Assoziationen opfern, die in den Augen der Ökonomen nur zugunsten des Lohnes errichtet wurden. In diesem Kampfe - ein veritabler Bürgerkrieg - vereinigen und entwickeln sich alle Elemente für eine kommende Schlacht. Einmal auf diesem Punkt angelangt, nimmt die Koalition einen politisch en Charakter an.

Die ökonomischen Verhältnisse haben zuerst die Masse der Bevölkerung in Arbeiter verwandelt. Die Herrschaft des Kapitals hat für diese Masse eine gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen geschaffen. So ist diese Masse bereits eine Klasse gegenüber dem Kapital, aber noch nicht für sich selbst. In dem Kampf, den wir nur in einigen Phasen gekennzeichnet haben, konstituiert sie sich als Klasse für sich selbst. Die Interessen, welche sie verteidigt, werden Klasseninteressen. Aber der Kampf von Klasse gegen Klasse ist ein politischer Kampf." (Das Elend der Philosophie, S. 190-191)

"Soll die unterdrückte Klasse sich befreien können, so muß eine Stufe erreicht sein, auf der die bereits erworbenen Produktivkräfte und die geltenden gesellschaftlichen Einrichtungen nicht mehr nebeneinander bestehen können. Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten konnten." (ebd. S. 192).

"Die Erkennung der Produkte als seine eigenen und die Beurteilung der Trennung von den Bedingungen seiner Verwirklichung als einer ungehörigen, zwangsweisen - ist ein enormes Bewußtsein, selbst das Produkt der auf Kapital ruhenden Produktionsweise, und so sehr das knell to its doom (+) wie mit dem Bewußtsein der Sklaven, das er nicht das Eigentum eines Dritten sein kann, seinem Bewußtsein als Person, die Sklaverei nur noch im künstlichen Dasein fortvegetiert und aufgehört hat, als Basis der Produktion fortdauern zu können." (Grundrisse 366-367)

(+) = Totenglocke ihres Untergangs.

Produktive Arbeiter und damit Proletarier im ökonomischen Sinn, sind auch die Arbeiter in den zahlreichen Klein- und Kleinstbetrieben, die teils fortexistieren oder auch neu entstehen und die zahlreichen im Dienstleistungssektor beschäftigen Arbeiter, wie Köche, Kellner etc. (3a),

Aber so richtig es ist, den Proletarier ökonomisch als produktiven Arbeiter zu bestimmen, so falsch ist es, das Proletariat als Totengräber der kapitalistischen Gesellschaft mit der Summe der produktiven Lohnarbeiter gleichzusetzen. Das Proletariat als revolutionäre, d.h. handelnde Klasse, das sind die Arbeiter der industriellen Großproduktion, und niemand kann im Ernst behaupten, daß das Proletariat als revolutionäre Klasse im Rückgang begriffen ist und daß die Thesen des Kommunistischen Manifests nur aufrecht erhalten werden könnten, wenn das Proletariat begrifflich mit den Verkäufern der Ware Arbeitskraft gleichgesetzt wird. (4)

Erst recht kann niemand behaupten, die Tatsache, daß die Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse der breiten Masse der übrigen Lohnabhängigen sich stetig dem Proletariat angleichen, widerlege die Thesen des Manifests (5).

III

Die Haupttendenz der "Epoche der Bourgeoisie" ist die Spaltung der Gesellschaft in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen. Diese Tendenz führt zur Vernichtung der alten Mittelklasse der selbständigen Warenproduzenten und Warenbesitzer und zur Konzentration der Produktionsmittel in der Hand der Bourgeoisie. Widerspricht dieser Haupttendenz das rapide Anwachsen einer neuen lohnabhängigen Mittelklasse? (6) Nein, dieses Anwachsen einer neuen lohnabhängigen Mittelklasse ohne eigene Produktionsmittel widerspricht dieser Haupttendenz nicht nur nicht, sondern ist deren abgeleiteter Ausdruck. Das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte der gesellschaftlichen Arbeit, die Konzentration der gesellschaftlichen Produktion und die Entstehung eines modernen Industrieproletariats als direktem Gegenpol der Kapitalistenklasse, ist gerade die Grundlage für die Herausbildung dieser neuen Mittelklasse.

Was immer der konkret nützliche Charakter der Arbeit der Angehörigen dieser neuen Mittelklasse sein mag, das Ausmaß dieser Tätigkeiten und die Zahl der Menschen, die von ihnen leben, ist nicht Ursache, sondern Folge der Entfaltung der Mehrwertproduktion im kapitalistischen Produktionsprozeß und des sich entfaltenden Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital. Deshalb stehen auch alle diese unproduktiven Lohnabhängigen, gleichgültig ob sie Tätigkeiten verrichten, die nur unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen notwendig sind oder ob sie Tätigkeiten verrichten, die in jeder Gesellschaft notwendig sind, ökonomisch in einem vom Proletariat wesentlich unterschiedenen Verhältnis. Innerhalb der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft drückt sich dies darin auch, dass das Ausmaß dieser Tätigkeiten und entsprechend die Anzahl der unproduktiv Lohnabhängigen in Abhängigkeit von Ausbeutungsgrad und Anzahl der Proletarier stehen.
Das braucht keineswegs zu bedeuten, daß es der breiten Masse der unproduktiv Lohnabhängigen materiell besser geht als dem durchschnittlichen Proletarier, das bedeutet aber, daß all diese Lohnabhängigen vom Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital nur indirekt betroffen sind und nicht unmittelbar auf einem Pol dieses Gegensatzes stehen, in dem die beiden Hauptklassen der bürgerlichen Gesellschaft direkt aufeinandertreffen.
Gegen die Zusammenfassung aller nicht direkt Mehrwert produzierenden Lohnabhängigen unter dem Begriff 'neue Mittelklasse' wird eingewandt

(3a) Das zeigt übrigens wie wenig uns die bürgerlichen Statistiken nützen, wenn wir eine marxistische Klassenanalyse durchführen wollen, denn selbstverständlich sind viele der im Dienstleistungssektor Beschäftigten produktive Arbeiter, d.h. nach ihrem ökonomischen Verhältnis zum Kapital Proletarier. Soweit diese Dienstleistungen industriell produziert werden, gehören die Lohnarbeiter genauso zum Industrieproletariat wie die Automobilarbeiter etc. Der Anteil der produktiven Arbeiter an der Gesamtzahl der Beschäftigten ist also wesentlich größer, als er in bürgerlichen Statistiken erscheint.

(4) Dies belegt richtig Kuczinski in seinem letzten Buch "Klassen und Klassenkämpfe im imperialistischen Deutschland und in der BRD", Frankfurt/M. 1972. Der erste Teil dieses Buches ist eine mehr oder weniger versteckte Polemik gegen die revisionistische Lohnarbeitertheorie. Diese Polemik beruht freilich nicht auf einer klaren theoretischen Widerlegung der bürgerlichen Linie in der Klassenanalyse. Jedenfalls weigert sich Kuczinski, die Erkenntnisse der marxistischen Klassentheorie einfach zu vergessen. Das ist in seiner Umgebung schon ein großes Verdienst.

(5) Zu dieser Absurdität gelangt Martin Nicolaus in 'Konkurrenz und Mehrwert. Zur Klassentheorie bei Marx", Berlin-W. 1971. Es ist ziemlich unsinnig die Thesen von Martin Nicolaus mit meinen in Verbindung zu bringen, nur weil wir uns beide teilweise auf dieselben Zitate von Marx beziehen. Dies ist einer der plumpen Tricks von Gerhard Armanski in seiner Widerlegung meiner Thesen.

(6) Diese Erscheinung ist besonders seit der Herausbildung des Monopolkapitalismus zu beobachten.

a) die Zusammensetzung dieser Lohnabhängigen sei so inhomogen, daß es sinnlos sei, sie als eine Klasse zu betrachten;

b) der Begriff des Proletariats als direkt Mehrwert produzierende Arbeiter sei selber falsch, aus dem Einzelkapital entwickelt, soziologisch-statisch; entsprechend falsch, aus dem Einzelkapital entwickelt und soziologisch-statisch sei der Begriff der neuen Mittelklasse;

c) der entscheidende Begriff der Klassenanalyse sei der Begriff der Lohnarbeiterklasse (7), und die entscheidende Aufgabe die Untersuchung von deren Abteilungen.

Diese Einwände sind oberflächlich und falsch:
zu a) Die Inhomogenität der neuen Mittelklasse ist nicht Ausdruck einer verschiedenen Stellung zu den Produktionsmitteln: sie haben keine Produktionsmittel, aber die Produktionsmittel treten ihnen im kapitalistischen Produktionsprozeß auch nicht direkt als "beseeltes Ungeheuer" als Kapital gegenüber. Ihre Inhomogenität entspringt also nicht ihrer ökonomischen Stellung zu den Produktionsmitteln; Vielmehr unterscheidet sie ihre gemeinsame Stellung zu den Produktionsmitteln sowohl von der Bourgeoisie, die die Produktionsmittel monopolisiert, als auch vom Proletariat, dessen lebendige Arbeit direkt der vergegenständlichten Arbeit, dem Kapital, unterworfen ist. Diese Inhomogenität hat vielmehr einerseits historische Gründe :die Gesetze, die den Preis der Lohnarbeit regeln, haben sich noch nicht überall voll durchgesetzt; das gleiche ökonomische Verhältnis, in dem die neue Mittelklasse steht, hat noch nicht überall gleiche Arbeitsbedingungen und Lebensverhältnisse hervorgebracht. Andererseits ist diese Inhomogenität einfach Ausdruck einer sozialen Schichtung innerhalb der neuen Mittelklasse. In Wirklichkeit ist die neue Mittelklasse freilich schon heute wesentlich homogener als die alte Mittelklasse, die so verschiedene Abteilungen umfaßt wie die selbständigen Bauern, die kleinen Handwerker, Ladenbesitzer, Rechtsanwälte, selbständige Ärzte, Scherenschleifer etc. Die Klassenzugehörigkeit bestimmt sich nicht nach dem konkret-nützlichen Charakter der Arbeit, sondern nach der ökonomischen Stellung in den Produktionsverhältnissen. Zudem ist in dem Begriff Mittelklasse die soziale Inhomogenität selbst schon reflektiert, die sich aus der klassenmäßigen Zwischenstellung zwischen den beiden Hauptklassen Bourgeoisie und Proletariat zwangsläufig ergibt. Diese Zwischenstellung besteht darin, daß die neue Mittelklasse aus dem vom Proletariat geschaffenen gesellschaftlichen Wertprodukt bezahlt wird, an dem sie entsprechend dem Wert ihrer Arbeitskraft teilnimmt. Sie verrichtet ihre Tätigkeit im Dienst der Kapitalistenklasse und ihres Staates, ist aber lohnabhängig. Die neue Mittelklasse wird, wenn wir das Gesamtkapital betrachten aus der Revenue bezahlt, ihre Arbeit tauscht sich gegen Geld als Geld und nicht gegen Geld als Kapital. Dies ist auf der Ebene der Verteilung nur der Ausdruck ihrer Stellung zu den Produktionsmitteln : sie haben keine, aber sie sind ihnen auch nicht dem kapitalistischen Produktionsprozess unterworfen. Ihr Lohn wird ihnen nicht als variables Kapital vorgeschossen, und ihre Arbeit setzt kein Kapital.

Die wichtigsten Abteilungen der neuen Mittelklasse sind die staatlichen Angestellten und Beamten, die Angestellten in der Verwaltung und der Zirkulation. Wie die kapitalistischen Produktionsverhältnisse das Proletariat als produktive Arbeiter hervorbringen, mit dem Zweck, das Kapital ständig zu vermehren, so bringen sie die neue Mittelklasse hervor, mit dem Ziel, die Unkosten der Produktion des Kapitals ständig zu senken. Auch wo diese Tätigkeiten als Lohnarbeit im Dienste spezieller Kapitalisten verrichtet werden, ändert dies nichts daran, daß ihr Lohn vom Gesamtkapital aus betrachtet nicht als variables Kapital vorgeschossen wird, sondern vom produzierten Mehrwert abgeht. Insofern ist vom ökonomischen Gesichtspunkt aus keine wesentliche Differenz zwischen den wichtigsten Abteilungen der neuen Mittelklasse, wohl aber zwischen ihnen und dem Proletariat. Verwirrung kann bloß dadurch entstehen, daß auf der Oberfläche der Lohn der in der Verwaltung und in der Zirkulation Beschäftigten als variables Kapital erscheint (8), und daß die gesellschaftliche Arbeits-

---

(7) Lohnarbeiterklasse als Gesamtheit aller Lohnabhängigen. Die angeführten Einwände stammen aus dem erwähnten Artikel von Gerhard Armanski, siehe NRF 3/72 und jetzt "Probleme des Klassenkampfes" Nr. 4. siehe auch Brief am Ende dieses Artikels.

(8) "Hat der industrielle Kapitalist, der sein eigener Kaufmann ist, nun außer dem Zusatzkapital, womit er neue Ware kauft, ehe sein in Zirkulation befindliches Produkt in Geld rückverwandelt ist, außerdem noch Kapital (Bürokosten und Lohn für kommerzielle Arbeiter) vorgeschossen für die Realisierung des Werts seines Warenkapitals, also für den Zirkulationsprozess, so bilden diese zwar zusätzliches Kapital, aber keinen Mehrwert. Sie müssen aus dem Wert der Waren ersetzt werden, denn ein Wertteil dieser Waren muß sich wieder umsetzen in diese Zirkulationskosten, aber hierdurch wird kein zusätzlicher Mehrwert gebildet. Mit Bezug auf das Gesamtkapital der Gesellschaft (Unterstreichung J.S.) kommt dies tatsächlich darauf hinaus, dass ein Teil desselben für sekundäre Funktionen erheischt ist, die nicht in den Verwertungsprozess eingehen, und daß dieser Teil des gesellschaftlichen Kapitals beständig für diese Zwecke reproduziert werden muß. Für den einzelnen Kapitalisten und für die ganze Kapitalistenklasse wird dadurch die Profitrate vermindert, ein Resultat, das aus jeder Hinzufügung von Zusatzkapital folgt, soweit dies erforderlich ist, um dieselbe Masse variablen Kapitals in Bewegung zu setzen." (Kapital III, S. 302; vgl. Grundrisse S. 310 ff und S. 526 ff). Was für den industriellen Kapitalisten und seine Ausgaben für Büroarbeiter und kommerzielle Arbeiter gilt, gilt vom Standpunkt des Gesamtkapitals der Gesellschaft selbstverständlich auch dann, wenn die betreffenden Arbeiter von einem speziellen Kapitalisten angewandt werden. Diese Lohn-

teilung zwischen unproduktiver und produktiver Arbeit zwar ständig fortschreitet, aber keineswegs abgeschlossen ist. Ein Teil der produktiven, Kapital-produzierenden Arbeit findet bekanntlich in der Zirkulationssphäre statt oder anders ausgedrückt : die unmittelbare Produktion reicht in die Zirkulationssphäre hinein (9), so Transport, Lagerung und Verpackung. Ein Teil der Lohnarbeiter in der Zirkulationssphäre ist so entweder ökonomisch direkt Proletarier, kapitalproduzierender Arbeiter, ein anderer Teil verrichtet produktive und unproduktive Arbeit, weil sich diese ökonomisch verschieden bestimmten Arbeiten noch nicht auf verschiedene Personen aufgespalten haben. Wie sehr freilich diese Arbeitsteilung fortschreitet, zeigt sich z.B. in den großen Kaufhäusern und Supermärkten, wo die Masse der Verkäufer und Verkäuferinnen zu reinen Transportarbeitern wird und damit dem ökonomischen Begriff nach zu Proletariern. Dieses Beispiel zeigt zweierlei : 1. daß die Übergänge zwischen Proletariat und neuer Mittelklasse fließend sind und 2. daß die ökonomische Differenz zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit und damit zwischen Proletariat und neuer Mittelklasse für die Alltagskämpfe gegen die einzelnen Kapitalisten oft irrelevant sind, weil diese von der ganzen Belegschaft einheitlich geführt werden können, um den Wert der Ware Arbeitskraft zu verteidigen. So können die Arbeiter und Angestellten den Lohnkampf gemeinsam führen und sich in einer Gewerkschaft organisieren und es brauchen sich die Angestellten eines Kaufhauskonzerns nicht schon deshalb zu spalten, weil ein Teil ausschließlich Transportarbeiten verrichtet und ein anderer ausschließlich hinter der Ladenkasse sitzt. Aber diese Möglichkeit des einheitlichen Lohnkampfes sollte uns nicht davon abhalten, scharf zwischen produktiver und unproduktiver Arbeit zu unterscheiden, weil diese Unterscheidung die Klassendifferenz zwischen Proletariat und neuer Mittelklasse ausmacht. Dabei geht es eben nicht darum, die verschiedenen Kategorien der Lohnarbeiter künstlich auseinander zu dividieren. Vielmehr verlieren wir, wenn wir diese Unterscheidung nicht treffen, sowohl das Wesen des Kapitalverhältnisses, die Auspressung von Mehrwert, aus den Augen, als auch die Aufgabe des Proletariats, die kapitalistische Arbeitsteilung mit Stumpf und Stiel zu beseitigen. Was das erste betrifft, so könnten alle unproduktiven Arbeiten restlos von Maschinen verrichtet werden, ohne daß sich dadurch am Wesen des Kapitalverhältnisses irgend etwas geändert hätte. Die vollständige Ersetzung der lebendigen Arbeit durch vergegenständlichte im kapitalistischen Produktionsprozess dagegen würde das Kapitalverhältnis selbst beseitigen. Das Kapital lebt von der Auspressung der lebendigen Arbeit im kapitalistischen Produktionsprozess und nur die Rebellion der lebendigen Arbeit gegen Produktionsverhältnisse, in denen die Produkte ihrer Arbeit zu immer neuen Mitteln der Auspressung von Mehrwert werden, kann die Produktivkräfte von der Fessel des Kapitalverhältnisses befreien.

Was das zweite betrifft, so ist es die Aufgabe des Proletariats, all die gesellschaftlich notwendigen Funktionen (Buchführung etc.), die das Kapitalverhältnis von den produktiven Arbeitern absondert, um diese ausschließlich als Mehrwertproduzenten zu verbrauchen, zuerst in die eigene Regie zu übernehmen, um nach und nach ihren gesonderten Charakter zu überwinden und sie in gesellschaftliche Tätigkeiten des freien Arbeitervolkes zu verwandeln; dieser Prozess ist identisch mit dem Prozess der unmittelbaren Vergesellschaftung der Produktion und dem Absterben des Staates während der Errichtung der klassenlosen Gesellschaftung. Es ist dies die wesentliche Aufgabe des Klassenkampfes unter der Diktatur des Proletariats.

zu b) Der ökonomische Begriff des Proletariats als Klasse der unmittelbar Mehrwertproduzierenden Arbeiter ist genausowenig statisch-soziologisch wie der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, aus dem er entspringt. Der Fortgang der bürgerlichen Gesellschaft unterwirft immer mehr Arbeiten direkt dem Kapitalverhältnis und führt zu ihrer industriellen Ausbeutung. Der ökonomische Begriff der neuen Mittelklasse reflektiert die Tatsache, daß die Herausbildung des Proletariats als Klasse der industriell ausgebeuteten Mehrwertproduzenten die Herausbildung einer Klasse unproduktiver Arbeiter bedingt, die es dem Kapital erlaubt, das Proletariat auf ständig wachsender Stufenleiter ausschließlich in der Mehrwertproduktion zu verbrauchen. Daraus erklärt sich, daß das Wachstum des Proletariats von einem ständig rascher werdenden Wachstum der neuen Mittelklasse begleitet ist. Die Vergesellschaftung der Produktion unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen vergrößert auch die Unkosten der Produktion, dem absoluten Wachstum der unmittelbaren Produzenten entspricht ein absolutes und relatives Wachstum der unproduktiven Arbeiter. Dies charakterisiert den Gang der bürgerlichen Gesellschaft.

Der ökonomische Begriff des Proletariats und davon unterschieden der ökonomische Begriff der neuen Mittelklasse entspringen nicht dem Standpunkt des individuellen Kapitals, sondern sind entwickelt aus dem Gegensatz des Gesamtkapitals der Gesellschaft und seiner Produzenten, sowie aus der Verabsolutierung der Lohnform in der bürgerlichen Gesellschaft, die jede abhängige Tätigkeit den Gesetzen unterwirft, die den Preis der Lohnarbeit regeln.

zu c) Die "Lohnarbeiterklasse" im Sinne von Armanski ist gar kein exakter ökonomischer Begriff, sondern die begriffslose Widerspiegelung der

---

abhängigen ökonomisch mit den Proletariern in einen Topf werfen, bedeutet, das variable Kapital als Unkosten zu betrachten und damit völlig dem Schein des "fruchtbringenden" Kapitals zu verfallen.

(9) "Das Bringen auf den Markt gehört in den Produktionsprozeß selbst. Das Produkt ist erst Ware, erst in Zirkulation, sobald es sich auf dem Markt befindet." Grundrisse, S. 529

Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft, in der die Lohnform absolut geworden ist und jede Arbeit entsprechend den Gesetzen bezahlt wird, die den Preis der Lohnarbeit regeln. Auf dieser Oberfläche erscheinen dann Pabst und Hure, König und Clown, Proletarier, Lehrer, Staatsanwälte, Bankangestellte, Manager und Soldaten etc. allesamt als Lohnarbeiter und keine nachträgliche "Differenzierung" und Untersuchung der einzelnen Abteilungen dieser "Lohnarbeiterklasse" wird in diesem Wirrwarr klären können, welche Klasse und warum die einzig wirklich revolutionäre Klasse ist. Das von diesem Ausgangpunkt jede Bündnispolitik des Proletariats ausgeschlossen ist, bildet nur die Kehrseite davon, das hier überhaupt jede revolutionäre Politik ausgeschlossen ist und bloß die Vereinheitlichung der verschiedenen "Abteilungen der Lohnarbeiterklasse" durch die "Verallgemeinerung und Politisierung der ökonomischen Kämpfe angestrebt" werden kann.

WARUM IST MIT DEN BREITEN MASSEN DER NEUEN MITTELKLASSE EIN BÜNDNIS MÖGLICH ?

Die neue Mittelklasse ist das Produkt der Entfaltung des Gegensatzes von Lohnarbeit und Kapital. Auf Grundlage der ungeheuren Entwicklung der Produktivkräfte und der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion entsteht sowohl die Notwendigkeit als auch die Möglichkeit, die Tätigkeiten außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses auszudehnen. Die Kapitalistenklasse läßt diese Tätigkeit als Lohnarbeit verrichten, d.h. sie kauft Arbeitskräfte für diese Tätigkeiten, die durch die Monopolisierung der Produktionsmittel in immer weniger Händen auf dem Arbeitsmarkt in Hülle und Fülle vorhanden sind. Mit der Ausdehnung des unprodukiven Bereichs der kapitalistischen Gesellschaft, seiner Rationalisierung und der damit verbundenen Entwertung der benötigten Arbeitskräfte nähern sich die Arbeits- und Lebensverhältnisse der breiten Masse diese Lohnabhängigen immer mehr dem Proletariat an (9a), ohne daß freilich ihr ökonomisches Verhältnis zum Kapital sich in das der Lohnarbeit im strikt ökonomischen Sinn verwandeln würde. Die breite Masse der neuen Mittelklasse lebt in proletarischen Umständen, ohne deshalb zu Proletariern zu werden. Deshalb ist mit diesen Schichten ein immer engeres Bündnis möglich, aber keine Klasseneinheit. Nach wie vor kann das Kapitalverhältnis nur ausgehend vom kapitalistischen Produktionsprozess und dem ausschließlich in ihm sich entfaltenden Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, als Ausbeutungsverhältnis durchschaut werden, das die ganze Gesellschaft durchdringt. Nur von hier aus können die kapitalistischen Produktionsverhältnisse gesprengt werden, statt an den Verteilungsverhältnissen herumzudoktern. Das Verhältnis des Proletariats zu den breiten Massen der neuen Mittelklasse ist deshalb ein Bündnisverhältnis in dem das Proletariat die Führung haben muß, und nicht das Verhältnis von führendem Kern zur eigenen Klasse. Bei fortschreitender Entfaltung der Produktivkräfte werden vor allem die Bündnismöglichkeiten zwischen dem Proletariat und den Lohnabhängigen in Handel und Verwaltung immer enger. Der ständige Versuch der Kapitalistenklasse, die Profitrate zu verteidigen, zwingt sie nicht nur zur Erhöhung der Mehrwertrate durch wachsende Ausbeutung des Proletariats sondern auch zur Reduktion der Unkosten der Produktion, die die Profitrate senken. Die Lohnabhängigen in diesen Bereichen werden zunehmend einem entsprechenden Rationalisierungs- und Leistungsdruck und einem ständigen Druck auf den Wert ihrer Arbeitskraft ausgesetzt. Bei den Staatsbediensteten verläuft dieser Prozeß langsamer aber entsprechend, denn selbstverständlich tendiert das Kapital auch dahin die Kosten seiner Gattungsgeschäfte zu verringern, was bei ständigem Ausbau des staatlichen Apparats nur durch zunehmenden Druck auf Arbeits- und Lebensbedingungen der Staatsangestellten möglich ist. (10)Hinzu kommt, daß die durch den staatsmonopolistischen Kapitalismus immer wieder mit Notwendigkeit hervorgetriebene Inflation alle Lohnabhängigen in gleicher Weise trifft. Auch die Auswirkungen des Krisenzyklus bleiben natürlich immer weniger auf das Proletariat beschränkt, obgleich hier nach wie vor bedeutende Unterschiede bestehen bleiben, die sich aus dem verschiedenen ökonomischen Verhältnis ergeben, in dem das Proletariat und die neue Mittelklasse zum Gesamtkapital der Gesellschaft stehen.

IDEOLOGISCHE STRÖMUNGEN IN DER NEUEN MITTELKLASSE

Obwohl sich die Bündnismöglichkeiten zwischen Proletariat und den breiten Massen der übrigen Lohnabhängigen sich objektiv verbessern, treibt das ökonomische Verhältnis, in dem die neue Mittelklasse steht, notwendig ständig Ideologien hervor, die den Klasseninteressen des Proletariats zutiefst widersprechen und die nur durch den Einfluß der Arbeiterklasse bekämpft und überwunden werden können. (11)Die Grundlage hierfür ist der Aus-

(9a) So schrieb z.B. Lenin vor der Oktoberrevolution: " Diesen staatlichen Apparat(der Großbanken) können wir übernehmen und mit einem Schlag, mit einem Befehl `in Gang setzen´, denn die tatsächliche Arbeit der Buchführung, der Kontrolle, der Registrierung aller Ein- und Ausgänge, führen nur Angestellte durch, deren Mehrheit in proletarischen oder halbproletarischen Verhältnissen lebt." Zit. nach: Der Marxist II, 2, 1932, S. 18.

(10) Dies trifft natürlich nur auf die breite Masse der Staatsangestellten zu, die tatsächlich entsprechend dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt werden. Bei einem anderen Teil der Staatsangestellten trifft dies nicht zu, vor allem bei den höheren Beamten, die zudem vielfach in ihrer ganzen Existenz völlig mit der Bourgeoisie verbunden sind und als privilegierte Handlanger integrierender Bestandteil der herrschenden Klasse sind.

(11) Auf Grund ihrer ganzen Stellung in der gesellschaftlichen Produktion und ihrem daraus folgenden Verhältnis zu den Produktionsmitteln kann

tausch von Ware gegen Geld, der die Ideologie von Lohnabhängigen außerhalb der unmittelbaren Produktionssphäre auch dann bestimmt, wenn ihre geleistete Arbeit in keinem Verhältnis zum Wert ihrer Arbeitskraft steht. Sie müssen sich als Verkäufer begreifen, weil sie sich nicht als Produzenten begreifen können und ihre Arbeit sich in keinem Produkt vergegenständlicht. Deshalb können sie zwar mit ihren Anstellern um den Preis ihrer Arbeit rechten, aber sie können die eigentliche Grundlage des Kapitalverhältnisses, die Produktion von Mehrwert, von ihrem Standpunkt aus nicht erkennen und das Kapitalverhältnis als abzustreifende Hülle der gesellschaftlichen Produktion nicht durchschauen. Deshalb hat die kleinbürgerliche Ideologie als Ideologie des Marktes auf dem Käufer und Verkäufer sich gleichberechtigt gegenüberstehen eine breite Basis in der neuen Mittelklasse und von daher ergibt sich auch eine gewisse Berechtigung die neue Mittelklasse mit dem Kleinbürgertum gleichzusetzen (z. B. Kuczynski). Aber diese traditionelle kleinbürgerliche Ideologie wird zunehmend ergänzt durch spezifische Ideologien der neuen Mittelklasse. Diese wird aus dem Wertprodukt des Proletariats und soweit sie direkt vom Kapital angestellt ist aus dem vom Proletariat produzierten und von der Kapitalistenklasse angeeigneten Mehrwert bezahlt. Die Entstehung des gesellschaftlichen Wertprodukts und speziell die Entstehung des Mehrwerts im kapitalistischen Produktionsprozeß ist für den Standpunkt der unproduktiven Lohnabhängigen verdeckt. Das Kapital selbst erscheint von diesem Standpunkt aus "fruchtbringend". Entsprechend erkennen diese Lohnabhängigen von sich aus das Kapitalverhältnis nicht als bloße Hülle der gesellschaftlichen Produktion, sondern begreifen es wie die Bourgeoisie als selbständigen Produktionsfaktor. Ihre Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft äußern sie deshalb nicht als radikale Kritik der Produktionsverhältnisse, sondern als Kritik der fehlenden Gleichberechtigung der verschiedenen Faktoren des gesellschaftlichen Lebens. Ihre Forderung ist deshalb die Mitbestimmung in allen gesellschaftlichen Bereichen, auf den Produktionsbereich übertragen die Forderung nach Gleichberechtigung von Lohnarbeit und Kapital. In das Proletariat wird diese Forderung hinein getragen durch die Arbeiterbürokraten und den gewerkschaftlichen Apparat.

Da die neue Mittelklasse außerhalb des kapitalistischen Produktionsprozesses steht bildet sich ihr Bewußtsein nicht entsprechend den Produktionsverhältnissen, sondern entsprechend den Distributionsverhältnissen. Vermögensbildung etc. scheint ihr das Allheilmittel gegenüber den gesellschaftlichen Widersprüchen, die sie erfährt. Auch diese Forderung wird durch die Arbeiterbürokraten und die Angestellten der Gewerkschaften in die Arbeiterklasse hineingetragen. Dabei können sie sich zunutze machen, daß auch das Proletariat auf Grund der Lohnform, durch die das Ausbeutungsverhältnis verdeckt wird, zunächst für solche Ideologien empfänglich ist. Der Unterschied ist aber der: vom Standpunkt des Proletariats aus können diese Ideologien des Mittelwegs durchschaut werden, vom Standpunkt der unproduktiv Lohnabhängigen nicht. Diese ganzen Ideologien und die ihnen entsprechenden Forderungen sind nicht einfach traditionell kleinbürgerlich, sondern Ausdruck der neuartigen Stellung der neuen Mittelklasse zwischen Bourgeoisie und Proletariat, Ausdruck der Stellung der neuen Mittelklasse zu den Produktionsmitteln. Sie sind von diesen getrennnt, aber nicht nur, insofern diese fremdes Eigentum sind, sondern auch insofern sie selbst vom unmittelbaren Produktionsprozeß getrennt sind. Da sie das Kapitalverhältnis nicht produzieren, können sie es auch nicht sprengen.

Das Bündnis des Proletariats mit den Lohnabhängigen der neuen Mittelklasse kann deshalb nie eine Versöhnung zwischen proletarischer Ideologie und den diversen ideologischen Strömungen in der neuen Mittelklasse sein. Die strikte ideologische Abgrenzung kann aber nur gelingen, wenn wir uns der wesentlichen Differenz des ökonomischen Ver-

→

die neue Mittelklasse nicht als selbständig handlungsfähige Klasse auftreten. Die neue Mittelklasse wird aus der Hand der Kapitalistenklasse für ihre Dienste bezahlt. Dies bindet sie an ihren Dienstherrn, die Kapitalistenklasse. Sie wird von diesem Dienstherrn entsprechend dem Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt. Dies rückt sie an die Seite des Proletariats. Daraus ergibt sich sowohl, daß die Angehörigen der neuen Mittelklasse immer wieder zu Propheten der Neutralität und des goldenen Mittelwegs werden, als auch, daß sie sich bei Entfaltung des Klassenkampfes zwischen Bourgeoisie und Proletariat entlang der Front zwischen diesen Klassen spalten und keine selbständige Front errichten können.

Es gilt für die neue Mittelklasse, was Lenin folgendermaßen formulierte:

" Es gibt eine Klasse zwischen Proletariat und Bourgeoisie, Leute, die hin- und herschwanken, wie es in allen Revolutionen immer war, und es ist absolut unmöglich, daß es in der kapitalistischen Gesellschaft, wo Proletariat und Bourgeoisie feindliche Lager darstellen, keine Mittelschichten geben sollte. Sie sind historisch notwendig, und leider werden diese schwankenden Elemente, die selbst nicht wissen, auf welcher Seite sie morgen kämpfen werden, ziemlich lange existieren." (Lenin auf dem I. Kongreß der Komintern, AW III S. 177).

Eine selbständige Ideologie und Politik wird die neue Mittelklasse nicht entwickeln. Das bedeutet aber nicht, daß auf dieser sozialen Basis keine ideologischen und politischen Gruppierungen entstehen würden, die mit spezifischen Ideologien und einer spezifischen Politik die Klassenfronten verwischen wollen. Generell handelt es sich dabei um Ideologien des Mittelwegs und um eine Politik der Abstumpfung der Klassengegensätze. In Westdeutschland sind solche Gruppierungen vor allem die Jungsozialisten und die DKP. Für das Proletariat können Teile der neuen Mittelklasse nur im scharfen ideologischen und politischen Kampf gegen diese Gruppierungen gewonnen werden.

hältnisses von Lohnarbeit und Kapital und des ökonomischen Verhältnisses von Arbeit und Geld bewußt sind, das auch außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses nach und nach entsprechend den Gesetzen geregelt wird, die den Preis der Lohnarbeit regeln.

Im Kampf für die Verteidigung des Werts der Arbeitskraft gibt es nichts prinzipiell Trennendes zwischen Proletariat und den breiten Massen der neuen Mittelklasse, im Kampf gegen das Kapitalverhältnis ist ein Bündnis nur möglich, wenn das Proletariat die übrigen Lohnabhängigen für seinen Standpunkt gewinnt. Die Agitation und Propaganda der Kommunisten gegenüber den Lohnabhängigen der neuen Mittelklasse kann also auch nicht die gleiche sein wie die im Proletariat selber. Das Proletariat muß sich als Klasse bewußt werden, die den gesellschaftlichen Reichtum als fremdes Eigentum, als Kapital, produziert. Dieses Bewußtsein als Bewußtsein der eigenen Stellung in den Produktionsverhältnissen ist den übrigen Lohnabhängigen verschlossen. Sie können im Kampf gegen die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zum Proletariat übergehen, ihn selbständig führen können sie nicht.

In unserer Agitation und Propaganda können wir nur die einzelnen Abteilungen und Schichten der neuen Mittelklasse ansprechen, aber nicht die neue Mittelklasse als solche; diese ist eine begriffliche Abstraktion genauso, wie die alte Mittelklasse als Klasse der kleinen Warenproduzenten und Warenhändler. In unserer Agitation und Propaganda müssen wir diese verschiedenen Abteilungen der neuen Mittelklasse konkret ansprechen, je nachdem ob sie Bedienstete des Kapitals sind (Bankangestellte, kommerzielle Lohnarbeiter, Büroangestellte etc.) oder Bedienstete des Staates, je nachdem, was der konkret nützliche Charakter ihrer Arbeit ist, welcher sozialen Schicht innerhalb der neuen Mittelklasse sie angehören und in welcher Beziehung sie zum Proletariat und zur Bourgeoisie stehen. Aber weil die neue Mittelklasse eine begriffliche Abstraktion von allen diesen konkreten Bedingungen ist, heißt das noch lange nicht, daß sie eine leere Abstraktion ist. Sie drückt das besondere ökonomische Verhältnis aus, in dem diese Lohnabhängigen zu den Produktionsmitteln stehen und ohne die Einsicht in dieses ökonomische Verhältnis bleibt jede konkrete Untersuchung einzelner Abteilungen dieser Klasse völlig unnütz.

→

Informationen zur Zeit.
Texte zur politischen Theorie und Praxis.
Im Fischer Taschenbuch Verlag.

Am Beispiel Angela Davis Der Kongreß in Frankfurt
Reden, Referate, Diskussionsprotokolle
Hg.: Angela Davis Solidaritätskomitee
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit«
(1350/DM 4,80)

Georg Krämer
Mord & Terror
Britischer Imperialismus Nordirland
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit«
(1300/DM 5,80)

Heinz Rudolf Sonntag
Revolution in Chile
Der schwierige Weg zum Sozialismus
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit«
(1266/DM 3,80)

Walter Hollstein
Kein Frieden um Israel
Zur Sozialgeschichte des Palästina-Konflikts
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit«
(1226/DM 4,80)

Otto Jacobi/ Walther Müller-Jentsch/ Eberhard Schmidt (Hg.)
Gewerkschaften und Klassenkampf
Kritisches Jahrbuch 1972
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit«
(1312/DM 4,80)

Peter Kühne
Arbeiterklasse und Literatur
Dortmunder Gruppe 61
Werkkreis Literatur der Arbeitswelt
Originalausgabe
»Texte zur politischen Theorie und Praxis« (6506/DM 4,80)

Thomas Blanke
Funktionswandel des Streiks im Spätkapitalismus
Am Beispiel des Lehrlingsstreikrechts
Originalausgabe
»Texte zur politischen Theorie und Praxis« (6509/DM 4,80)

Frigga Haug
Kritik der Rollentheorie und ihrer Anwendung in der bürgerlichen deutschen Soziologie
Originalausgabe
»Texte zur politischen Theorie und Praxis« (6508/DM 3,80)

Wilfried Gottschalch
Bedingungen und Chancen politischer Sozialisation
Originalausgabe
»Informationen zur Zeit«
(1311/DM 2,80)

Wolfgang Fritz Haug
Warenästhetik. Sexualität und Herrschaft
Originalausgabe
»Bücher des Wissens«
(6155/DM 3,80)

INFORMATIONEN ZUR ZEIT
Die Reihe »**Informationen zur Zeit**« (Gesamtauflage aller Titel über 1,5 Millionen Ex.) nimmt Stellung zu aktuellen Themenkreisen aus Politik und Gesellschaft und informiert durch Berichte, Dokumente und Kommentare.

Texte zur politischen Theorie und Praxis
Die Reihe »**Texte zur politischen Theorie und Praxis**« sammelt Beiträge zur Bildung politischer Theorie und Reflexion politischer Praxis. Die Reihe bringt Analysen aus der Soziologie, Politologie, Psychologie, Erziehungswissenschaft, Rechtswissenschaft und Ökonomie.

WARUM WIRD DIE PROLETARISCHE REVOLUTION AUCH IN DEN IMPERIALISTISCHEN LÄNDERN EINE VOLKSREVOLUTION SEIN UND WARUM GEHÖREN DIE BREITEN MASSEN DER NEUEN MITTELKLASSE ZUM VOLK?

Das Proletariat als einzig wirklich revolutionäre Klasse vertritt die Interessen aller ausgebeuteten und unterdrückten Klassen, wenn es gegen das Kapitalverhältnis kämpft. Es versucht auch alle ausgebeuteten und unterdrückten Klassen in diesem Kampf auf seine Seite zu ziehen. In jeder erfolgreichen Revolution ist dies dem Proletariat auch in großem Umfang gelungen und wo ihm dies nicht gelungen ist, konnte es auch nicht erfolgreich zur Revolution vorwärtsschreiten. Daran hat sich auch heute nichts geändert.

In der Volksrevolution erheben sich alle ausgebeuteten und unterdrückten Klassen unter Führung des Proletariats gegen die herrschende Klasse. Das Volk, das sind die ausgebeuteten und unterdrückten Klassen, die sich gegen die herrschende Klasse (Klassen) zusammenschließen. In diesem Sinn haben Marx und Engels und alle Marxisten-Leninisten diesen Begriff immer gebraucht. Im Gegensatz zu den Klassen, die durch ihre gemeinsame Stellung in der gesellschaftlichen Produktion bestimmt sind, ist das Volk ökonomisch verschieden zusammengesetzt. Deshalb von "Volkskonglomerat" (Armanski) zu sprechen, zeugt bloß von fehlendem politischen Verstand. Natürlich ist das Volk inhomogen zusammengesetzt, es hat aber seine Gemeinsamkeit darin, daß alle Klassen aus denen es sich zusammensetzt in dem jeweils gegebenen Hauptwiderspruch jeder historischen Epoche objektiv der herrschenden Klasse gegenüberstehen. Natürlich rekrutiert auch die herrschende Klasse ihren Anhang und ihre Söldner im Volk. Diese Kräfte stellen sich dann auf die Seite der herrschenden Klasse; das ändert nichts an der Aufgabe der führenden revolutionären Klasse alle Kräfte des Volkes auf seine Seite zu ziehen und die herrschende Klasse maximal zu isolieren. In der Epoche der Bourgeoisie kann und muß das Proletariat als einzig wirklich revolutionäre Klasse versuchen, die breiten Massen sowohl der alten Mittelklasse als auch der vor allem im Zeitalter des Imperialismus ständig wachsenden neuen Mittelklasse auf seine Seite zu ziehen oder wenigstens zu neutralisieren.
Die oberen Schichten der alten und der neuen Mittelklasse wachsen ökonomisch (12) und vor allem sozial in die Bourgeoisie hinein und sind deren zuverlässigste Helfershelfer im Kampf gegen die Arbeiterklasse und das Volk. Mit ihrer Hilfe versucht die Bourgeoisie große Teile des Volkes auf ihre Seite zu ziehen, wie sie mit Hilfe der Arbeiteraristokratie, der Arbeiterbürokraten und der Gewerkschaftsangestellten das Proletariat zu spalten versucht. Es ist die Hauptaufgabe in der Vorbereitung der proletarischen Revolution die Spaltung des Proletariats zu überwinden und auf der Einheit der Arbeiterklasse aufbauend, die Masse des Volkes hinter der Arbeiterklasse zu sammeln. Diese Aufgabe des Klassenkampfes kann das Proletariat nur lösen, wenn es seine eigene historische Rolle bewußt übernimmt und nicht in einer "Lohnarbeiterklasse" untertaucht, von deren "Standpunkt" aus die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats als Übergang zur klassenlosen Gesellschaft nicht einmal gedacht, geschweige denn erkämpft werden kann.

Joscha Schmierer

(12) Die oberen Schichten der alten Mittelklasse beschäftigen selber Lohnarbeiter, und den oberen Schichten der neuen Mittelklasse wird in Wirklichkeit nicht der Wert ihrer Arbeitskraft bezahlt, vielmehr gehen in den Preis ihrer Arbeit zusätzliche Gratifikationen ein, wenn sie nicht überhaupt verscheierte Kapitaleigentümer sind.

RECHTSHILFEFONDS
BfG
20 73 60 09

OFFENER BRIEF AN DIE REDAKTION DES NEUEN ROTEN FORUM

Berlin, 10.10.1972

An die Redaktion des
"Neuen Roten Forum"

69 Heidelberg
Bahnhofstr. 17

Genossen,

in dem Artikel "Kampf dem Zirkelwesen in NRF 2/72 habt Ihr geschrieben: "Eine Polemik zwischen Genossen lehnen wir in unserer Zeitschrift nicht nur nicht ab, sondern wir sind im Gegenteil bereit, ihr sehr viel Platz einzuräumen, um aus unserer Zeitschrift ein Organ der Diskussion aller Fragen zu machen, an der alle westdeutschen und westberliner Kommunisten mit Anschauungen verschiedenster Schattierungen teilnehmen... Der Beitrag unserer Zeitschrift (Zum Parteiaufbau, der V.) wird darin bestehen, daß wir sie zur Tribüne der Auseinandersetzungen in der kommunistischen Bewegung machen..." (S. 17).

Soweit Eure - begrüßenswerte - Absicht. Die Praxis sieht dann freilich anders aus. In NRF 3/72 nehmt Ihr Euch ein internes Diskussionspapier des Klassenanalyseprojekts, in dem Genossen des ehemaligen Kommunistischen Bundes ML mit Genossen aus den Marxistisch-Leninistischen Hochschulgruppen zusammenarbeiten, als "negatives Beispiel" her, das zeige, "wohin der bürgerliche Weg in der Klassenanalyse führt: unter dem Deckmantel des Geschreis von fehlender Konkretion wird die Voraussetzung jeder konkreten Klassenanalyse, die marxistisch-leninistische Methode der Klassenanalyse, aufgegeben und durch revisionistisches Herumfuhrwerken mit marxistischen Begriffen ersetzt" (S. 30). Ihr habt es weder für notwendig gehalten, mit uns über die geplante Veröffentlichung zu sprechen, noch - und das halten wir für gravierender - den politischen Arbeitszusammenhang, in dem das Papier entstanden ist, auch nur zu erwähnen. Sieht so also die Diskussion aus, die Ihr anstrebt? Als "Bürger", "Revisionisten", und "Kleinbürger" und was derlei Schmähworte aus der Studentenbewegung mehr sind "angepinkelt" zu werden, macht uns weiter nichts aus. Schwerwiegender ist schon, daß es Euch an verschiedenen Punkten Eurer Polemik zu leicht macht und in grobe Fehlschlüsse verfallt. Einige dieser Punkte wollen wir kurz anreißen. Ausführlicher werden sie behandelt

- in unserer eben veröffentlichten Broschüre "Zur Klassenanalyse der Studenten"(1),
- in dem Artikel "Zur Kritik der Neuen Mittelklassentheorie" in den "Problemen des Klassenkampfes" 4/72 und
- in der vermutlich gegen Ende des Jahres erscheinenden "Erklärung" der Restgruppe des ehemaligen KB/ML.

Zur Stützung Eures Versuchs, unsere Analyse als "revisionistisch" zu verwerfen, behauptet Ihr, wir sähen die Lohnarbeiter als unterschiedslose Masse an und setzten die Lohnform absolut. Auch für uns stellt das Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital im Produktionsprozeß des Mehrwerts den Ausgangspunkt der Analyse dar und wir begreifen den produktiven Arbeiter als Kern der Lohnarbeiterklasse. Den Stellenwert der Kategorie produktive Arbeit sehen wir aber nicht in ihrer unmittelbaren Gleichsetzung mit dem Begriff der Arbeiterklasse, als revolutionärem Subjekt, sondern darin, daß sie die disparate Stellung der jeweiligen Lohnarbeit im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß (Nähe zur Kapitalbewegung, Vergesellschaftung der Arbeit, usw.) anzugeben erlaubt. Produktive, indirekt produktive und unproduktive Lohnarbeit sind in verschiedenem Ausmaß und in verschiedenen Formen der Ausbeutung durch das individuelle produktive oder Zirkulationskapital bzw. der Abpressung von Mehrarbeit durch den Staat ausgesetzt. Zwischen und innerhalb der verschiedenen Teile der Lohnarbeiterklasse bestehen durchaus reale Unterschiede, die Ihr zum Schein der Neuen Mittelklasse verdichtet. Aber es ist zum Beispiel überhaupt nicht einzusehen, warum Zirkulationskapitalisten zur Kapitalistenklasse, die Zirkulationslohnarbeiter zur Neuen Mittelklasse zählen sollen. Die verschiedenen Formen der Lohnarbeit erscheinen an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft als Lohnarbeiterklasse. Zu ihr zählen allerdings nicht jene Leitungsagenten, in deren "Lohn" Revenueanteile überwiegen und/oder die ökonomische und politische Despotie des Kapitals vermitteln. Diese zugleich differenzierte und einheitliche Lohnarbeiterklasse ist Gegenstand der wissenschaftlichen und politischen Untersuchungsarbeit und der Taktik der Kommunisten. Erst im Prozeß des realen Klassenkampfes schließlich werden sich über alle begrifflichen Bestimmungen hinaus Teile der Lohnarbeiterklasse zur Klasse für sich, zur Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt, konstituieren. Ihr habt nicht nur eine verengte begriffliche Fassung der Arbeiterklasse (als produktive Handarbeiter) und dementsprechend völlig begriffslos das Konglomerat NMK konstruiert, sondern setzt Eure falschen Begriffe auch noch unmittelbar mit der gesellschaftlichen Wirklichkeit gleich, was notwendig zu vulgären politizistischen Bestimmungen führt.

Es ist Euch zuzustimmen, wenn Ihr schreibt: "Nicht die 'Politisierung' der Lohnkämpfe, sondern die allseitige Entfaltung des Klassenkampf es ist die Aufgabe der Kommunisten" (S. 31), insofern ist unser von Euch zitierter Entwurf mangelhaft. Das ändert aber nichts da-

ran, daß die Verallgemeinerung und vorantreibende Politisierung der Lohnkämpfe die Basis der Vereinheitlichung der Arbeiterklasse sind. Es ist idealistisch und schlecht leninistisch, wenn Ihr die Vereinheitlichung der Arbeiterklasse bzw. ihr Bündnis mit den NMK "nur im ideologischen Kampf durch die Partei der Arbeiterklasse" (ebenda) hergestellt sehen wollt. Damit abstrahiert Ihr von der materiell ökonomischen Basis der Klassenbeziehungen, stellt Ihr den ideologischen und politischen Kampf äußerlich gegenüber, statt beide aus der Gesamtheit des ökonomischen, politischen und ideologischen Reproduktionsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer dialektischen Wechselbeziehung und daran anknüpfend die Taktik der Kommunisten zu entwickeln. Ihr habt zunächst auch darin recht, daß die Klassenanalyse keine Angelegenheit der Arbeit am Schreibtisch ist. Wie wichtig aber die theoretische Arbeit als Teil der Klassenanalyse ist, beweist nicht zuletzt Ihr selbst schlagend, wenn Ihr umstandslos (falsche) Begriffe mit der wirklichen Bewegung gleichsetzt. Mit dem Genossen Till Damm allerdings zu behaupten, die angeblichen theoretischen Fehler des KB/ML hätten ihn vom korrekten Pfad der "umfassenden Tätigkeit kommunistischer Organisationen" abweichen lassen und letztlich zur Kapitulation der "Liquidatoren des KB/ML" (S. 30), geführt, ist allerdings grotesk. Die Fehler des KB/ML wie die anderer Zirkel sind Produkt seiner historischen Entstehungsbedingungen als von der Arbeiterbewegung weitgehend abgehobener kommunistischer Intellektuellenzirkel. Dementsprechend ist auch seine Auflösung nicht Ergebnis einer falschen Theorie, sondern der Erkenntnis der politischen Unbrauchbarkeit dieses kommunistischen Intellektuellen zirkels für die Entwicklung der Klassenkämpfe (Bedeutungslosigkeit für die ökonomischen und politischen Kämpfe der Arbeiter, geringe Kenntnis der realen Kapital- und Klassenbewegung usw.) in ihrem gegenwärtigen Stadium (2). Und Genossen, wenn daran auch manches KB- bzw. berlinspezifisch ist, so seid Ihr wie auch andere westdeutsche kommunistische Zirkel im wesentlichen von den gleichen Bedingungen und Problemen betroffen. Sich des fragwürdigen Elaborats des Genossen Till Damm, das von keinerlei Kenntnis der realen Klassenkämpfe und der Probleme des damaligen KB/ML getrübt ist, zu bedienen, um über die Sache nicht weiter nachdenken zu müssen, ist nur eine schlechte Flucht nach vorn.

Wir hoffen, daß Ihr Eure Eingangs zitierte Absicht, Eure Zeitschrift zum Forum der Diskussion zu machen, realisiert, indem Ihr unseren Brief abdruckt.

Solidarische Grüße
Die Genossen des Klassenanalyseprojekts

---

(1) Zu beziehen über Postadresse der "Probleme des Klassenkampfes"
(2) vgl. Sondernummer des "Kommunist" 3/72

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

WAHRHEIT

Kommunistische Arbeiter-Korrespondenz

Lest das Organ des KBB!

Die "Wahrheit" ist eine vom Kommunistischen Bund Bremen (KBB) herausgegebene politische Zeitung, die sich die Aufgabe gestellt hat, regelmäßig auf alle Fragen des Kampfes der Arbeiterklasse und auf die Kämpfe aller anderen werktätigen Klassen einzugehen und sie vom Standpunkt des wissenschaftlichen Sozialismus zu beleuchten. Sie führt den Kampf gegen die lokale Borniertheit der Zirkel, indem sie versucht, vom Standpunkt der gesamten kommunistischen und Arbeiterbewegung auszugehen, die Auseinandersetzung um die entscheidenden strategischen und taktischen Fragen der westdeutschen Revolution voranzutreiben und die praktischen Schritte zum Wiederaufbau der KPD zu propagieren. Die "Wahrheit" erscheint monatlich und kostet im Jahresabonnement DM 8,– inkl. Porto.

Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 3 April 1972
- Maiaufruf des KBB
- Die "neue" Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung
- Der Kampf der werktätigen Frauen

Nr. 4 Mai 1972
- Parteiengerangel in Bonn
- Berichte zum 1. Mai
- Das vietnamesische Volk wird siegen!

Nr. 5/6 Juni/Juli 1972
- Vorwärts zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei!
- Nixon in Moskau
- Zur Frage eines gewerkschaftlichen Aktionsprogramms

Nr. 7/8 Aug./Sept. 1972
- Neuwahlen
- Zum KPD-Verbot
- Bericht über die 3. Halbjahreskonferenz des KBB

Nr. 9 Oktober 1972
- Tarifkampf vorbereiten!
- Wahldemagogie um den Bundeshaushalt
- Zum KBB - Verbotsantrag der Bremer CDU

Nr. 10 November 1972
- Keine Stimme den bürgerlichen Parteien!
- Gesundheitspolitik in China
- Ausrichtung der Organisation auf die politischen Aufgaben der Kommunisten

Dazu in jeder Nummer weitere Artikel und Betriebsberichte.

Bestellungen sind zu richten an:

Michael Tilgner, 28 Bremen 15, Postfach 150106.
Zahlungen im voraus auf das Postscheckkonto Nr. 34 62 64, Postscheckamt Hamburg.

Zur Theorie der neuen Mittelklasse

Vorbemerkung

Der hier folgende Artikel von A. P. ist ein um den Anfang gekürztes Manuskript, das in der 2. Nummer der inzwischen eingestellten Zeitschrift October erscheinen sollte.
A. P. ist ein Genosse aus Frankfurt, der zur Octobergruppe gehörte. Mit seiner Zustimmung drukken wir den Artikel hier ab. Soweit die Kritik an meinem Artikel im NRF 4/71 richtig ist (teilweise Verwirrung beim Begriff des "variablen Kapitals", ungenügende Herausarbeitung der Differenz zwischen den traditionell unproduktiven Arbeitern und den heutigen unproduktiven Arbeitern) habe ich sie in dem oben abgedruckten Artikel berücksichtigt und versucht, diese Fehler zu korrigieren. Soweit diese Kritik fehlerhaft ist, will ich sie, wenn dies nicht schon oben implizit geschehen ist, hier kurz zu widerlegen versuchen.

1. Es ist falsch, die unproduktiven Arbeiter ökonomisch der Bourgeoisie zuzurechnen. Der Kapitalist ist Personifikation des Kapitals, d. h. seinem Begriff nach Nicht-Arbeiter, und Aneigner des Mehrwerts fremder Arbeit. Diesen Mehrwert kann er sich aneignen, weil ihm die Produktionsmittel gehören.

Gerade deshalb kann der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß verschwinden und alle seine Funktionen bezahlten Lohnarbeitern überlassen. (1) Diese Lohnarbeiter werden aber ökonomisch nicht dadurch zu Kapitalisten, daß sie alle realen Funktionen übernehmen, die dem fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen, genau so wenig wie der Kapitalist überhaupt verschwindet, wenn er aus dem Produktionsprozeß verschwindet. Dies gilt auch für Funktionäre des Kapitals außerhalb des unmittelbaren Produktionsprozesses, die Funktionen des Kapitals als Lohnarbeit verrichten.
All diese Funktionäre des Kapitals werden am geschaffenen Wertprodukt bzw. am Mehrwert nicht wie die Angehörigen der Kapitalistenklasse entsprechend der Größe ihres Kapitals, sondern entsprechend dem Wert ihrer Arbeitskraft beteiligt. Dies unterscheidet sie allerdings wesentlich von den Kapitalisten. Ökonomisch gehören diese Funktionäre des Kapitals keineswegs zur Kapitalistenklasse. Andererseits gehören die Funktionäre des Kapitals selbstverständlich auch nicht zum Proletariat, denn das Proletariat und nur das Proletariat produziert das Kapitalverhältnis, als dessen Funktionäre die betreffenden unproduktiven Lohnarbeiter fungieren.
Entsprechendes gilt für die Staatsbediensteten, falls sie lediglich gemäß dem Wert ihrer Arbeitskraft am geschaffenen gesellschaftlichen Wertprodukt beteiligt sind.

Die unproduktiven Lohnabhängigen einfach der Kapitalistenklasse zuzuschlagen heißt den gleichen Fehler machen wie die Revisionisten, bloß umgekehrt. Während die Revisionisten den ökonomischen Begriff des Proletariats zerstören, zerstört A. P. den ökonomischen Begriff der Kapitalistenklasse. Entsprechend setzt er auch den Klassenkampf des Proletariats in der Übergangsperiode zum Sozialismus gegen die Überbleibsel der kapitalistischen Arbeitsteilung mit dem Klassenkampf gegen die Kapitalistenklasse als Eigentümer der Produktionsmittel gleich. Dabei übersieht er völlig, daß z. B. die russische Arbeiterklasse sogar teilweise die enteigneten Kapitalisten und nicht nur ihre Funktionäre zwang, ihre im Produktionsprozeß notwendigen Funktionen weiterauszuüben nicht mehr im Namen des Kapitals, sondern in Namen und im Auftrag des Proletariats, das mit dem Aufbau des Sozialismus begonnen hatte.
Wenn der Genosse A. P. die heutige SU in Verkennung des Sinns eines Zitates aus dem III. Bd. des Kapitals als kapitalistische Gesellschaft ohne Kapitalisten zu beschreiben versucht, dann ist das nicht richtig. Die neuen Bourgeois in der SU sind nicht einfach lohnabhängige Funktionäre des Kapitals und sie erhalten ihren "Lohn" auch nicht entsprechend dem Wert ihrer Arbeitskraft, sondern entsprechend ihrem Einfluß im Apparat des reellen Gesamtkapitalisten, in den sie den sozialistischen Staat verwandelt haben. Daß aus Funktionären des sozialistischen Produktionsprozesses und des sozialistischen Staates eine neue Bourgeoisie entstehen konnte, hebt ja nicht den Unterschied zwischen den einfachen Angestellten und der neuen Bourgeoisie auf.

Um es noch einmal zu sagen: daß alle unproduktiven Arbeiter aus dem vom Proletariat geschaffenen Wertprodukt, bzw. Mehrwert bezahlt werden, macht diese unproduktiven Arbeiter ökonomisch nicht zu Angehörigen der Bourgeoisie, solange sie an diesem Wertprodukt lediglich durch Verkauf ihrer Arbeitskraft und entsprechend dem Wert dieser Arbeitskraft beteiligt sind.

2. A. P. erhebt den Vorwurf des Ökonomismus, weil in dem Artikel in NRF 4/71 gesagt wird, ein Teil der neuen Mittelklasse könne seinen Lohnkampf eng mit dem Proletariat verbinden, zumal sie oft demselben Kapitalisten gegenübertreten.

---

(1) vgl. Kapital III, S. 396 ff

Dann heißt es dort, daß das Proletaritat in diesen Abteilungen und Schichten die engsten Verbündeten "im Kampf gegen das Kapital" finden wird. Nichts anderes hat Ernst Thä lmann festgestellt, wenn er sagte, "daß diese Millionen unteren Angestellten, die dem Proletariat am nächsten stehende Schicht darstellen, also eine Schicht, die neben der Dorfarmut den wichtigsten Verbündeten für das Proletariat, ja, zum Teil sogar schon beinahe mehr als einen Verbündeten darstellt." (Der revolutionäre Ausweg ..., 1932, S. 34)

Natürlich wäre es falsch, aus der Möglichkeit des einheitlichen Kampfes zur Verteidigung des Werts der Arbeitskraft auf die Möglichkeit des einheitlichen Kampfes gegen die Bourgeoisie und das Kapitalverhältnis zu schließen. Aber in dem Maße, wie die breiten Massen der neuen Mittelklasse erfahren, daß die Bourgeoisie ihnen keineswegs ein sicheres Dasein bieten kann, daß sich ihre Lebensverhältnisse immer mehr denen des Proletariats angleichen, daß die Bourgeoisie nur Entwürdigungen, Demütigungen für sie übrig hat, in dem Maße richtet sich ihre Empörung gegen die Bourgeoisie und die kapitalistische Gesellschaft und kann das Proletariat sie für seinen revolutionären Kampf gewinnen. Dadurch werden die Widersprüche zwischen ihnen und dem Proletariat nicht beseitigt aber sie treten im Kampf gegen die Herrschaft der Bourgeoisie zurück. Voraussetzung für dieses Bündnis ist die revolutionäre Einheit des Proletariats. Diese Einheit kann zwar aus dem ökonomischen Kampf nicht naturwüchsig entstehen, aber selbstverständlich kann nur eine Arbeiterklasse, die die Gegensätzlichkeit ihrer ökonomischen Interessen zur Bourgeoisie erfahren hat, die Notwendigkeit des Sturzes der Bourgeoisherrschaft und der Aufhebung des Kapitalverhältnisses erkennen. A. P. tut so, als ob die ökonomischen Kämpfe des Proletariats rein gar nichts mit der Entstehung von Klassenbewußtsein zu tun hätten. Das bedeutet im Kampf gegen den Ökonomismus das Kind mit dem Bade ausschütten.

3. A. P. polemisiert gegen das Konzept der Volksrevolution und gegen die Einschätzung der breiten Masse der Lohnabhängigen der neuen Mittelklasse als Teile des Volkes. Das muß er auch tun, wenn er alle unproduktiven Arbeiter der Bourgeoisie zuschlägt. Unter der Hand behauptet er damit freilich, der Gang der bürgerlichen Gesellschaft sei durch eine ständige absolute und relative Vergrößerung der Bourgeoisie gekennzeichnet und verwirft mit dem Begriff der Volksrevolution die Möglichkeit der proletarischen Revolution überhaupt. Wie wir gesehen haben, widerspricht das Anwachsen der lohnabhängigen Mittelklasse weder der Polarisierung der bürgerlichen Gesellschaft in Bourgeoisie und Proletariat, noch folgt aus dem ökonomischen Verhältnis dieser Klasse zur Bourgeoisie und erst recht nicht aus ihren Arbeits-und Lebensbedingungen, daß die Masse ihrer Angehörigen immer und ewig eine Reserve der Bourgeoisie bleiben müßte.

Freilich relativiert das Bündnis zwischen Proletariat und Teilen der neuen Mittelklasse nicht etwa die Bedeutung des Bündnisses von Proletariat und Bauern. Dieses Bündnis bildet auch in den imperialistischen Lä ndern die Grundlage jeder erfolgreichen Volksrevolution, da es den Zusammenschluß der Produzenten des materiellen Reichtums bedeutete. Daran ändert die Tatsache nichts, daß sich das quantitative Verhältnis zwischen neuer Mittelklasse und Bauern ständig zuungunsten der letzteren verändert. Bündnisfragen haben nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Seite. Solange die Landwirtschaft nicht vollständig in eine kapitalistische Industrie verwandelt ist und sich auf dem Lande nicht nur Proletariat und Kapitalistenklasse gegenüberstehen, sondern eine arme und mittlere Bauernschaft fortexistiert, bildet das Bündnis der Arbeiter und Bauern die Hauptkraft des Volkes und nach der Revolution die wichtigste Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus.

J. S.

Wie sehr J. S. in der abstrakten Bestimmung des Begriffs von produktiver und unproduktiver Arbeit rechtgegeben werden muß, so muß man doch hervorheben, daß er an der eigentlichen Problematik des Streits vorbeigeht. Er macht es sich zu leicht, wenn er meint, das Problem der "neuen Mittelklasse" durch das bloße Referieren dessen, was Marx über produktive und unproduktive Arbeit gesagt hat, gelöst zu haben. Denn das eigentliche Problem bilden die aus der Entwicklung der kapitalistischen Produktion selbst hervorgehenden Schichten unproduktiver Arbeiter. Die Frage praktisch gestellt ist die, welche Rolle die breite Masse der kaufmännischen, staatlichen und technischen (1) "Lohnarbeiter" - Lohn-oder Gehaltsempfänger im Klas-

---

(1) Die Frage der technischen Intelligenz möchte ich hier ausklammern, obwohl ich mich mit dem kurzen Hinweis, den J. S. zu diesem Problem gibt, keineswegs zufriedengeben kann: "Die Unterscheidung von produktiver und unproduktiver Arbeit, die für den wissenschaftlichen Begriff der Lohnarbeit wesentlich ist, hat nichts mit der Unterscheidung von geistiger und körperlicher Arbeit, materieller oder immaterieller Produktion oder nützlicher und unnützlicher Arbeit zu tun. Mit der Ausdehnung der kapitalistischen Produktionsweise und der reellen Subsumtion einer immer größeren Zahl von Arbeitszweigen unter das Kapital und der Herausbildung eines vom Kapital subsumierten gesellschaftlichen Gesamtarbeiters, werden zunehmend auch geistige Arbeiten formell und reell unter das Kapital subsumiert, d. h. gegen Kapital ausgetauscht."

Diese Bemerkung, so allgemein sie hier steht, ist richtig, reicht aber nicht aus, denn diese spezielle Frage der technischen Intelligenz war der Aufhänger der Polemik um dies umfassende Problem der produktiven und unproduktiven Arbeit. - Die Frage, ob die technische Intelligenz produktive oder unproduktive Arbeit leistet, ist nicht nur - wie hier bei J. S. einzig und allein - mit der

senkampf spielen wird, auf klassenanalytischer Ebene, welche Teile des "produktiven Gesamtarbeiters" zum Proletariat gehören also Mehrwert produzieren und welche nicht(2). Wenn J.S. sich an die alte Polemik zurückerinnert, wird er feststellen, daß nicht nur seine neuen Gegner, sondern auch sein alter Kontrahent H.J.K. die Frage so gestellt hatte (3), nur daß diese eben von der produktiven Funktion des Gesamtarbeiters auf die jeder seiner Teile schlossen.

Was J.S. bis zur Mitte des 2. Abschnittes aus Marx referiert, betrifft diese für das Kapitalverhältnis selbst wesentliche Unterscheidung von pr. und unpr. Arbeit nur insoweit, wie auf die allgemeine Formbestimmtheit von Lohnarbeit und Kapital eingegangen wird. Marx geht es an diesen Stellen um die Darstellung jener unpr. Arbeit, die sich als Dienst gegen Geld tauscht zur unpr. Konsumtion; dieser Tausch des Arbeitsvermögens, der dem Kapitalverhältnis vollkommen äußerlich ist, hat mit dem Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital nichts zu tun, und war deshalb für die Apologeten der Kapitalherrschaft schon immer ein willkommener Anlaß das spezifische Verhältnis des Lohnarbeiters zu dem Kapital zu verschleiern. Marx sagt dazu in den "Theorien": "Weil also in diesem Kaufen von Diensten das spezifische Verhältnis von Arbeit und Kapital garnicht enthalten, entweder völlig ausgelöscht oder gar nicht vorhanden ist, ist es natürlich die Lieblingsform der Say, Bastiat und Konsorten, um das Verhältnis von Kapital und Arbeit auszudrücken." (MEW 26/1, S. 379)

Nur um diese Konfusion aus der Welt zu schaffen, ist Marx genötigt, auf die Schicht dieser unproduktiven Arbeiter einzugehen. Mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise werden die Dienste dieser Arbeiter unter das Kapital subsumiert, die Arbeiter selbst verwandeln sich in mehrwertschaffende, produktive Arbeiter. Schon aus diesem Grund kann heute diese Schicht der unproduktiven Arbeiter kein Problem der Klassenanalyse sein, weil sie sich auf einen kleinen Rest persönlicher Bediensteter (Haushälterin, Koch, Butler) reduziert. Diese Schicht der alten unproduktiven Arbeiter hat mit den neuen nur das gemein, daß sie ihr Arbeitsvermögen nicht gegen Kapital tauschen, oder anders gesagt, daß sie dem Proletarier wesentlich verschieden sind. (4)

Während die alten unproduktiven Arbeiter mit dem Lohnarbeiter im wissenschaftlichen Sinn nichts zu tun haben, weil sie mit dem ganzen Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital auch nichts zu tun haben, sind die neuen unproduktiven Arbeiter ein Bestandteil dieses Ausbeutungsverhältnisses; ihre Existenz ist Voraussetzung und Resultat des Kapitalverhältnisses. Die Bestimmung ihrer Arbeit ergibt sich deshalb nicht unmittelbar aus der Untersuchung der Formbestimmtheit des Austausches, sondern erst aus der Analyse des ökonomischen Gesamtprozesses. Daß J.S. diese Differenz übersieht, ist der Grund dafür, daß er an der eigentlichen Problematik der Polemik (der gestrigen wie der heute erforderlichen) vorübergeht und eine am Ende nicht weniger revisionistische Bündnisstrategie entwickelt als die DKP.

In einer Anmerkung schreibt er seine Gegner würden behaupten, "daß Begriffspaar produktive und unproduktive Arbeit diene dazu, die je verschiedene funktionelle Bestimmtheit der Lohnarbeit im Rahmen der Kapitalverwertung" zu definieren. Darauf sagt er:
"Das ist falsch, unproduktive Arbeit findet ja gerade nicht im Rahmen der Kapitalverwertung statt." - Eben nicht: unproduktive Arbeit - wenigstens die, um die sich die Auseinandersetzung dreht, findet im Rahmen der kapitalistischen Verwertung statt, sie ist selbst ein Bestandteil des Verwertungsprozesses, darin liegt die qualitative Differenz. - Zwar spricht J.S. davon, daß "das Kapitalverhältnis selbst ... neue Zwischenschichten, neue Mittelklassen" hervorbringt, doch für ihn existieren sie "zwischen Lohnarbeit und Kapi-

---

Teilung des Arbeitsprozesses zu verbinden, sondern auch mit der Produktion von absolutem und relativem Mehrwert. Dies zu entwickeln ist hier nicht Raum.

(2) Dazu Marx: " Mit dem kooperativen Charakter des Arbeitsprozesses selbst erweitert sich daher notwendig der Begriff der produktiven Arbeit und ihres Trägers, des produktiven Arbeiters. -Andererseits verengt sich der Begriff der produktiven Arbeit. Die kapitalistische Produktion ist nicht nur Produktion von Ware, sie ist wesentlich Produktion von Mehrwert. Die Arbeiter produzieren nicht für sich, sondern für das Kapital. Es genügt daher nicht länger, daß er überhaupt produziert. Er muß Mehrwert produzieren." (Kapital I, S. 532)
Anm. J.S.:
Das von A.P. angeführte Zitat von Marx belegt gerade, daß der "produktive Gesamtarbeiter" aus den unmittelbar mehrwertproduzierenden Lohnarbeitern zusammengesetzt ist. Der "produktive Gesamtarbeiter" umfasst nicht alle Lohnabhängigen, so daß die unproduktiv Beschäftigten erst nachträglich aus dem produktiven Gesamtarbeiter ausgesondert werden müßten. Die für die Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft notwendigen Tätigkeiten, die nicht unmittelbar im kapitalistischen Produktionsprozeß verrichtet werden, haben mit dem Begriff des produktiven Gesamtarbeiters im Marxschen Sinn überhaupt nichts zu tun. A.P. versteht diesen Begriff völlig falsch und meint, der Begriff erweitere sich zunächst auf alle Lohnabhängigen und müsse dann wieder verengt werden. Das ist falsch. Gemeint ist, daß mit der Entwicklung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse immer mehr Tätigkeiten in kapitalproduzierende Arbeit verwandelt werden. A.P. wiederholt hier den Fehler H.J.Krahls (zur Kritik vgl. NRF 4/71) und vermeidet lediglich dessen rechte Konsequenzen.

(3) Siehe H.J.K.'s "Thesen zum allgemeinen Verhältnis von wissenschaftlicher Intelligenz und proletarischem Klassenbewußtsein" in: Konstitution und Klassenkampf, S. 379)

(4) Marx hat auch andere Unproduktive vor Augen; schon deshalb andere Aufgaben der Analyse heute; doch Voraussetzung: die Stellung dieser Kategorien im Begriff des Kapitals.

tal". Auch ist es kein Zufall, daß er immer von "Zwischenklassen" und nicht von Schichten redet. Selbst als er von "der vermehrten Beschäftigung von unproduktiven Arbeitern" im Zusammenhang mit der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus spricht, geht er über diese Differenz der alten und neuen unproduktiven Arbeiter hinweg. Mit der imperialistischen Entwicklung des Kapitalismus vermehren sich diese und es liegt darin der eigentliche Grund für ihre massenhafte Existenz; einerseits die von außen befestigte hohe Entwicklung des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst, andererseits die imperialistischen Extraprofite aus den unterentwickelt gehaltenen Ländern der dritten Welt - und ferner die nationale Arbeitsteilung zwischen Produktion dort und Verwaltung hier, produzieren den riesigen Wasserkopf der unproduktiven Klasse auf den Schultern der ausgebeuteten Klasse und der unterdrückten Völker. Diese Schichten bilden einen Teil des Gesamtarbeiters, dessen einzelne Teile an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft als dessen produktive Glieder erscheinen, genauso wie der Profit des einzelnen Kapitalisten als Lohn für dessen Aufsichts- und Dsziplinierungsarbeit im Verlauf des Produktionsprozesses, oder wie selbst die Maschinen als produktiver Faktor der Produktion sich darstellen.

Erst die Analyse des Verwertungsprozesses des Kapitals ermöglichte es Marx, diesen Schein zu durchdringen und in der Analyse des ökonomischen Gesamtprozesses die einzelnen Funktionen dieser Schichten als unproduktiv zu bestimmen. Die Funktionen der Aufsicht über die Produktionsagenten, der staatlichen Gewalt und der Zirkulationsagenten enthüllen sich ihm dadurch als "faux frais", als falsche Kosten der kapitalistischen Gesellschaft, die aus dem gesamtgesellschaftlich ausgepreßten Mehrwert bestritten werden müssen. Die Arbeiter, die diese Funktionen als "Lohnarbeiter" verrichten, sind deshalb unproduktive Arbeiter; sie tauschen ihr Arbeitsvermögen gegen Revenue ihres Kapitalisten, wenn auch nicht eines einzelnen Kapitalisten, so doch der gesamten Kapitalistenklasse (bzw. des Gesamtkapitals). Im Gegensatz zu den alten unproduktiven Arbeitern fügen diese den Produkten keinen Wert zu, sie hinterlassen ihrem Kapitalisten nicht einmal einen Gebrauchswert; sie produzieren nicht nur keinen Mehrwert, sondern sie reproduzieren nicht einmal ein Äquivalent für den Wert ihrer Arbeitskraft, während die dienstliefernden unproduktiven Arbeiter ihrem Käufer ein Produkt hinterlassen, dessen Wert er - sofern es seine stoffliche Beschaffenheit erlaubt - auf dem Markt in Geld umsetzen könnte. Hieran sollte man die wurmstichige DKP-Phrase von der "Ausbeutung der Angestellten und Beamten" messen.

Doch was die unproduktiven Zirkulationsagenten betrifft, verfällt J.S. selbst dem Schein. Hat er vorher noch präzis die abstrakte Bestimmung des Begriffs der produktiven Arbeit gegeben und gezeigt, daß der wissenschaftliche Begriff des Lohnarbeiters dadurch bestimmt ist, daß er seine Arbeitskraft gegen variables Kapital tauscht, worin das eigentliche Verdienst seines Artikels liegt, so vermengt er nun eben diesen Begriff:

" Die lohnabhängigen Zirkulationsagenten sind also, obwohl ihre Arbeit zum Zweck der Selbstverwertung des von ihrem Kapitalisten vorgeschossenen variablen Kapitals gekauft wird, vom Proletariat zu unterscheiden".

Aber warum sind diese vom Proletariat zu unterscheiden, wenn sie von dem variablen Kapital ihres Kapitalisten zur Selbstverwertung gekauft werden? Oder gibt es vielleicht verschiedene Arten des variablen Kapitals?

Der Begriff des variablen Kapitals besagt, daß es einzig jener in Arbeitslohn des produktiven Arbeiters ausgelegte Geldteil ist, der dieses Geld variieren macht. Marx hat diesen Begriff aus der Sphäre des industriellen Kapitals gewonnen, der alle anderen im Gesamtprozess der Produktion zugeordnet sind, und von daraus dieser Prozess in allen seinen Sphären durchdrungen werden kann, - hier allein hat dieser Begriff seinen wissenschaftlichen Sinn. J.S. hat es aus den angeführten Stellen des 3. Bandes des'Kapitals' übernommen, den Arbeitslohn der Zirkulationsagenten als variables Kapital zu bezeichnen. Doch während Marx damit die Anschauung des Kapitalisten, der diese Arbeit als Quelle seines Profits betrachtet, beschreiben will, nimmt J.S. dies für das Wesen und verfällt damit der Anschauung des einzelnen Kaufmannskapitalisten. Die Begriffe konstantes und variables Kapital auf die Zirkulationssphäre angewandt können nur besagen, daß ein Teil des Geldes in Rohstoffe, Hilfsstoffe etc. einerseits - und den Arbeitslohn andererseit sich aufteilt - und nichts mehr; denn in Wirklichkeit ist das konstante "Kapital" dieser Sphäre so inkonstant und das variable so wenig vermehrungsfreudig, daß sie sich beide restlos in die Unkosten der Zirkulation auflösen, ohne die geringste Spur auch nur eines Gebrauchswerts zurückzulassen. Marx selbst sagt einige Stellen weiter:

"Die Auslage für dieselben (kommerzielle Lohnarbeiter, der Verf.), obgleich in Form von Arbeitslohn gemacht, unterscheidet sich vom variablen Kapital, das im Ankauf der produktiven Arbeit ausgelegt ist." (Kapital III, p. 310)

Gerade weil J.S. die Unterscheidung zwischen den alten unproduktiven und den neuen unproduktiven Schichten nicht trifft, gerät er in diese Konfusion. Weil er nicht bemerkt, daß die Bestimmung, ob sich in diesem Fall variables Kapital oder Revenue mit dem Arbeitsvermögen tauscht, sich nicht aus der direkten Untersuchung des Tauschvorganges ergibt, sondern erst über die Analyse des Gesamtprozesses sich dies Rätsel löst, gilt ihm das in Arbeitsvermögen verausgabte Kaufmannskapital als "variables Kapital"; die Widersprüchlichkeit des Scheins wird ihm zu widersprüchlichen Situationen des lohnabhängigen Zirkulationsagenten.

Doch die Verwischung der qualitativen Differenz zwischen den alten unproduktiven und den neuen unproduktiven Schichten, die selbst ein Bestandteil des Kapitalverhältnisses sind, hat sein eigentliches Resultat erst in der Bestimmung des Verhältnisses zwischen diesen unproduktiven Arbeitern und der produktiven Klasse und der daraus

(bei J.S.) abgeleiteten Bündnisstrategie. Da er die neuen unproduktiven Arbeiter nicht als wesentlichen Bestandteil des Kapitalverhältnisses betrachtet, kommt er dahin, sie als eigenständige Klasse zwischen Lohnarbeit und Kapital zu verstehen(+) eben als "Zwischenklassen". Seiner Auffassung nach stehen diese Schichten- "in keinem antagonistischen Widerspruch zum Proletariat" -, wohl aber in Widerpruch zu den einzelnen Kapitalisten, was sie in seinen Augen zum - "Bündnispartner des Proletariats" - geradezu prädistiniert.

"Die breiten Massen der Zirkulationsagenten sind die engsten Verbündeten des Proletariats."

Und um zu begründen, weil gerade diese zu dieser Herzensgemeinschaft so tauglich sind, fügt er gleich hinzu :

"Sie haben im Gegensatz zu einem großen Teil der anderen unproduktiven Arbeiter keine repressiven Bütteldienste zu erfüllen."

Daß er die unproduktiven Schichten gegenüber der Bourgeoisie als aparte Klasse ausgibt, ist die Folge davon, das er die Bourgeoisie nur als die Summe der einzelnen Kapitaleigner begreift.. Letztlich ist dies keine Bestimmung, die aus der Stellung im Produktionsprozess genommen ist, sondern eben jene juristische Betrachtungsweise, die von außen an das ökonomische Verhältnis herangetragen ist. Sowie das Proletariat dem Begriff nach bestimmt ist als Klasse, die allein den gesellschaftlichen Reichtum produziert, und nicht etwa als Summe all jener, die kein Kapital besitzen und ihr Arbeitsvermögen darum als Ware verkaufen müssen, was J.S. den Revisionisten gegenüber geltend machte, genauso wird die Bourgeoisie ökonomisch dadurch bestimmt, daß sie jene Klasse ist, die vom gesamtgesellschaftlich ausgepreßten Mehrwert ihr Leben fristet. Die unproduktiven Arbeiter, die also ein Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise sind, bilden also einen Teil, eine Schicht der bürgerlichen Klasse.

Anders argumentieren bedeutet dem Revisionismus zu verfallen. Und in der Tat, J.S.' indirekte Bestimmung der Bourgeoisie läuft auf dasselbe hinaus, was er an der revisionistischen Bestimmung des Proletariats monierte, nur eben mit anderen Vorzeichen. Ebenso wie jene Schwierigkeiten hatten, ihr "Proletariat" von den "Abs, Flick, Strauß und Co" begrifflich abzugrenzen, so muß J.S. acht geben, daß bei seiner juristischen Bestimmung der bürgerlichen Klasse, kein proletarisches Schaf unter die kapitalistischen Böcke fällt. (Bei J.S. läuft es auf "Volk" heraus!) Denn ein produktiver Arbeiter, der von seinem Lohn einen Teil auf die Bank trägt, wodurch es der allgemeinen Kapitalverwertung nützlich gemacht wird, wäre Eigentümer von fungierendem Kapital, wodurch er nach dieser Bestimmung der bürgerlichen Klasse zuzurechnen (und Marx ad absurdum geführt) wäre.
Faßt man das Kapitalverhältnis nicht als den Widerspruch von produktiver und unproduktiver Klasse, sondern als die Herrschaft von Individuen, die mittels des sachlichen Machtmittels Kapital über produktive und unproduktive Arbeiter herrschen, so hat man die Marxsche Anschauung revidiert und huldigt jener Ideologie, die die gesellschaftlichen Verhältnisse aus den juristischen Formen zu erklären versucht, anstatt umgekehrt; dies vergißt, daß das Kapitalverhältnis keine Sache, sondern ein Verhältnis unter Menschen, ein Produktionsverhältnis ist, das seinen inneren Gesetzen folgt.
Theoretisch kann aus der (bürgerlichen) kapitalistischen Produktion der einzelne Kapitaleigner restlos verschwinden, ohne daß sich nur auch das geringste daran ändert, daß der einzelne Lohnarbeiter seine Arbeitskraft als Ware verkauft, Mehrwert produziert und andere von seiner Arbeit leben:

Marx dazu im "Kapital" III, p. 401 :
(ad. Lohnabhängige Verwaltungsagenten)

"Die Aktienunternehmungen überhaupt - entwickelt mit dem Kreditwesen - haben die Tendenz, die Verwaltungsarbeit als Funktion mehr und mehr zu trennen von dem Besitz des Kapitals, sei es eignes oder geborgtes; ganz wie mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft die richterlichen und Verwaltungsfunktionen sich trennen von dem Grundeigentum, dessen Attribute sie in der Feudalzeit waren. Indem aber einerseits dem bloßen Eigentümer des Kapitals, dem Geldkapitalisten, der fungierende Kapitalist gegenübertritt und mit der Entwicklung des Kredits dies Geldkapital selbst einen gesellschaftlichen Charakter annimmt, in Banken konzentriert, und von diesen nicht mehr von seinen unmittelbaren Eigentümern ausgeliehen wird; indem andererseits aber der bloße Dirigent, der das Kapital unter keinerlei Titel besitzt, weder leihweise noch sonst wie, alle realen Funktionen versieht, die den fungierenden Kapitalisten als solchem zukommen, bleibt nur der Funktionär und verschwindet der Kapitalist als überflüssige Person aus dem Produktionsprozeß."

Daß dies kein phantastisches Hirngespinst, sondern traurige Realität ist, zeigen die Verhältnisse in den revisionistisch entarteten Staaten, wo die Verstaatlichung der Produktionsmittel keinen Widerspruch zur kapitalistischen Warenproduktion, zur Ausbeutung der Arbeiterklasse und zum Fortbestehen der Klassen bildet. Wenn man wie J.S. die bürgerliche Klasse nicht nach ihrer Stellung im Produktionsprozess zu den produktiven Arbeitern bestimmt, so ist es unmöglich, den ökonomischen Prozess in der sozialistischen Übergangsgesellschaft als Klassenkampf zu verstehen. Hierin liegt wohl der eigentliche Grund dafür, daß er in einem früheren Aufsatz mit dem Titel : "Kapitalitsicher und sozialistischer Weg in der Übergangsperiode zum Sozialismus" -, sich bei der Frage der ökonomisch herrschenden Klasse in den revisionistisch entarteten Staaten um eine definitive Entscheidung drückt : dort schreibt er (NRF 3/71) :
"In unserem Entwurf einer programmatischen Erklärung werden keineswegs so weitgehende Behauptungen aufgestellt, wie in der chinesischen und Bettelheimschen Analyse. Die Herrschaft

(+)als "eigenständige"Klasse habe ich die neue Mittelklasse nie bezeichnet. J.S.

einer neuen Bourgeoisie wird nicht behauptet, der Konflikt zwischen KPdSU und KPCh wird als Auseinandersetzung zwischen kapitalistischem und sozialisitschem Weg innerhalb der Übergangsgesellschaften verstanden, wobei offen gelassen wird, ob die Entwicklung in der SU schon zur Herrschaft einer neuen Bourgeoisie und damit zur vorübergehenden Restauration des Kapitalismus geführt hat."(5)

J.S. 'Bündniskonzept, das er im letzten Abschnitt entwickelt, gründet auf der Annahme, daß die unproduktiven Arbeiter (und es ist hier natürlich nur von denen die Rede, die ich vorher als die neuen unproduktiven bezeichnet habe), dem Proletariat als Klasse nicht antagonistisch sei - aber in Widerspruch stehe zu seinen jeweiligen Kapitalisten. Dieser Widerspruch aber ist eben nur ein Widerspruch zu den einzelnen Kapitalisten, nicht aber zu dem Kapitalverhältnis insgesamt; aus ihrer Stellung im Produktionsprozess resultiert das gemeinsame Klasseninteresse der unproduktiven Lohnarbeiter und der Kapitaleigner : E r h a l t u n g d e r k a p i t a l i s t i s c h e n P r o d u k t i o n s w e i s e. Der Widerspruch der unproduktiven Lohnarbeiter zum Kapitalisten entspricht dem der Kapitalisten untereinander, dabei geht es einzig und allein um die Verteilung des gemeinsamen Kuchens, um den möglichst großen Brocken des von der Arbeiterklasse produzierten Merhwerts.
J.S. meint, daß den lohnabhängigen Zirkulationsagenten durch gemeinsame Streiks mit den Arbeitern ein proletarischer Zug anhaftet, was sie noch mehr zum Bündnispartner des Proletariats macht: "Die in der Zirkulation tätigen Arbeiter können am leichtesten ihren Lohnkampf mit dem des Proletariats verbinden, oft stehen sie denselben Kapitalisten unmittelbar gegenüber wie das Proletariat; das Proletariat wird in ihnen den engsten Bündnispartner im Kampf gegen das Kapital finden."

Uber solche gemeinsamen Streiks so zu frohlokken, erwartet man nur von den vulgärsten Ökonomisten, die den Streik mit dem eigentlichen Klassenkampf verwechseln und jeden Streikenden schon als Revolutionär (wie sie selbst) betrachten. Streik - das ist Kampf gegen das Kapital! J.S., der ökonomisch fundierte Kritiker der Studentenbewegung, zeigt sich hier in seiner heutigen Funktion als kritischer Theoretiker des Ökonomismus, wo doch gerade an solchen gemeinsamen Streiks - wo das Arbeiterinteresse in einen Topf mit allen möglichen Interessen geworfen ist, einmal mehr deutlich wird, daß im ökonomischen Kampf das spezifische Klassenbewußtsein des Proletariats sich überhaupt nicht herausbilden kann und die Streikfront mit der Klassenkampffront nichts zu tun hat. Der Widerspruch von Proletariat und Bourgeoisie auf den von Arbeitern und Kapitalisten zu reduzieren, ist das eigentliche Bemühen aller Ökonomisten und insoweit ist diese Ökonomismuschose ein Bestandteil der allgemeinen Verwirrung hinsichtlich der widerpsrüchlichen Beziehung von Proletariat und Bourgeoisie.
J.S. 'Bündniskonzeption gipfelt in der Behauptung, daß unsere Revolution den Charakter einer "Volksrevolution" habe :

"Nur wenn man den einzig wirklichen Gang der bürgerlichen Gesellschaft nicht begreift und die relative Zunahme dieser Mittelklassen gegenüber dem Proletariat übersieht, kann man glauben, in der Klassenanalyse und in der Ausarbeitung der revolutionären Strategie ohne den Begriff des Volkes (!) auszukommen, und behaupten, die proletarische Revolution hätte in den imperialistischen Staaten nicht den Charakter einer ("wahren") Volksrevolution."

Der Begriff Volk umfaßt diejenigen Klassen, die der herrschenden Klasse feindlich gegenüberstehen, er beschreibt das objektive ökonomische Verhältnis. In den imperialistischen Staaten redurzieren sich diese Klassen bis auf einen verschwindenden Rest aus Kleinproduzenten, auf das Proletariat, er ist damit praktisch hinfällig geworden, weil er identisch ist mit dem des Proletariats. Schlägt man in den imperialistischen Staaten auch die neuen unproduktiven Arbeiter zum Volk, so erweitert man die Schlachtenteihe der Arbeiterklasse um die stolzen Regimenter von Bankdirektoren, Managern, Aufsichtspersonen, Staatsanwälten und Gefängnisdirektoren.
Um sich diese Sippschaft vom Hals zu schaffen, muß J.S. den Begriff des Volkes, den er so willkürlich ausgedehnt hat, durch äußere Bestimmungen wieder einengen, was dem Begriff "Volk" seinen ökonomischen Inhalt als Kategorie der objektiven Verhältnisse nimmt :
"In der kapitalistischen Gesellschaft gehören die Klassen und Schichten zum Volk, die in keinem antagonistischen Widerspruch zum Proletariat als der einzigen, selbständigen revolutionären stehen, und zunehmend in antagonistischem Widerspruch zum Kapital geraten. In der monopolkapitalistischen Gesellschaft gehören zum Volk : die Reste der alten Mittelklasse, d.h. die kleinen Handwerker und Bauern und große Teile der neuen Mittelklasse, sofern ihr Schicksal nicht unmittelbar mit der Herrschaft des Monopolkapitals verbunden ist : kleine mittlere und höhere Beamte, sofern sie nicht privilegierte Herrschaftsfunktionen ausüben, der weitaus größte Teil der Zirkulations- und Verwaltungsagenten, die im Dienst und Sold des Privatkapitals stehen.
Wie hier die 'Trennungslinie im einzelnen verlaufen wird, hängt von der Entfaltung des Klassenkampfes und der proletarischen Propaganda ab und der Vermittlung einer konkreten sozialistischen Perspektive in den neuen und alten Mittelklassen."
So allerdings hat der Begriff des Volkes "keinen Wert für die Klassenanalyse" und dies gerade deshalb, weil er nicht die "schematische Übernahme aus der Theorie der chinesischen Kommunisten ist". - Diese haben ihn immer - im Gegensatz zu J.S. - als Kategorie der objektiven gesellschaftlichen Kategorien verstanden. -

A.P. (Frankfurt)

(5) Anm. J.S.: Diese Passage ist im NRF 4/5-72 kritisiert worden. Im übrigen siehe oben die Vorbemerkung zu A.P.s Artikel.

Die Ergebnisse der Bundestagswahlen und unsere Taktik

Stellungnahme des ZA der KG (NRF) MA/HD

Die Bundestagswahlen haben der SPD/FDP-Regierung einen hohen Sieg gebracht. Die Bedeutung dieses Wahlsieges wird erst klar, wenn wir bedenken:
Die SPD/FDP-Regierung hat die Wahlen trotz der hohen Wahlbeteiligung gewonnen, ja gerade wegen der hohen Wahlbeteiligung. Dies ist eine neue Erscheinung. In den 50er und 60er Jahren galt eine hohe Wahlbeteiligung immer als eine sichere Garantie für ein gutes Abschneiden der CDU/CSU. Noch vor diesen Wahlen gingen bürgerliche Kommentatoren davon aus, daß eine hohe Wahlbeteiligung einen sicheren Sieg der CDU/CSU bedeuten würde.

Die SPD/FDP-Koalition hat die Arbeiter in einem Maße in die Wahlentscheidung einbeziehen können, wie dies bisher nicht der Fall war. Gerade in den letzten Jahren, vor allem bei Landtagswahlen, ging die Wahlbeteiligung in Arbeitervierteln eher zurück. Bei diesen Bundestagswahlen war die Wahlbeteiligung in Arbeiterbezirken besonders hoch.

Die SPD/FDP-Koalition hat durch ein starkes Ansteigen des Stimmenanteils der SPD in ländlichen Gebieten ihren Anteil an den abgegebenen Stimmen entscheidend verbessern können.

Die SPD/FDP-Koalition hat rund zwei Drittel der Jungwählerstimmen für sich gewinnen können. Die Jungwähler haben noch nie so zahlreich an den Wahlen teilgenommen und noch nie hat eine Partei eine so eindeutige Mehrheit unter den Jungwählern erhalten, wie die Regierungskoalition in diesen Bundestagswahlen.

Die SPD/FDP-Koalition hat den großen Vorsprung der CDU/CSU unter den weiblichen Wählern aufgeholt und hat auch hier große Stimmengewinne verzeichnet.

Die CDU/CSU ist das erste Mal seit Gründung der Bundesrepublik nicht mehr die stärkste Partei. Gleichzeitig hatte sich die FDP erstmals vor den Wahlen klar auf eine Koalition mit der SPD festgelegt, so daß auch die Stimmen für die FDP ganz eindeutig als Stimmen gegen die CDU/CSU zu werten sind.

Die Stimmenverluste der CDU/CSU sind nur deshalb nicht noch größer, weil sie den größten Teil der früheren NPD-Stimmen und einen Teil der traditionellen FDP-Wähler gewonnen hat. Nur deshalb konnte die CDU/CSU in Bayern und Hessen geringfügige Stimmengewinne erzielen.

WIE IST DIESES ERGEBNIS EINZUSCHÄTZEN UND WAS ERGIBT SICH DARAUS FÜR UNSERE TAKTIK?

Nach unserer Ansicht spiegelt dieses Wahlergebnis die Linksentwicklung im Volk wider. Warum? Die Stimmen für die SPD/FDP-Koalition sind wesentlich Stimmen gegen die CDU/CSU. Soweit sie positiv gemeint sind, sind sie Stimmen für Willy Brandt, mit dem viele Menschen ihre Hoffnungen auf Frieden, Demokratie und Fortschritt verbinden, und Stimmen für das "kleinere Übel". Tatsächlich sind diese Stimmen also ein Bekenntnis zu richtigen, aber begrenzt verstandenen Zielen, die mit illusionären Mitteln (Stimmabgabe für Brandt) durchgesetzt werden sollen, oder für ein Übel, das als Übel schon erkannt ist. Das heißt, die Wähler der SPD/FDP-Koalition und vor allem die SPD-Wähler können durch die jetzige Regierung in ihrer Masse nicht fest und dauerhaft an die Politik der Bourgeoisie gebunden werden. Die SPD ist eine Partei des Monopolkapitals. Aber nicht deshalb ist sie von den Arbeitern und vielen fortschrittlichen Menschen gewählt worden. Wesentlich ist, daß sich in diesen Wahlen bestätigt hat, daß die Massen nach links gehen wollen. Daran ändert auch nichts, daß sich diese Linksentwicklung im Sieg einer politischen Gruppierung des Monopolkapitals niedergeschlagen hat. Wir müssen das Wesentliche sehen und dürfen nicht an Erscheinungen kleben bleiben. Natürlich bedeuten die Bundestagswahlen einen Sieg der Bourgeoisie, einen Sieg ihrer Betrugsmanöver und ihres Parlamentarismus. Aber in diesem Sieg steckt schon der Keim der kommenden Niederlage.
Über diese Niederlage wird nicht in Parlamentswahlen, sondern im offenen Klassenkampf um die politische Macht entschieden.

Weder wird die Loslösung der Massen von der SPD automatisch vor sich gehen, noch wird sie automatisch zu revolutionärem Klassenbewußtsein führen. Nur wenn die Kommunisten an den Alltagssorgen und Alltagskämpfen der Massen anknüpfend den Sozialismus und die proletarische Revolution konsequent propagieren, wird die Linksentwicklung der Arbeiterklasse und breiter Teile des Volkes die Fesseln sprengen, die sie gegenwärtig noch an die Bourgeoisie und die bürgerlich-parlamentarische Demokratie binden

Gegen diese Perspektive spricht das miserable Wahlergebnis der DKP keineswegs. Die DKP hat in diesen Bundestagswahlen die Quittung dafür erhalten, daß sie an die politischen Illusionen der Massen anzuknüpfen versuchte und sich als Garant der Verwirklichung dieser Illusionen verkaufte. Das nahm ihr zurecht niemand ab.

Die DKP ist nicht daran gescheitert, daß die Arbeiterklasse noch nicht nach einer Alternative zum "kleineren Übel" sucht, sondern daran, daß sie diese Alternative nicht ist und auch gar nicht sein will. Sie ist an ihrem eigenen Reformismus und Revisionismus gescheitert.

NOCH KEINE KLAREN FRONTEN

Die Grundlage der Linksentwicklung im Volk ist ein neuer Aufschwung der Arbeiterbewegung. Während die Arbeiterklasse in zahlreichen Streikkämpfen für ihre Interessen mit neuem Schwung zu kämpfen beginnt und Teile der Arbeiterklasse aufgrund eigener Erfahrungen sich langsam von der SPD loslösen, gehen auch andere Teile des Volkes nach links.
Für diese Linksentwicklung im Volk war die Studentenbewegung nur das erste Anzeichen. Die Studentenbewegung war niemals eine von der Entwicklung der breiten Massen des Volkes losgelöste Bewegung, vielmehr war sie deren schärfster Ausdruck. Deshalb konnte sie als isolierte Bewegung erscheinen und konnte auch politisch teilweise vom Volk isoliert werden.
Dies war in den letzten Jahren der Fall.

Die allgemeine Entwicklung seit 1968 hat die Entwicklung unter den Studenten inzwischen eingeholt.

In der Arbeiterklasse und in breiten Teilen des Volkes herrscht Unzufriedenheit. Viele sagen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Aber nur wenige wollen zurückgehen, die breiten Massen der Arbeiterklasse und des Volkes wollen vorwärtsgehen. Wieso aber hat diese Linksentwicklung der Arbeiterklasse und des Volkes zu einer extrem hohen Wahlbeteiligung geführt, obwohl nur Parteien der Monopolbourgeoisie zur Wahl standen, und wieso hat sie sich in einem Stimmenzuwachs der SPD/FDP-Regierung niedergeschlagen, obwohl diese doch für die Entwicklung der letzten Jahre verantwortlich ist, mit der die Arbeiterklasse und große Teile des Volkes unzufrieden sind? Das zeigt, daß der Kampf zwischen der Reaktion auf der einen Seite und der Arbeiterklasse und den

breiten Volksmassen auf der anderen Seite erst am Anfang steht, daß in ihm noch keine klaren Fronten entstanden sind. Zwar ist die Arbeiterklasse und ein großer Teil des Volkes gegen die Reaktion eingestellt. Aber weder wissen sie schon genau, welche Kräfte die Reaktion verkörpern, noch sind sie sich schon im Klaren, daß dieser Kampf unausweichlich ist und auch unaufschiebbar. Die Reaktion wird mit den "Schwarzen" gleichgesetzt. Damit wird aber der Feind unpräzis bestimmt. Als Feind wird nicht die Monopolbourgeoisie erkannt, deren Politik Reaktion auf der ganzen Linie ist und sein muß und von allen bürgerlichen Parteien vertreten wird. Als Feind wird nur eine bestimmte bürgerliche Partei erkannt, deren reaktionärer Charakter in die Augen springt.

Entsprechend wird die SPD nicht nach ihrem Wesen, Partei des Monopolkapitals und durch und durch arbeiter- und volksfeindlich zu sein, eingeschätzt und bekämpft. Vielmehr wird sie noch vorwiegend nach ihren Worten und nicht nach ihren Taten beurteilt.
Das zeigt:
Die Linksentwicklung hat zwar im Aufschwung der Arbeiterbewegung ihre eigentliche Grundlage. Aber diese Linksentwicklung hat noch nicht zu einem Bruch mit der bürgerlichen Demokratie und allen Parteien des Monopolkapitals geführt, weil die Arbeiterklasse selbst noch nicht mit klarem Klassenbewußtsein in diese Entwicklung eingreift. Die Linksentwicklung hat den Boden der bürgerlichen Demokratie noch nicht verlassen. Nur auf diesem Boden kann überhaupt die Ideologie des "kleineren Übels" aufblühen. Auf diesem Boden bleibt die Arbeiterklasse aber politisch im Schlepptau der Bourgeoisie. Wenn die Bourgeoisie nach rückwärts geht, und im Zeitalter des Imperialismus muß sie nach rückwärts gehen, dann kann die Arbeiterklasse, solange sie nicht als eigenständige Kraft organisiert auftritt, nur zwischen scheinbar verschiedenen Gangarten der Reaktion wählen. Gegenwärtig gibt es noch keine organisierte Avantgarde der Arbeiterklasse. Denn eine lokal und politisch zersplitterte Vorhut ist keine Avantgarde der Klasse. Deshalb konnte sich der Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Linksentwicklung großer Teile des Volkes nur in einem hohen Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition niedergeschlagen.

Die gegenwärtige Klassenkampfsituation ist durch zwei Grundtendenzen bestimmt: die Grundtendenz der Monopolbourgeoisie, Reaktion auf der ganzen Linie, und die Grundtendenz der Arbeiterklasse und des Volkes, Ablehnung der Reaktion und Streben nach Fortschritt und Demokratie. Aber diese beiden Grundtendenzen haben sich noch nicht zum Kampf Klasse gegen Klasse geklärt. Entsprechend sind die Arbeiterklasse und das Volk in ihrem Kampf gegen die Reaktion ideologisch immer noch der Bourgeoisie verhaftet. Wenn wir diese Klassenkampfsituation richtig und nicht einseitig einschätzen, dann werden wir den Kampf auch richtig und allseitig führen können.

BAUTE UNSERE WAHLKAMPFAGITATION AUF EINER RICHTIGEN EINSCHÄTZUNG DER KLASSENKAMPFSITUATION AUF?

Wir gingen von der Grundtendenz der Monopolbourgeoisie zur Reaktion und von der fortschrittlichen Tendenz der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen aus. Was war unsere Hauptaufgabe? Unsere Hauptaufgabe war es, diese Tendenz richtig herauszuarbeiten und die entsprechenden Konsequenzen zu propagieren. Diese Konsequenzen konnten nur propagiert werden, wenn wir klar und deutlich die SPD als Partei des Monopolkapitals angriffen und zeigten, daß sie im Kampf gegen die Reaktion der Monopolbourgeoisie keine Alternative ist. Wir mußten den Schwerpunkt unserer Agitation und Propaganda auf das Wesen der bürgerlichen Parteien legen und mußten versuchten, dieses Wesen klarzustellen, wenn wir vorwärtstreibend in den Kampf um die öffentliche Meinung eingreifen wollten. Von dieser Hauptaufgabe ausgehend mußte unsere Wahlparole bestimmt werden. Alles andere wäre bürgerliche Realpolitik gewesen. Das Wesen der bürgerlichen Parteien konnten wir aber politisch nur herausstellen, wenn wir die Alternative aufzeigten, von der her die oberflächlichen Unterschiede der bürgerlichen Parteien als gemeinsame Ausdrucksformen der reaktionären Tendenz der Monopolbourgeoisie sichtbar werden und bekämpft werden können. Wir mußten also den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei in unserer Wahlparole propagieren und diese Propaganda mit einem Angriff auf den pseudo-demokratischen Charakter der Bundestagswahlen verbinden. Dies haben wir mit der Aufforderung, die Parole "Weg mit dem KPD-Verbot! KPD!" auf den Stimmzettel zu schreiben, getan.

Wir sind also grundsätzlich anders an die Bundestagswahlen herangegangen als die Organisationen, die von der Frage ausgingen: Wen soll man wählen? Wir haben uns gefragt: Wie können wir so in den Wahlkampf eingreifen, daß wir die vorläufige Fixierung der Linksentwicklung der Arbeiterklasse und großer Teile des Volkes auf die SPD und die Koalitions-Regierung aufbrechen.

Schwerpunkt der Agitation und Propaganda mußte daher der Kampf gegen die Ideologie des kleineren Übels sein. Dies war nur möglich, wenn wir direkt gegen die Stimmabgabe für die SPD auftraten.

VERSTÄRKEN WIR DIE IDEOLOGISCHE OFFENSIVE!

Wir haben unsere Taktik für den Bundestagswahlkampf in bewußter Auseinandersetzung mit jenen Organisationen festgelegt, die unter Hinweis auf die faschistische Gefahr zur Wahl der SPD aufriefen und gegen eine selbständige Wahlparole der Kommunisten für diesen Wahlkampf auftraten. Das Wahlergebnis zeigt, daß die Einschätzung dieser Organisationen falsch ist. Sie sehen den Aufschwung der Arbeiterbewegung nicht und vertrauen nicht auf die Linksentwicklung im Volk. Statt auf die Massen zu setzen, starren sie auf die Absichten der reaktionärsten Teile der Kapitalistenklasse, die vergeblich eine faschistische Mobilisierung der Massen herbeiwünschen. Wenn die Arbeiterklasse und große Teile des Volkes nach links wollen, dann kann die Kapitalistenklasse nicht einfach offen nach rechts gehen. Weil diese Organisationen nicht von der Einschätzung der Klassenkampfsituation ausgehen, sondern nur die eine Seite, die Seite der Bourgeoisie berücksichtigen, können sie auch nicht mehr als Kommunisten handeln. Nur wenn wir von den Bewegungen in der Arbeiterklasse und dem Volk ausgehen, können wir unsere eigene Taktik korrekt festlegen und die Form der Reaktion richtig bestimmen. Wir müssen den Massen voranschreiten und nicht hinter ihnen herhinken. Wir können ihnen aber nicht voranschreiten, wenn wir die Klassenkampfsituation nicht ausgehend von den Meinungen der Massen umfassend untersuchen, sondern ausgehend von den Hoffnungen der Kapitalisten einseitig und idealistisch einschätzen. Wie entwickelt sich das Bewußtsein der Arbeiterklasse und der breiten Volksmassen? Das ist die erste Frage, die wir stellen müssen. Dann können wir auch beantworten, in welcher Weise die Bourgeoisie ihre reaktionäre Generallinie zu verwirklichen versuchen wird. Dann können wir die Arbeiterklasse vor den wirklichen Gefahren warnen, statt ihr mit erfundenen Gefahren den Kopf noch zusätzlich zu vernebeln und der Bourgeoisie ihre Betrugsmanöver zu erleichtern.

WAS IST GEGENWÄRTIG DIE HAUPTGEFAHR FÜR DIE ARBEITERBEWEGUNG UND DIE BREITEN VOLKSMASSEN?

Die Hauptgefahr ist, daß dem Aufschwung der Arbeiterbewegung die Spitze gebrochen wird und die Linksentwicklung im Volk abgebogen und in die Resignation geführt wird. Daß, unter dem Deckmantel der angeblichen Reformpolitik einer SPD/FDP-Regierung, in Wirklichkeit der Gewaltapparat gegen die Arbeiterklasse ausgebaut wird, ohne daß sich die Arbeiterklasse auf diese Gegenoffensive der Bourgeoisie rechtzeitig einstellt. Daß die Bourgeoisie ihre Gegenoffensive mit Hilfe des ganzen bürgerlichen Parteienblocks auf verschiedenen Ebenen unbemerkt vorbereitet und die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Teile des Volkes den Angriff nur von den "Schwarzen" erwarten. Daß die Bourgeoisie sich zielstrebig auf die unvermeidliche weitere Verschärfung der Klassenkämpfe und der Volkskämpfe vorbereitet, die Arbeiterklasse aber hofft, die Verschärfung der Klassenkämpfe und der Volkskämpfe könne vermieden werden.

Die Bourgeoisie ist gegenwärtig ideologisch in der Defensive. Sie sieht, daß sich die Arbeiterklasse von ihr zu lösen beginnt und daß ihre Reserve in den anderen Klassen abzubröckeln beginnt. Sind die verzweifelten Versuche der Bourgeoisie, ihren schwindenden Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzugewinnen, etwa ein Zeichen der Stärke? Nein, das sind sie nicht. Alle Belege für die angebliche Offensive der Bourgeoisie an der ideologischen Front sind in Wirklichkeit Ausdruck der Bemühungen, gefährdete Positionen zu halten

und verlorene Positionen zurückzuerobern.

Wenn die Führer des Bundes deutscher Industrieller nach einer wirksamen Gegenideologie gegen den Marxismus/Leninismus rufen, so zeigt sich hier der Bankerott der bürgerlichen Ideologie. Wenn die Sprecher der Kapitalistenklasse klagen, man müsse den "Beitrag der Unternehmer zum Volkswohlstand" herausstellen, dann kämpfen sie schon gegen die Einsicht der Arbeiterklasse in die Parasitenrolle der Kapitalisten. Wenn sie das Trugbild der "sozialen Marktwirtschaft" wiederbeleben wollen, dann zeigt das: dieses Trugbild hat an Massenwirksamkeit verloren. Wenn die SPD den "demokratischen Sozialismus" aus ihrer ideologischen Rumpelkammer hervorholt, um über ihren durch und durch bürgerlichen Charakter hinwegzutäuschen, dann zeigt das, der kapitalistische "Wohlfahrtsstaat" ist durch und durch unglaubwürdig geworden.

Nur wenn die Kommunisten diese ideologische Schwäche der Bourgeoisie berücksichtigen und ihrerseits die ideologische Offensive verstärken, werden sie den Aufschwung der Arbeiterbewegung und der Volkskämpfe in einen bewußten Angriff auf die politischen Machtpositionen der Bourgeoisie verwandeln und diesen Angriff organisieren können. Dies ist die Hauptaufgabe der Kommunisten, die sich aus der Einschätzung der gegenwärtigen Klassenkampfsituation ergibt. Als nächste Aufgabe stellt sich daher für uns, den Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu beschleunigen und zielstrebig die Bedingungen für die Neugründung der Kommunistischen Partei zu schaffen, um alle wirklichen Marxisten/Leninisten als handlungsfähige Avantgarde der Arbeiterklasse zusammenzuschliessen.

VERBESSERT DIE STÄRKUNG DER SPD/FDP-REGIERUNG DIE KAMPFBEDINGUNGEN?

Der Wahlsieg der SPD/FDP-Koalition zeigt zwar, daß die Arbeiterklasse und breite Teile des Volkes die Reaktion ablehnen, aber eine Verbesserung der Kampfbedingungen bedeutet diese Festigung der SPD/FDP-Koalition keineswegs, kann die Bourgeoisie doch unter dem Deckmantel der Reformversprechen und des fortschrittlichen Gehabes der Regierung ihre Abwehr-und Unterdrückungsmassnahmen, hinter denen der ganze Block der bürgerlichen Parteien steht, umso ungestörter und unauffälliger organisieren, ohne daß jeder Schritt der Reaktion der Monopolbourgeoisie sofort mit einem neuen Aufschwung der Klassenkämpfe und der demokratischen Volkskämpfe beantwortet werden könnte. Die Einleitung dieser Massenkämpfe wird durch die SPD/FDP-Regierung erschwert. Das ist nicht nur für die demokratischen und politischen Kämpfe, sondern auch für überbetriebliche ökonomische Kämpfe richtig. Die Hoffnung, die scharfe Klassenauseinandersetzung vermeiden zu können, wird sich zweifellos unter einer SPD/FDP-Regierung länger am Leben erhalten als bei einer Führung des bürgerlichen Parteienblocks durch die CDU/CSU. Das kann natürlich nicht bedeuten, daß ein CDU/CSU-Wahlsieg "besser" gewesen wäre. Ganz im Gegenteil, denn er hätte gezeigt, daß größere Teile des Volkes als wir vermutet hatten noch der dumpfen Reaktion verhaftet geblieben sind. Der Vorteil einer funktionierenden bürgerlichen Demokratie für die Kapitalistenklasse liegt aber gerade darin, daß ihr Mechanismus, wenn er nicht durch eine bewußte Arbeiterbewegung durchbrochen wird, jeweils den Flügel des bürgerlichen Parteienblockes an die Regierung spühlt, der die Reaktion der Monopolbourgeoisie in der gegebenen Klassenkampfsituation am leichtesten gegen die Massen durchsetzen kann.

Es ist von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Kämpfe, daß wir diese Tatsache offenlegen und nicht auf eine naturwüchsig fortwirkende Loslösung der Arbeiterklasse von der SPD hoffen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß sich diese Loslösung verlangsamt, weil die SPD/FDP-Regierung im Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus als Regierung des Volkes verstanden wird, die gegen die Interessen des Monopolkapitals durchgesetzt worden sei und der keine zusätzlichen Schwierigkeiten bereitet werden dürften. Das heißt, die Ideologie des kleineren Übels wirkt teilweise verstärkt fort.

Was müssen die Schwerpunkte unserer Massenagitation sein?

Wir müssen den "Stabilitätspakt" zwischen den Kapitalistenverbänden und der Gewerkschaftsspitze, der von Bundeskanzler Brandt als Ausfluss der Volksinteressen an die Arbeiterklasse verkauft werden soll, als Komplott der Bourgeoisie gegen die Arbeiterklasse entlarven.

Wir müssen den weiteren Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats, der unter dem Deckmantel der Sicherung der Demokratie vorangetrieben wird, als Antwort der Bourgeoisie auf den Aufschwung der Arbeiterbewegung und die Linksentwicklung im Volk entlarven und die SPD/FDP-Regierung als Exekutor der "Allparteienregierung der inneren Sicherheit" für die Kapitalistenklasse blosstellen.

Wir müssen jeden Versuch, die sich in den nächsten Jahren zweifellos verschärfende Unzufriedenheit der Arbeiterklasse und des Volkes auf dem Umweg über eine faschistische Bewegung auf die Mühlen der Kapitalistenklasse zu lenken, entschieden entgegentreten und jede neue Irreführung des Volkes entschieden bekämpfen. Die Entlarvung der Politik der Kapitalistenklasse, ihrer Regierung und des bürgerlichen Parteienblocks insgesamt müssen wir mit der Propagierung des Programms der Kommunisten und der proletarischen Revolution verbinden. Nur wenn es uns gelingt, der Arbeiterklasse in ihrem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung die positive Perspektive des Sozialismus aufzuzeigen, wird sie sich von der SPD endgültig lösen und sich gegen alle Betrugsmanöver neuer Handlangerorganisationen der Bourgeoisie verteidigen können, gleichgültig, ob sich diese links oder rechts vom gegenwärtigen Block der bürgerlichen Parteien herausbilden werden.

Schliesslich ist es keineswegs ausgeschlossen, daß sich in den nächsten Jahren neue Organisationen herausbilden werden, um die ideologische Abkehr der Arbeiterklasse und großer Teile des Volkes von der Bourgeoisie zu desorientieren und ihre Ausrichtung auf die proletarische Revoution zu verhindern. Diese Organisationsansätze, die sich sowohl auf dem "linken" als auch auf dem rechten Flügel des bürgerlichen Parteienblocks abzeichnen, gilt es von vorneherein aufs Schärfste zu bekämpfen. Um in den kommenden Kämpfen klar die Klassenfronten ziehen zu können, braucht die Arbeiterklasse ihre Partei.

VORWÄRTS IM
WIEDERAUFBAU
DER KPD!

VORWÄRTS IM KAMPF
FÜR DIE RECHTE DES
VOLKES!
VORWÄRTS IM KAMPF
FÜR DEN SIEG DES
SOZIALISMUS!

DIE FRONT

Zeitschrift zur Unterstützung des Kampfes der Völker des Nahen Ostens

Bestellungen über D.Hildebrandt, 69 HD, Postf.834

Nr.2, November 1972, neu erschienen! DM 1.-

INHALT:

- Editorial -Weg mit dem Verbot von GUPS und GUPA - Nieder mit den imperialistischen Aggressionen S.2
- Die Einheitsfront und die Widersprüche in der palästinensischen Widerstandsbewegung S.6
- Nachtrag: Zum "Schwarzen September" S.12
- Die Spaltung der arabischen Bourgeoisien auf dem Weg der "friedlichen Lösung" S.14
- Zur gegenwärtigen Politik Israels im Nahen Osten S.26
- Dokumente zum Kampf der fortschrittlichen Studenten in Ägypten S.30
- Der Kampf der Befreiungsbewegung in Oman und Dhofar S.38
- Zu den Aggressionen gegen die DVR Jemen S.45
- Solidaritätsadresse der FPDLP S.48

nationale befreiung

Nr.1

Der Kampf um Guinea-Bissau

Herausgegeben vom KOMITEE SÜDLICHES AFRIKA/HD

Reden von Amilcar Cabral (Generalsekretär der PAIGC)
über die soziale Struktur Guineas und den Volkskrieg
Mit einem Vorwort des Komitee Südliches Afrika/HD

Erscheint demnächst

VERLAG NEUES ROTES FORUM